



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Familienreport 2017

Leistungen, Wirkungen, Trends

Liebe Leserinnen und Leser,

Familien sind in Bewegung! Manches hat sich seit dem letzten Familienreport 2014 verändert. Ein Beispiel ist die positive Entwicklung der Geburtenrate: Sie beträgt für das Jahr 2015 inzwischen 1,5 Kinder pro Frau – zuletzt gab es diesen Wert 1982 in der Bundesrepublik.



Die Familienpolitik hält Schritt. In dieser Legislaturperiode haben wir wichtige familienbezogene Leistungen erhöht und verbessert, die Betreuungsinfrastruktur ausgebaut, den Mutterschutz auf die Höhe der Zeit gebracht und die Unterstützung für Alleinerziehende ausgebaut. Mit der Ehe für alle, der Erhöhung des Kinderzuschlags und dem erweiterten Unterhaltsvorschuss sind wir weitere wichtige Schritte gegangen. Den langen Aufgabenkatalog aus dem Koalitionsvertrag haben wir mehr als erfüllt.

Eine gute Familienpolitik hält die Familien und ihre Bedürfnisse im Blick. Eine moderne Familienpolitik passt sich an die sich verändernden Lebenswünsche und -wirklichkeiten von Familien an und setzt gute Rahmenbedingungen für die Zukunft. Die Politik steht mit dieser wichtigen Aufgabe nicht allein da. Arbeitgeber und Sozialpartner sind ebenfalls gefordert, ihren Teil dazu beizutragen, dass berufstätige Eltern gute Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf vorfinden.

Dafür braucht es verlässliche Daten und Erkenntnisse. Der Familienreport 2017 gibt einen fundierten Einblick, wie es Familien geht und was sie brauchen. Und er zeigt: Es bleibt eine der wichtigsten Aufgaben, ein gutes Aufwachsen für alle Kinder zu sichern und faire Chancen für alle Familien zu schaffen.

Durch Angebote wie das Elterngeld und ElterngeldPlus und gute Kinderbetreuung entspricht die Familienpolitik der Nachfrage vieler Mütter nach mehr existenzsichernder Erwerbstätigkeit, der Väter nach mehr Zeit und aller Familienmitglieder nach mehr gemeinsamer Zeit. Das kommt besonders den Kindern zugute.

Verantwortung für Kinder ist in vielen Familien ein Thema, wenn sich Eltern trennen. Um beide Elternteile in dieser schwierigen Phase dabei zu stärken, gemeinsame Lösungen zu finden und sie in ihrer neuen Lebenssituation besser zu unterstützen, muss sich künftig noch einiges ändern.

Ein weiteres großes Zukunftsthema ist die Digitalisierung. Sie gehört zum Alltag der Familien – mit vielen Chancen, aber auch mit Herausforderungen. Eine gute Familienpolitik kann die Familien gezielt unterstützen, die Chancen der Digitalisierung für sich zu nutzen und die Risiken besser zu bewältigen.

Der Familienreport zeigt: Wir bleiben in Bewegung!

Für eine moderne Familienpolitik, die gute Rahmenbedingungen für alle Familien in unserem Land fest im Blick behält.



Dr. Katarina Barley
Bundesministerin für Familie, Senioren,
Frauen und Jugend

Inhalt

Zusammenfassung	7
I. Familienleben in Deutschland	11
1.1 Familie als zentraler Lebensbereich	11
1.2 Kinder in Familien	14
1.3 Alleinerziehende	18
1.4 Familien mit Migrationshintergrund	22
1.5 Kinderwünsche in Deutschland	25
1.6 Geburten in Deutschland	26
1.7 Kinderlosigkeit in Deutschland	35
1.8 Eheschließungen	38
1.9 Ehescheidungen	41
II. Wirtschaftliche Lage der Familien und Wirksamkeit der staatlichen Leistungen	44
2.1 Einkommen und subjektive Bewertung der wirtschaftlichen Situation	44
2.2 Einkommensverteilung zwischen Familienhaushalten und Haushalten ohne Kinder	45
2.3 Erwerbseinkommen eines Hauptverdieners als größte Einkommensquelle der Familien	46
2.4 Armutsrisiken von Familien	48
2.5 Familienleistungen im Überblick	51
III. Chancengerechtes Aufwachsen für alle Kinder	54
3.1 Materielle Situation von Kindern	54
3.2 Wohlergehen und Teilhabechancen von Kindern	55
3.3 Zielgerichtete Unterstützungen für Familien	57
3.4 Notwendigkeit wirkungsorientierter Weiterentwicklung familienbezogener Leistungen	60
IV. Partnerschaftlichkeit in Familie und Beruf für Mütter und Väter – Wunsch und Wirklichkeit	64
4.1 Zehn Jahre Elterngeld, zwei Jahre ElterngeldPlus: Paradigmenwechsel	64
4.2 Müttererwerbstätigkeit steigt seit Einführung des Elterngelds	66
4.3 Erwerbstätigkeit alleinerziehender Mütter	67
4.4 Väter wollen (mehr) Zeit mit der Familie verbringen	69
4.5 Kinder möchten Zeit mit beiden Elternteilen verbringen	71
4.6 Partnerschaftlich erziehen nach Trennung und Scheidung	72
4.7 Vom ElterngeldPlus zur Familienarbeitszeit mit Familiengeld	74
4.8 Partnerschaftlichkeit im internationalen Vergleich	75
V. NEUE Vereinbarkeit – Familienfreundlichkeit in der Unternehmenskultur	78
5.1 Hintergrund	78
5.2 Unternehmensprogramm/Wettbewerb	78
5.3 Unternehmensnetzwerk „Erfolgsfaktor Familie“	79

5.4 Bestandsaufnahme I: Wo stehen die Unternehmen?	81
5.5 Bestandsaufnahme II: Die NEUE Vereinbarkeit rechnet sich	82
5.6 Bestandsaufnahme III: Arbeitszeitwünsche und Arbeitszeitrealitäten	83
5.7 Bestandsaufnahme IV: Väter als Treiber der Veränderungen in der Arbeitswelt .	84
5.8 Was wurde erreicht? – Der Fortschrittsindex 2017	87
VI. Familien in der digitalen Gesellschaft – ein Entwicklungsthema	89
6.1 Die Digitalisierung schreitet voran	89
6.2 Neue Herausforderungen	89
6.3 Familien im Zentrum der Digitalisierung	90
6.4 Gelingendes Familienleben in der digitalen Gesellschaft	91
6.5 Chancen der Digitalisierung für Vereinbarkeit nutzbar machen	93
6.6 Gelingende Digitalisierung durch Kompetenzbildung in Familien	94
6.7 In Vielfalt Digitalisierung gestalten	95
6.8 Teilhabe aller an der Gestaltung der digitalen Welt stärken	96
6.9 Familienministerium der Zukunft: digitale Services	97
VII. Inklusives Wachstum – Investitionen in Familie	99
7.1 Chancen durch Investitionen in eine wirkungsorientierte Familien- und Gesellschaftspolitik	99
7.2 Wirkungen einer guten Infrastruktur für Familien	101
7.3 Renditen von Investitionen für Familien	104
VIII. Die Sicht der Bevölkerung	106
8.1 Familien erwarten Unterstützung durch die Familienpolitik	106
8.2 Der Stellenwert der Familienpolitik zur Sicherung einer guten Zukunft	107
8.3 Vereinbarkeitspolitik als prioritäres Handlungsfeld	107
8.4 Unterstützung für berufstätige Elternpaare	108
8.5 Vereinbarkeitspolitik als gemeinsame Aufgabe von Unternehmen, Staat und Gewerkschaften	110
8.6 Bewertungen der Familienpolitik	111
8.7 Lebenslagen von Familien bis zum Jahr 2030: erwünschte Entwicklungen	112

Zusammenfassung

Der Familienreport 2017 informiert auf Grundlage aktueller Daten, wissenschaftlicher Studien und repräsentativer Bevölkerungsbefragungen über Einstellungen und Lebenslagen der Familien in Deutschland und die Maßnahmen, mit denen Familienpolitik die Familien unterstützt.

- 1) Die Lebensform Familie wird hochgeschätzt – Vielfalt wird anerkannt.** Das erste Kapitel „Familienleben in Deutschland“ zeigt, in welchen Formen die von den Menschen als wichtigster Lebensbereich betrachtete Familie gelebt wird. Die Familienform der verheirateten Eltern mit Kindern ist nach wie vor am weitesten verbreitet (5,5 Mio.). Deutlich zugenommen haben die nichtehelichen Lebensgemeinschaften, deren Anzahl sich in den vergangenen 20 Jahren auf 843.000 fast verdoppelt hat.

Die Anzahl der Alleinerziehenden ist ebenfalls deutlich größer als Anfang der 90er-Jahre und liegt seit einigen Jahren bei rund 1,6 Millionen. Im Jahr 2015 wuchsen 2,3 der insgesamt 13 Millionen Kinder bei nur einem Elternteil auf. Die Zahl der Scheidungen nimmt seit einigen Jahren ab, während die Zahl der Eheschließungen steigt. Jede dritte Familie mit minderjährigen Kindern hat einen Migrationshintergrund, zunehmend aus dem nichteuropäischen Ausland. Die Ehe für alle ist möglich geworden; Unterschiede werden gesellschaftlich akzeptiert.

Deutlich gestiegen ist die Geburtenrate, die im Jahr 2015 mit 1,5 Kindern je Frau im Vergleich der letzten 25 Jahre einen Höchststand erreicht hat. Drei Viertel der Kinder wachsen mit mindestens einem Geschwisterkind auf. Die realisierten Kinderzahlen bleiben immer noch stärker als in anderen Ländern hinter den Kinderwünschen zurück. Eltern im Alter zwischen 40 und 49 Jahren finden durchschnittlich 2,2 Kinder ideal, tatsächlich haben sie im Durchschnitt 1,9 Kinder.

- 2) Den meisten Familien geht es wirtschaftlich gut, aber nicht alle nehmen an der Entwicklung des Wohlstands chancengerecht teil.** Das zweite Kapitel stellt die wirtschaftliche Lage von Familien und die Wirkung staatlicher Leistungen dar. Die Mehrheit der Familien empfindet ihre wirtschaftliche Lage heute als gut oder sogar sehr gut. Tatsächlich sind die durchschnittlichen (bedarfsgewichteten) Pro-Kopf-Einkommen von Familien zwischen 2004 und 2014 um knapp 23 Prozent gestiegen.

Allerdings liegt das Armutsrisiko von Kindern je nach Datenquelle zwischen 14,6 und 21,1 Prozent. 44 Prozent der Haushalte von Alleinerziehenden sind armutsgefährdet. Ihr Armutsrisiko ist mehr als viermal so hoch wie bei Paarfamilien mit einem oder zwei Kindern. Auch Familien mit drei und mehr Kindern sind mit 25 Prozent überdurchschnittlich von Armut bedroht. Der nach Herkunftsländern veränderte Zuschnitt der Migration vergrößert das Risikopotenzial seit einigen Jahren.

Fehlende oder geringe Erwerbstätigkeit der Eltern ist die wesentliche Ursache für Armutsgefährdung, Transferabhängigkeit und prekäre Lebenslagen. So haben in Familien, in denen kein Elternteil erwerbstätig ist, die Kinder ein Armutsrisiko von 64 Prozent; verfügt der Haushalt über ein Einkommen aus einer Vollzeittätigkeit, liegt das Armutsrisiko bei

15 Prozent. Gibt es ein zweites Einkommen zumindest aus einer Teilzeittätigkeit, sind nur noch 5 Prozent armutsgefährdet.

Der wesentliche Teil des Familieneinkommens wird in den meisten Familien in Deutschland durch den Vater erwirtschaftet, die Mutter verdient hinzu. Diese ungleiche Einkommenserzielung kann zu einem Armutsrisiko werden, wenn der Hauptverdiener ausfällt. Teilen sich Eltern die familiären Aufgaben und den Umfang der Erwerbsarbeit, fördert das kurz- und langfristig die wirtschaftliche Stabilität der Familie.

Wesentliche Voraussetzung für eine existenzsichernde Erwerbstätigkeit beider Elternteile ist die Kindertagesbetreuung. Die staatlichen Mittel, die dafür zur Verfügung gestellt werden, sind zwischen 2006 und 2015 von etwas mehr als 11 Milliarden Euro auf knapp 24,6 Mrd. Euro gestiegen.

- 3) Die Chancen der Kinder sind ungleich verteilt – von Angeboten und Leistungen profitieren sie nicht gleichermaßen.** Kapitel III. richtet den Fokus auf die Chancen von Kindern, insbesondere aus Familien mit geringen Einkommen. Es zeigt zum Beispiel, dass Kinder aus solchen Familien deutlich seltener an Sportangeboten, musikalischer Früherziehung, künstlerischen Aktivitäten oder sonstigen Eltern-Kind-Gruppen teilnehmen als Kinder aus Familien mit mehr Einkommen. Insbesondere für diese Kinder ist eine verlässliche und gute Kinderbetreuung aus zwei Gründen wichtig: Ihre Inanspruchnahme hat positive Effekte auf die Entwicklung und das Wohlergehen von Kindern und sie ermöglicht den Eltern Erwerbstätigkeit und damit Einkommen.

Damit die Betreuungskette nicht mit der Einschulung abreißt, sollte ein Rechtsanspruch auf Schulkindbetreuung eingeführt werden. Um den Betreuungsbedarf für die bis zwölfjährigen zu decken, müssen mindestens 280.000 neue Plätze geschaffen werden. Zusätzlich müssen die Betreuungszeiten einer ähnlich hohen Anzahl bestehender Plätze (275.000) erweitert werden.

Zur Verringerung von Armutsrisiken für Familien hat die Bundesregierung auch die finanzielle Unterstützung erhöht – beim Kindergeld, beim Kinderzuschlag, beim steuerlichen Entlastungsbetrag für Alleinerziehende und beim Unterhaltsvorschuss kam es zu deutlichen Verbesserungen. Sie tragen dazu bei, Armutsrisiken zu reduzieren. Eine weitere Maßnahme zur Verbesserung der Chancen von Kindern aus Familien mit kleinen Einkommen kann in der Weiterentwicklung des Kindergeldes liegen. So könnten Familien mit kleinen Einkommen ein höheres Kindergeld erhalten, das sich mit zunehmendem eigenen Einkommen der Familie reduziert. 70 Prozent der Bevölkerung halten es für einen guten Vorschlag, das Kindergeld für Familien zu erhöhen, in denen die Eltern nur wenig verdienen.

- 4) Mütter und Väter wollen heute Beruf und Familie partnerschaftlich leben und das auch im Falle einer Trennung oder Scheidung. Kinder wollen, dass beide Elternteile erwerbstätig sind und gleich oder ähnlich viel Zeit für die Familie haben.** Kapitel IV. „Partnerschaftlichkeit – Wunsch und Wirklichkeit“ thematisiert den zentralen Trend hin zur mehr gelebten und gewünschten Partnerschaftlichkeit in den Familien, der mit der Einführung des Elterngelds und dem Ausbau der Betreuungsplätze für kleine Kinder befördert wurde. Zentrale

Indikatoren für diesen Trend sind die steigende Müttererwerbstätigkeit sowie die steigende Beteiligung der Väter an Elterngeld und Elternzeit. Seit der Einführung des Elterngelds stieg die Erwerbstätigkeit von Müttern mit Kindern im Alter zwischen zwei und drei Jahren von 42 auf 58 Prozent, vor allem bei Tätigkeiten im mittleren und hohen Teilzeitumfang.

Der Anteil der Väter, die in Elternzeit gehen, ist seit 2006 von 3,5 auf 35 Prozent gestiegen. Mittlerweile wünscht sich mehr als die Hälfte aller Väter, den gleichen oder sogar den größeren Teil der Kinderbetreuung zu übernehmen. Viele Kinder wünschen sich eine gerechtere Aufteilung der Erwerbs- und Familienaufgaben zwischen den Elternteilen. Kinder, die mit Eltern aufwachsen, die beide vollzeitnah arbeiten, sehen Mütter und Väter gleichermaßen als Bezugspersonen.

Jedoch fallen Wunsch und Wirklichkeit bei der partnerschaftlichen Aufgabenteilung noch stark auseinander. Mütter haben den Wunsch, häufiger und mit mehr Stunden erwerbstätig zu sein; Väter möchten ihre Arbeitszeit reduzieren und mehr Zeit mit der Familie verbringen.

Den Wunsch nach Partnerschaftlichkeit gibt es auch nach Trennung und Scheidung. 51 Prozent der Trennungseltern wünschen sich eine annähernd gleichmäßige Aufteilung bei der Kinderbetreuung. Dabei würde jeder zweite Vater gern mehr Betreuungsaufgaben übernehmen im Vergleich zu der aktuellen Aufteilung; 42 Prozent der Mütter würden sich hingegen eine Verringerung des eigenen Anteils an der Betreuung wünschen.

- 5) **Unternehmen bewegen sich ebenfalls: in Richtung partnerschaftliche Vereinbarkeit.** Kapitel V. „NEUE Vereinbarkeit – Familienfreundlichkeit in der Unternehmenskultur“ lenkt die Perspektive auf die Unternehmen, die mit einer familienfreundlichen Personalpolitik die Vereinbarkeit wesentlich unterstützen können. Die NEUE Vereinbarkeit zielt auf die Modernisierung der Arbeitskultur hin zu einer familienbewussten Arbeitszeitgestaltung für Frauen und Männer in verschiedenen Lebensphasen, die Beschäftigten mehr Optionen bei der Lebens- und Arbeitszeitgestaltung gibt. Dabei kommt es darauf an, die Wünsche der Beschäftigten mit den betrieblichen Erfordernissen in Einklang zu bringen. Mittlerweile bekunden acht von zehn Unternehmen die Wichtigkeit einer vereinbarkeitsbewussten Personalpolitik. Andererseits zeigen Befragungen, dass aus Sicht der Beschäftigten noch viel zu tun ist.

Dabei können die Unternehmen mit wirksamer Vereinbarkeitspolitik nach aktuellen Studien erhebliche Renditen erzielen. Gerade weil sich die Bedeutung von Familienfreundlichkeit angesichts des Fachkräftemangels für Unternehmen erhöht, gibt es weiteren Entwicklungsbedarf. Personalverantwortliche erwarten, dass in Zukunft noch mehr Väter als heutzutage vereinbarkeitsfördernde Maßnahmen in Anspruch nehmen wollen.

- 6) **Die Digitalisierung hat Familien längst erreicht – mit Risiken, aber noch mehr Chancen.** Kapitel VI. befasst sich mit der Bedeutung der Digitalisierung für die Familien. Dabei liegt ein Schwerpunkt auf den Potenzialen und Herausforderungen, die die zunehmenden Möglichkeiten des mobilen Arbeitens/Homeoffice für die Vereinbarkeit mit sich bringen. 90 Prozent der Beschäftigten, die zumindest zeitweise im Homeoffice tätig sind, sagen,

dass das Arbeiten von zu Hause aus die Vereinbarkeit erleichtere. Ein Hauptgrund dafür ist, dass Wegezeiten zum Arbeitsplatz wegfallen. Durchschnittlich können Eltern pro Woche 4,4 Stunden Wegezeiten sparen, die sie zum größten Teil mit der Familie verbringen. Das größte Hindernis für die umfassende Nutzung orts- und zeitflexiblen Arbeitens liegt in der Umsetzung in den Unternehmen: Die Nachfrage der Beschäftigten übersteigt aktuell das Angebot der Arbeitgeber. Die Familie ist ein Schlüssel für einen umfassenden Ansatz zur Stärkung digitaler Kompetenzen, denn Eltern müssen nicht nur Schritt halten mit der eigenen Mediennutzung, sondern gleichzeitig Wege finden, ihre Kinder im Umgang mit digitalen Technologien zu unterstützen.

- 7) Investitionen in Betreuungsinfrastruktur und gezielte familienbezogene Leistungen zahlen sich vielfältig aus.** Kapitel 7 stellt dar, dass sich Investitionen in Infrastrukturen für Familien volkswirtschaftlich lohnen. Sie haben positive gesamtwirtschaftliche, fiskalische und verteilungspolitische Effekte. Deutlich wird dies insbesondere beim Ausbau des staatlichen Kinderbetreuungsangebots. So sorgt die Nachmittagsbetreuung von Schulanfängerinnen und -anfängern dafür, dass mehr als 11 Prozent der Mütter, die vor der Einschulung ihres Kindes nicht berufstätig waren, eine Erwerbstätigkeit aufnehmen. Mütter, die bereits zuvor einer Erwerbstätigkeit nachgingen, weiten ihre Arbeitszeit um durchschnittlich 2,5 Stunden pro Woche aus.

Zwar werden die öffentlichen Haushalte durch einmalige Investitionen und laufende Betriebskosten für Kinderbetreuung belastet. Doch gleichzeitig werden durch Beschäftigungs- und Lohneffekte Steuereinnahmen sowie Sozialabgaben gesteigert und die Ausgaben für Sozialleistungen reduziert. Die langfristigen Mehreinnahmen durch Investitionen in Kitas und Ganztagschulen überwiegen die Kosten bei Weitem.

- 8) Familien erwarten eine Politik, die ihren Wünschen und Bedarfen entspricht.** Kapitel VIII. „Die Sicht der Bevölkerung“ legt dar, was die breite Mehrheit der Familien an Unterstützung durch die Familienpolitik erwartet. Ganz oben auf der familienpolitischen Aufgabenliste steht die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. 71 Prozent der Bevölkerung erwarten diesbezügliche Unterstützung, wobei nicht nur der Staat, sondern auch Unternehmen und Gewerkschaften gefragt sind. 61 Prozent der Eltern sind der Auffassung, der Staat sollte die Voraussetzungen dafür verbessern, dass beide Partner gleichermaßen berufstätig sein können. Dazu gehören flexible Arbeitszeiten, mehr Möglichkeiten, im Homeoffice zu arbeiten, und bessere Betreuungsmöglichkeiten für kleinere Kinder und Schulkinder.

I.

Familienleben in Deutschland

1.1 Familie als zentraler Lebensbereich

Die Familie ist weiterhin und mit noch gewachsenem Stellenwert in allen Generationen der zentrale Lebensbereich für die große Mehrheit der Bevölkerung in Deutschland. Die Familie ist für 79 Prozent der Bevölkerung der wichtigste Lebensbereich (**Abbildung 1**). Gegenüber 2006, als 76 Prozent die Familie an die erste Stelle setzten, ist der Anteil der Familienorientierten noch weiter gewachsen.¹ Bei Eltern mit minderjährigen Kindern sind es sogar 93 Prozent, die die Familie für den wichtigsten Lebensbereich halten.² Für mehr als 90 Prozent der Bevölkerung ist es die größte Freude im Leben, zu beobachten, wie Kinder groß werden.³ Für über 80 Prozent der 20- bis 39-Jährigen ist es sehr wichtig bzw. wichtig, eigene Kinder zu haben.⁴ Für fast neun von zehn Eltern mit minderjährigen Kindern steht die Familie auch für Zusammenhalt in schwierigen Zeiten.⁵

Abbildung 1: Die Familie ist der wichtigste Lebensbereich*



* Fehlende Werte zu 100%: Weiß nicht/keine Angabe.

Quelle: IfD Allensbach (2016): Familie 2030. Allensbacher Archiv: IfD-Umfrage 11058.

1 IfD Allensbach (2016): Familie 2030. Allensbacher Archiv: IfD-Umfrage 11058.

2 IfD Allensbach (2016): Familie 2030. Allensbacher Archiv: IfD-Umfrage 11058.

3 WZB/Statistisches Bundesamt (2013): Datenreport 2013, S. 65, 67.

4 Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (2013): FamilienLeitbilder. Vorstellungen, Meinungen, Erwartungen, Altersgruppe 20–39 Jahre.

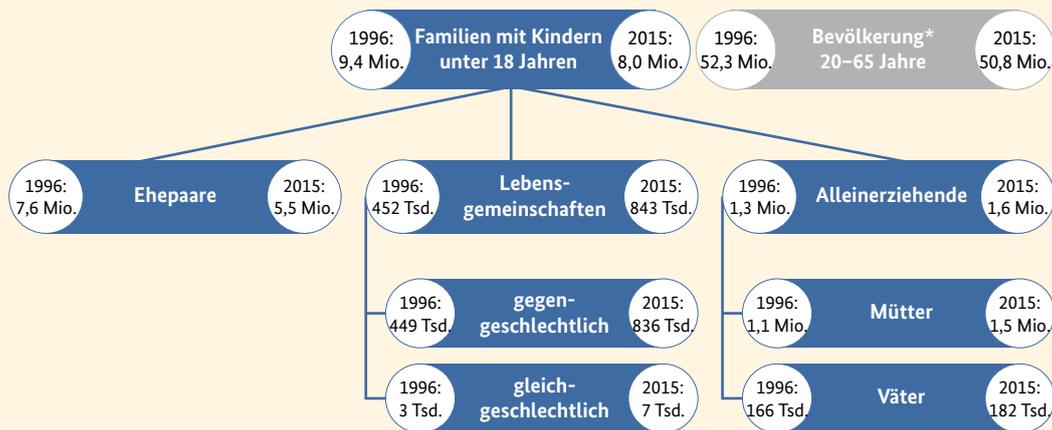
5 Allensbacher Archiv (2016): IfD-Umfragen 6009, 11058. Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre.

Lebensformen sind heterogen

Familie wird in unterschiedlichen Konstellationen gelebt. Im familienpolitischen Verständnis ist Familie dort, wo Menschen verschiedener Generationen dauerhaft füreinander Verantwortung übernehmen, füreinander einstehen und gegenseitige Fürsorge leisten. Das schließt verheiratete und unverheiratete Paare mit Kindern ebenso ein wie Alleinerziehende, getrennt Erziehende, Stief- und Patchworkfamilien, Regenbogenfamilien sowie Familien, die sich um pflege- und hilfsbedürftige Angehörige kümmern. *Ehe für alle* ist mittlerweile eine Selbstverständlichkeit geworden.

2015 gab es acht Millionen Familien mit minderjährigen Kindern im Haushalt (**Abbildung 2**). Verheiratete Eltern mit 5,5 Millionen waren die häufigste Familienform. Ihre Anzahl ist in der Vergangenheit zurückgegangen, wohingegen die Anzahl der Lebensgemeinschaften und die der Alleinerziehenden gestiegen ist. 2015 gab es 843.000 Lebensgemeinschaften und 1,6 Millionen Alleinerziehende. Die Zahl der gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften mit minderjährigen Kindern im Haushalt lag im Jahr 2015 bei rund 7.000.

Abbildung 2: Familien* und Bevölkerung* 1996 und 2015

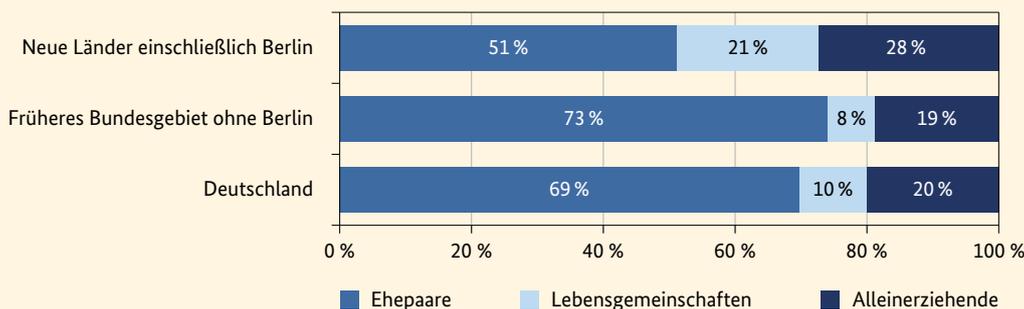


* Zahlen für Familie und Bevölkerung 2015. Ab 2011: Ergebnisse auf Grundlage des Zensus 2011.

Quelle: Statistisches Bundesamt (2016): Haushalte und Familien 2015, Ergebnisse des Mikrozensus.

Die Familienformen unterscheiden sich in ihrer Häufigkeit nach wie vor in den neuen und alten Bundesländern. In West- wie Ostdeutschland sind verheiratete Eltern zwar die häufigste Familienform, in den neuen Ländern sind jedoch lediglich etwas mehr als die Hälfte der Eltern verheiratet, während es in den alten Bundesländern knapp drei Viertel der Eltern sind. Entsprechend ist der Anteil an Lebensgemeinschaften (21 Prozent) und Alleinerziehenden (28 Prozent) in Ostdeutschland höher als in Westdeutschland, wo 8 Prozent der Eltern nicht verheiratet und 19 Prozent der Familien alleinerziehend sind (**Abbildung 3**).

Abbildung 3: Familienformen in den neuen und alten Bundesländern, 2015, in Prozent



Quelle: Statistisches Bundesamt (2016): Haushalte und Familien 2015, Ergebnisse des Mikrozensus.

Breites Familienverständnis in der Bevölkerung

Auch in der Bevölkerung ist ein breites Familienverständnis verankert. Familie ist für die Mehrheit dort, wo auch Kinder sind – unabhängig von der Lebensform. So ist für 97 Prozent der Bevölkerung auch ein unverheiratetes heterosexuelles Paar mit Kindern eine Familie, für 88 Prozent ein homosexuelles Paar mit Kindern, für 85 Prozent eine Mutter, die mit einem neuen Partner unverheiratet zusammenlebt, und für 82 Prozent eine alleinerziehende Mutter.⁶

Zusätzlich zum allgemeinen Familienverständnis bestehen in der Bevölkerung Vorstellungen darüber, wie Familienleben normalerweise aussieht oder idealerweise aussehen sollte. Jeder Mensch entwickelt im Laufe seines Lebens diese sogenannten Familienleitbilder. Sie entstehen durch die Beobachtung anderer Menschen, durch eigene Erfahrungen, aber auch durch den Konsum von Medien wie Filmen, Werbung oder Büchern. Daher gibt es innerhalb einer Gesellschaft Familienleitbilder, die von vielen Menschen geteilt werden.

In einer aktuellen Studie hat das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB) die Familienleitbilder junger Menschen in Deutschland und ihre Veränderungen im Vergleich zum Jahr 2012 untersucht.⁷ Es zeigt sich, dass die Familienleitbilder zwar im Kern stabil geblieben, aber auch vielschichtiger und moderner geworden sind. So haben gleichberechtigte Vorstellungen von Partnerschaft und Elternschaft zugenommen, bei denen auf der einen Seite Mütter stärker in der Erwerbsarbeit und auf der anderen Seite Väter stärker in der Familie gesehen werden. 84,5 Prozent der Befragten waren der Meinung, dass Mütter von Kleinkindern arbeiten sollten. Für Mütter mit einem zweijährigen Kind nannten zwei Drittel der Befragten eine Arbeitszeit zwischen 16 und 35 Wochenstunden als ideal. Nur 13 Prozent der Männer entsprachen dem Typus „Ernährer“, der sich hauptsächlich der Erwerbsarbeit und dem Familienunterhalt widmet.⁸ Im Gegensatz dazu entsprachen 40 Prozent dem Typus des „Vereinbarers“, der beruflich

6 Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (2013): Familienleitbilder. Vorstellungen, Meinungen, Erwartungen, Altersgruppe 20–39 Jahre.

7 Im Jahr 2012 wurden in einer repräsentativen Befragung bundesweit insgesamt 5.000 zufällig ausgewählte Personen, die zwischen 1973 und 1992 geboren wurden, telefonisch befragt. Zudem wurden alle Personen, die einer erneuten Befragung zustimmten, im Jahr 2013 und 2014 wiederholt kontaktiert, um ihre Wiedererreichbarkeit zu gewährleisten. Im Jahr 2016 konnten so 1.858 Personen noch einmal befragt werden.

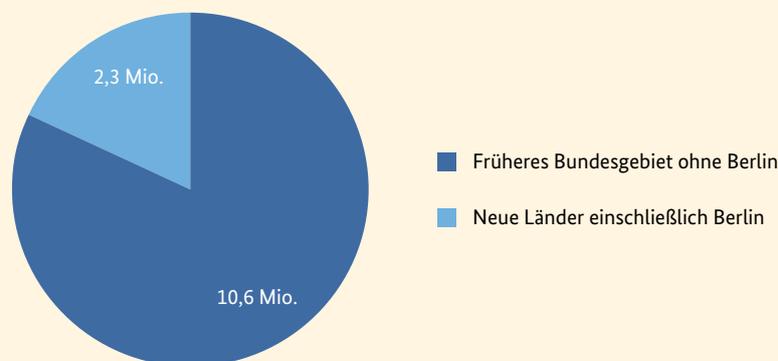
8 Zustimmung zur Aussage „Ein Mann muss seine Familie allein ernähren können“, Ablehnung der Aussage „Väter sollten für ihre Kinder beruflich kürzertreten“.

für seine Kinder kürzertritt.⁹ Kinder sind nach wie vor ein zentraler Bestandteil des Familienleitbildes, die Realisierung des gemeinsamen Kinderwunsches steht für viele junge Erwachsene im Mittelpunkt. So finden es 53 Prozent wichtig, dass der Partner eigene Kinder haben will. Auch der Aussage, eine Partnerschaft funktioniere dann gut, wenn man gemeinsame Kinder hat, wurde mehrheitlich zugestimmt.

1.2 Kinder in Familien

In Deutschland lebten 2015 rund 13 Millionen minderjährige Kinder, davon 2,3 Millionen in den neuen Bundesländern (18 Prozent) und 10,6 Millionen in den alten Bundesländern (82 Prozent) (**Abbildung 4**).

Abbildung 4: Anzahl der minderjährigen Kinder in Deutschland, 2015, in Millionen



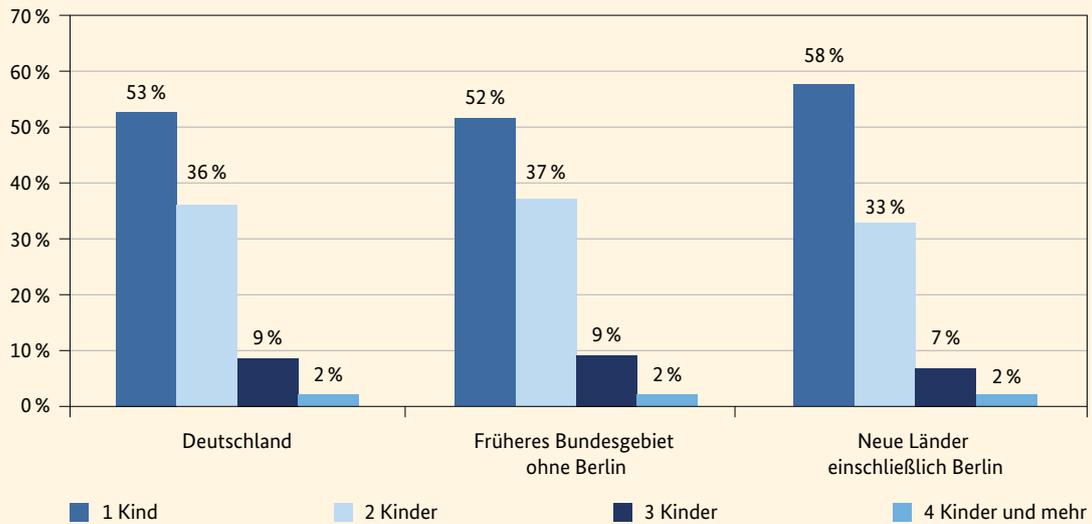
Quelle: Statistisches Bundesamt (2016): *Haushalte und Familien 2015, Ergebnisse des Mikrozensus*.

Die Mehrzahl der Familien haben ein und zwei minderjährige Kinder

In mehr als der Hälfte der Familien mit minderjährigen Kindern in Deutschland lebte 2015 ein Kind (53 Prozent), in mehr als jeder dritten Familie zwei Kinder (36 Prozent) und in 11 Prozent der Familien drei und mehr Kinder (**Abbildung 5**). Die neuen und alten Bundesländer unterscheiden sich hier nicht grundsätzlich, allerdings haben in Ostdeutschland etwas mehr Familien ein Kind (58 Prozent) als in Westdeutschland (52 Prozent). Daraus lassen sich jedoch keine Rückschlüsse auf die Kinderzahlen von Frauen insgesamt ziehen, da es sich um eine Momentaufnahme handelt und Frauen noch weitere Kinder im Laufe der Zeit bekommen können (vgl. auch Kapitel „Geburten in Deutschland“).

⁹ Ablehnung der Aussage „Ein Mann muss seine Familie allein ernähren können“, Zustimmung zur Aussage „Väter sollten für ihre Kinder beruflich kürzertreten“.

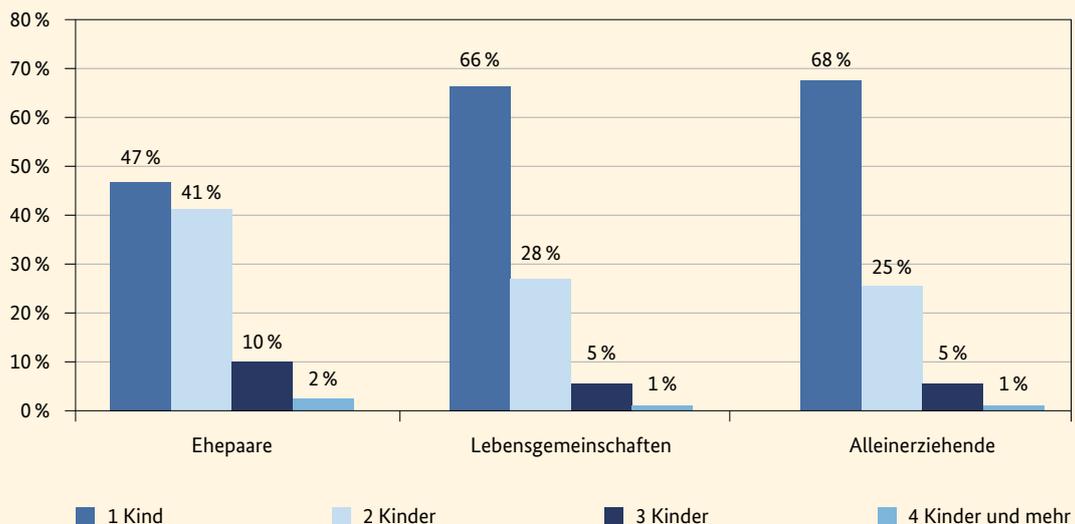
Abbildung 5: Familien nach Anzahl der Kinder unter 18 Jahren und Region, 2015, in Prozent



Quelle: Statistisches Bundesamt (2016): Haushalte und Familien 2015, Ergebnisse des Mikrozensus.

Differenziert nach der jeweiligen Familienform, haben verheiratete Eltern häufiger mehr Kinder als unverheiratete Paare bzw. Alleinerziehende (**Abbildung 6**). 2015 hatten 41 Prozent der verheirateten Eltern zwei Kinder, während nur etwa ein Viertel der unverheirateten Eltern bzw. Alleinerziehenden zwei Kinder hatte (28 bzw. 25 Prozent). Während knapp die Hälfte der verheirateten Eltern ein Kind hatte (47 Prozent), galt dies für zwei Drittel der unverheirateten Paare und der Alleinerziehenden (66 bzw. 68 Prozent).

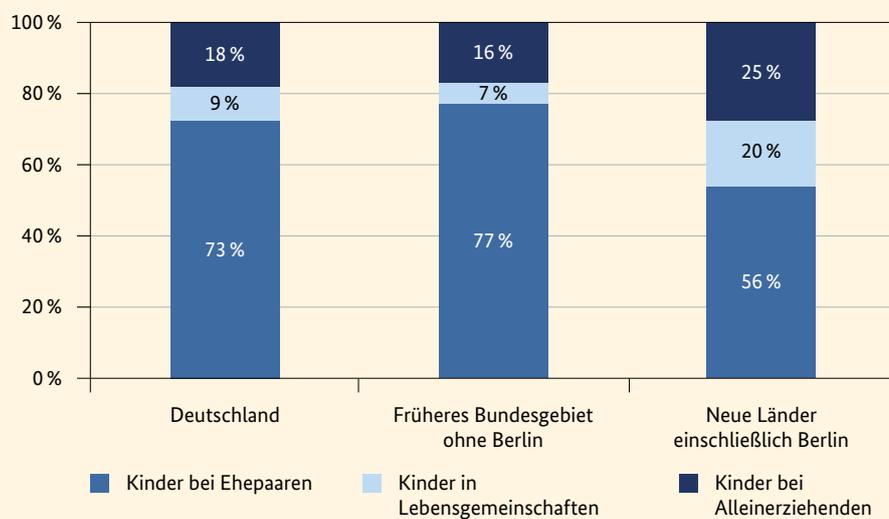
Abbildung 6: Familienformen nach Anzahl der minderjährigen Kinder, 2015, in Prozent



Quelle: Statistisches Bundesamt (2016): Haushalte und Familien 2015, Ergebnisse des Mikrozensus.

Fast drei Viertel der minderjährigen Kinder in Deutschland lebten 2015 gemeinsam mit verheirateten Eltern im Haushalt, 18 Prozent wuchsen bei Alleinerziehenden und 9 Prozent bei Lebensgemeinschaften auf (**Abbildung 7**). Damit hat sich der Anteil der Kinder, die bei verheirateten Eltern aufwachsen, in den letzten Jahren nicht wesentlich verändert. In den alten Bundesländern waren die Eltern von minderjährigen Kindern mehrheitlich verheiratet: 77 Prozent der minderjährigen Kinder lebten bei verheirateten Eltern, in den neuen Bundesländern waren es lediglich 56 Prozent. In den neuen Ländern wuchsen Kinder häufiger bei Lebensgemeinschaften und Alleinerziehenden auf als in den alten Bundesländern. In eingetragenen Lebenspartnerschaften lebten im Jahr 2015 in Deutschland 10.000 Kinder.¹⁰ In einer von zehn eingetragenen Lebenspartnerschaften lebte mindestens ein Kind.¹¹

Abbildung 7: Minderjährige Kinder nach Familienform, 2015, in Prozent



Quelle: Statistisches Bundesamt (2016): Haushalte und Familien 2015, Ergebnisse des Mikrozensus.

Drei Viertel der Kinder wuchsen mit mindestens einer Schwester oder einem Bruder auf (**Abbildung 8**). Nur ein Viertel lebt (noch) ohne Geschwister im Haushalt. 1996 lebten durchschnittlich 1,65 minderjährige Kinder in Familien, 2015 waren es durchschnittlich 1,61 Kinder.¹²

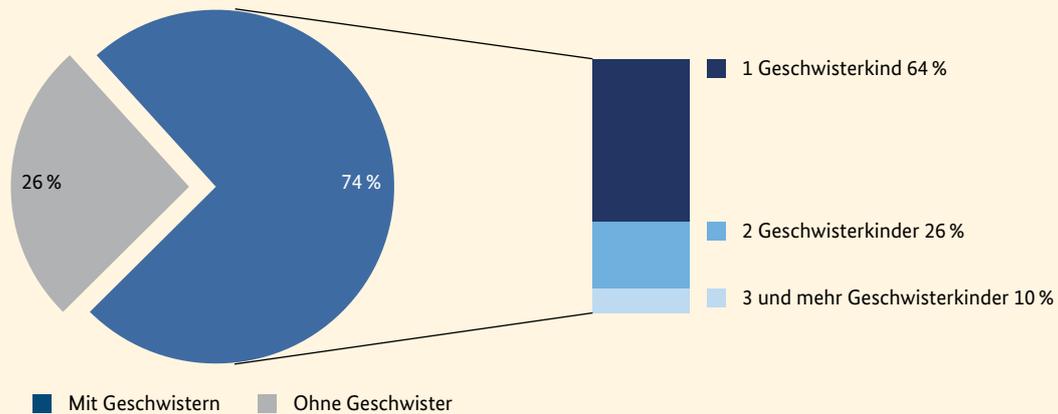
Von den 74 Prozent der Kinder mit Geschwistern im Haushalt hatten knapp zwei Drittel eine Schwester oder einen Bruder (64 Prozent), gut ein Viertel hat zwei Geschwister (26 Prozent) und 10 Prozent hatten drei oder mehr Geschwister (**Abbildung 8**).

¹⁰ Statistisches Bundesamt (2016): Haushalte und Familien 2015, Ergebnisse des Mikrozensus.

¹¹ Statistisches Bundesamt (2016): Haushalte und Familien 2015, Ergebnisse des Mikrozensus.

¹² Statistisches Bundesamt (2016): Haushalte und Familien 2015, Ergebnisse des Mikrozensus.

Abbildung 8: Minderjährige Kinder nach Anzahl der Geschwister* im Haushalt, 2015, in Prozent



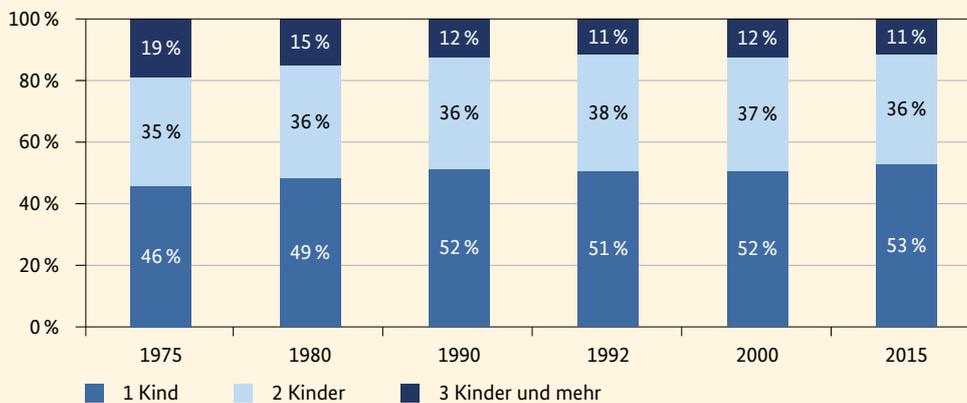
* Ledige Geschwister – einschließlich Stief-, Adoptiv- und Pflegekindern – ohne Altersbegrenzung.

Quelle: Statistisches Bundesamt (2016): Haushalte und Familien 2015, Ergebnisse des Mikrozensus.

Anteil der Mehrkindfamilien bleibt konstant

Der Anteil der Familien mit drei oder mehr minderjährigen Kindern ist in Deutschland seit der Wiedervereinigung nahezu unverändert geblieben (**Abbildung 9**). Im Jahr 1975 lebten noch in 19 Prozent der Familien drei oder mehr minderjährige Kinder, darunter in 6 Prozent vier oder mehr Kinder. Bis zum Jahr 1990 ist der Anteil der Mehrkindfamilien im früheren Bundesgebiet auf ein mit dem heutigen gesamtdeutschen Durchschnitt vergleichbares Niveau gesunken.

Abbildung 9: Familien nach Anzahl der minderjährigen Kinder, 1975 bis 2015, in Prozent



Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus. Bis 1990 sind die Werte für das frühere Bundesgebiet ausgewiesen, ab 1992 für das wiedervereinigte Deutschland. Ab 2011 auf Basis des Zensus 2011.

2015 lebten in rund jeder neunten Familie mehr als zwei minderjährige Kinder (865.000). Überwiegend haben diese Familien drei minderjährige Kinder (697.000 Familien). In knapp 2 Prozent aller Familien mit minderjährigen Kindern lebten vier minderjährige Kinder (126.000 Familien), in 0,5 Prozent fünf oder mehr (42.000 Familien).¹³ In Westdeutschland gab

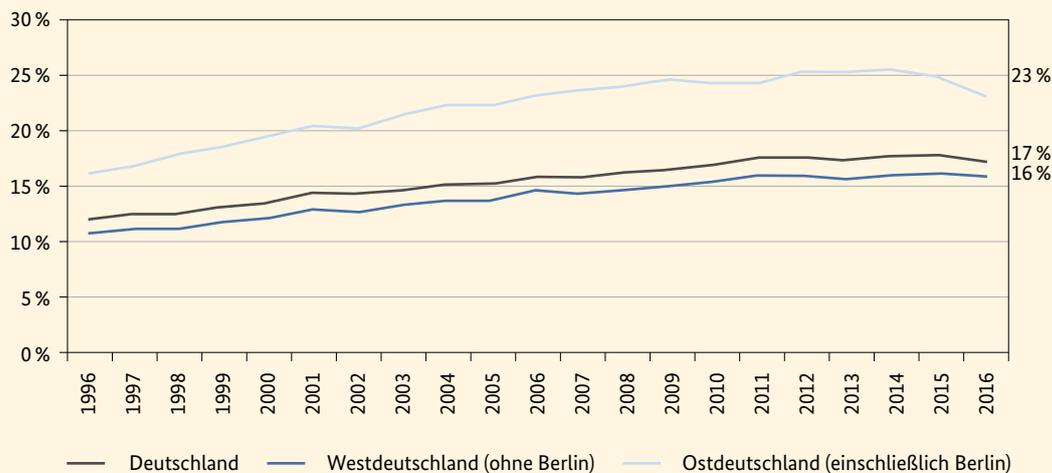
13 Statistisches Bundesamt (2016): Haushalte und Familien 2015, Ergebnisse des Mikrozensus.

es mit 11 Prozent anteilig mehr Mehrkindfamilien als in Ostdeutschland (9 Prozent) (vgl. auch **Abbildung 5**). 11 Prozent aller Mehrkindfamilien sind Familien mit alleinerziehendem Elternteil.¹⁴

1.3 Alleinerziehende

2016 gab es 1,6 Millionen Alleinerziehende, davon waren 1,4 Millionen alleinerziehende Mütter und 182.000 alleinerziehende Väter. Damit sind neun von zehn Alleinerziehenden weiblich.¹⁵ In jeder fünften Familie lebt ein Elternteil allein mit Kindern im Haushalt. Dabei unterscheidet sich der Anteil an Alleinerziehenden an den Familienformen je nach Gemeindegröße: In Gemeinden unter 10.000 Einwohnerinnen und Einwohnern machten Alleinerziehende 2016 einen Anteil von 20 Prozent aus, in Großstädten mit über einer halben Million Einwohnerinnen und Einwohnern waren 28 Prozent der Eltern Alleinerziehende.¹⁶ Alleinerziehende gehören heute zur Vielfalt des Familienlebens. Dabei ist die Zahl minderjähriger Kinder, die nur bei einem Elternteil aufwachsen, in den letzten Jahren deutlich angestiegen: von rund 1,9 Millionen im Jahr 1996 auf 2,3 Millionen im Jahr 2016.¹⁷ 17 Prozent der minderjährigen Kinder lebten 2016 bei einem alleinerziehenden Elternteil. In Ostdeutschland waren es fast ein Viertel der Kinder, in Westdeutschland 16 Prozent (**Abbildung 10**).

Abbildung 10: Anteil der minderjährigen Kinder, die bei einem Alleinerziehenden leben, 1996 bis 2016, in Prozent



Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus. Berechnungen: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB).
Darstellung: Prognos AG.

14 Statistisches Bundesamt (2016): Haushalte und Familien 2015, Ergebnisse des Mikrozensus, eigene Berechnung.

15 Die Anzahl der alleinerziehenden Väter ist damit vergleichsweise gering. Um differenzierte Auswertungen ermöglichen zu können, wird im Folgenden insbesondere die Situation der alleinerziehenden Mütter betrachtet.

16 Statistisches Bundesamt (2017): Kinderlosigkeit, Geburten und Familien. Ergebnisse des Mikrozensus 2016.

17 Statistisches Bundesamt, Mikrozensus; Berechnungen: BiB. Pressemitteilung vom 17.05.2017 und Statistisches Bundesamt (2017): Haushalte und Familien 2016, Ergebnisse des Mikrozensus.

Alleinerziehende werden in der Statistik definiert als Haushalte, in denen ein Elternteil allein mit Kindern lebt. Hinter dieser Haushaltsform können sich jedoch unterschiedliche Lebensformen verbergen. So sind in Westdeutschland alleinerziehende Elternteile überwiegend geschieden, während es sich im Osten mehrheitlich um Ledige handelt.¹⁸

Die Familienform „alleinerziehend“ ist dabei nicht statisch. Nur für wenige Frauen ist es ein unveränderlicher Teil des Selbstkonzepts, alleinerziehend zu sein. Für die allermeisten Alleinerziehenden ist „alleinerziehend sein“ eine Lebensphase mit einem Beginn und einem Ende, wobei sie diese Phase auch mehrmals im Laufe des Lebens durchlaufen können. So verlässt ein Viertel der Alleinerziehenden innerhalb der ersten drei Jahre den Status „alleinerziehend“, oft durch neue Partnerschaften.¹⁹ Mehr als ein Drittel der alleinerziehenden Mütter hat eine (neue) feste Beziehung. Überwiegend betrachten sie die Phase des Alleinerziehens als einen Prozess mit offenem Ausgang.²⁰ Auch das subjektive Verständnis von Alleinerziehendsein ist weniger an die Haushaltssituation gekoppelt, sondern vielmehr an die tatsächliche Verantwortungsverteilung im Alltag.

Nach der Trennung teilen sich 15 Prozent der Eltern die Kinderbetreuung partnerschaftlich auf. Unterschieden wird zwischen Alleinerziehenden, wenn die Kinder im Wesentlichen bei einem Elternteil leben, und getrennt Erziehenden. Getrennt Erziehende teilen sich die Betreuung der Kinder gemeinschaftlich, auch wenn sie nicht mehr zusammen sind. Wenn eine Partnerschaft gerade beendet worden ist, wenn es Verletzungen und Streit gibt, ist das erst einmal nicht leicht. Familien, denen partnerschaftliche Erziehung gelingt, profitieren davon.²¹ Um herauszufinden, wie Kinder mit getrennten Eltern gut aufwachsen können, hat das Bundesfamilienministerium die Studie „Kindeswohl und Umgangsrecht“ in Auftrag gegeben. Bei der Studie stehen die Kinder im Mittelpunkt und werden selbst zur Umgangssituation befragt. Diese Studie soll zentrale Erkenntnisse für die weitere Diskussion und für die kindgerechte Ausgestaltung von Prozessen, Konzepten und Lösungen liefern.²²

Alleinerziehende Mütter leben zwar ohne Partner im Haushalt, das bedeutet aber nicht, dass die Mütter keine Partnerschaft führen: Befragungen zeigen, dass fast jede dritte alleinerziehende Mutter in einer festen Beziehung lebt. Besonders häufig trifft dies auf die jüngeren Alleinerziehenden zu: 52 Prozent der 20- bis 29-Jährigen haben eine feste Beziehung, während ältere Mütter überwiegend alleinstehend sind (65 Prozent der 30- bis 39-Jährigen) (**Abbildung 11**). Jüngere Mütter sind auch tendenziell häufiger auf der Suche nach einem neuen Partner. Je älter die Mütter sind, desto eher wird die Phase „alleinerziehend“ von ihnen dagegen als dauerhaft empfunden, zumindest so lange, bis die Kinder erwachsen sind.²³

18 Ebd.

19 Monitor Familienforschung Nr. 28, BMFSFJ.

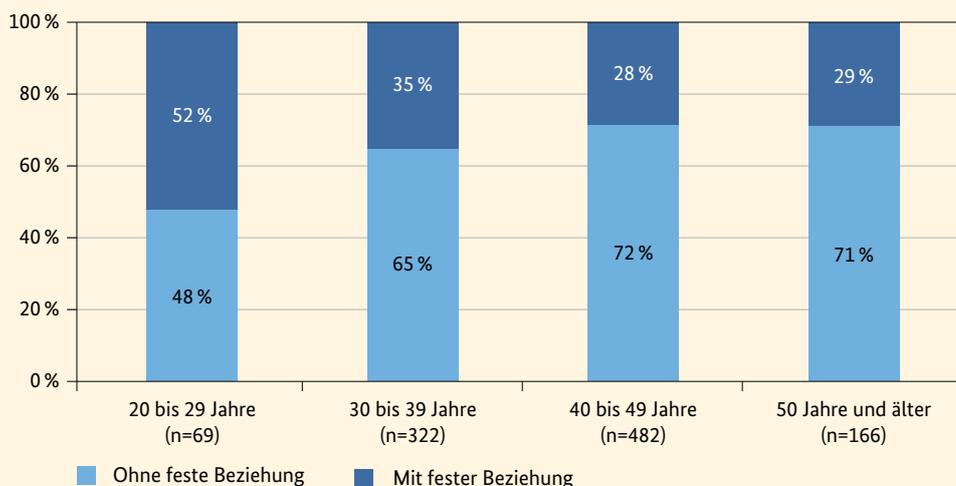
20 Vgl. BMFSFJ (2011); Lebenswelten und -wirklichkeiten von Alleinerziehenden, S. 7.

21 BMFSFJ (2017): Partnerschaftlichkeit nach der Trennung ermöglichen. Hintergrundmeldung vom 08.08.2017. Für weitere Informationen zum Thema „Partnerschaftlich erziehen nach Trennung und Scheidung“ siehe Kapitel IV.

22 BMFSFJ (2017): Partnerschaftlichkeit nach der Trennung ermöglichen. Hintergrundmeldung vom 08.08.2017.

23 Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2012): Alleinerziehende in Deutschland – Lebenssituationen und Lebenswirklichkeiten von Müttern und Kindern, Berlin, S. 10 f.

Abbildung 11: Beziehungsstand von Alleinerziehenden nach Alter der Mütter, 2015

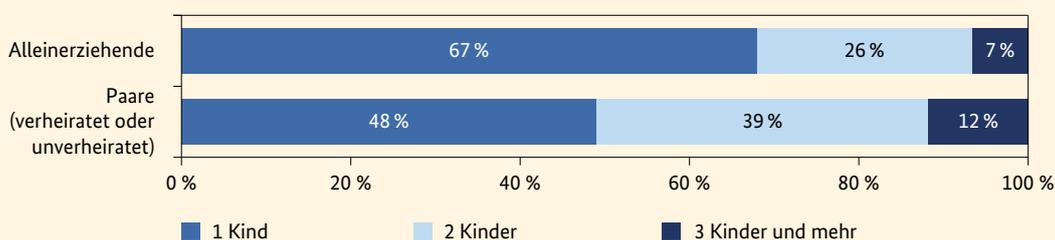


Quelle: SOEP-Welle v32 (Erhebungsjahr 2015). Berechnung: Prognos AG.

Auch nach einer Trennung und dem Verlassen des gemeinsamen Haushalts bleibt der Vater für die Kinder wichtig. 63 Prozent der Kinder von Alleinerziehenden geben an, dass ihnen der Vater sehr wichtig bzw. wichtig ist.²⁴ Mehr als die Hälfte der Väter hat Kontakt zu den eigenen Kindern. Insgesamt hat eine große Mehrheit der Kinder bis zum Beginn des Schulalters Kontakt zum leiblichen Vater.²⁵

In Haushalten mit alleinerziehenden Eltern lebt häufiger nur ein minderjähriges Kind²⁶ (67 Prozent) als in Paarhaushalten (48 Prozent). Bei einem Viertel der Alleinerziehenden wachsen zwei Kinder, bei 7 Prozent drei oder mehr Kinder im Haushalt auf (**Abbildung 12**). Damit hat jede dritte Alleinerziehende zwei oder mehr minderjährige Kinder.

Abbildung 12: Alleinerziehende und Paarhaushalte mit Kindern unter 18 Jahren, 2016, nach Zahl der im Haushalt lebenden minderjährigen Kinder, in Prozent



Quelle: Statistisches Bundesamt (2017): Haushalte und Familien 2016, Ergebnisse des Mikrozensus.

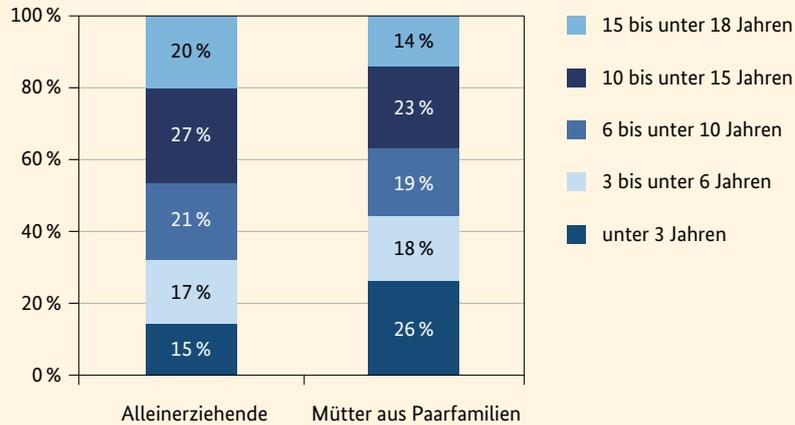
24 BMFSFJ (2012): Monitor Familienforschung: Alleinerziehende in Deutschland – Lebenssituationen und Lebenswirklichkeiten von Müttern und Kindern. Ausgabe 28.

25 BMFSFJ: Alleinerziehend in Deutschland. Fakten über einen Familienstand. Unveröffentlichte Studie.

26 Sofern keine anderslautenden Angaben gemacht werden, beziehen sich die folgenden Auswertungen immer auf Alleinerziehende mit mindestens einem minderjährigen Kind.

In den Haushalten von Alleinerziehenden lebten 2015 zudem häufiger Kinder, die bereits zehn Jahre oder älter waren (47 Prozent). Mütter aus Paarfamilien betreuten demgegenüber etwas häufiger Kleinkinder im Alter von bis zu drei Jahren als alleinerziehende Mütter (26 Prozent im Vergleich zu 15 Prozent) (**Abbildung 13**).

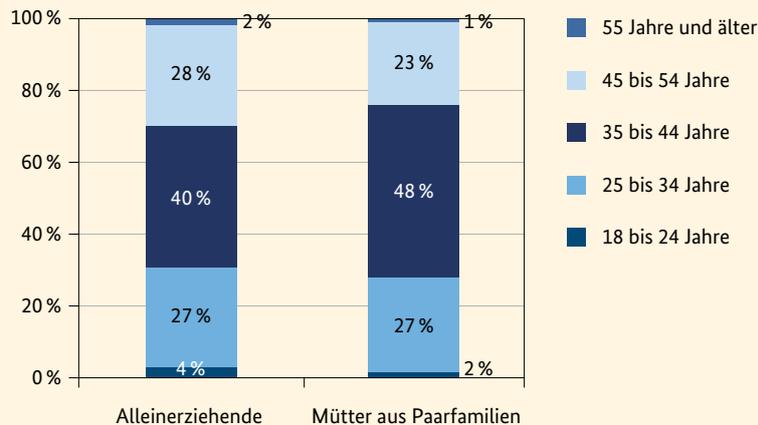
Abbildung 13: Alter des jüngsten Kindes von Müttern, nach Familienform, 2015



Quelle: Mikrozensus Sonderauswertung f203_006_2. Berechnung: Prognos AG.

Meistens führt eine Trennung oder Scheidung dazu, dass Frauen (vorübergehend) alleinerziehend sind. Dementsprechend sind etwa zwei Drittel der alleinerziehenden Mütter mit minderjährigen Kindern über 35 Jahre alt: 40 Prozent sind in der Altersgruppe zwischen 35 und unter 45 Jahren, 30 Prozent sind bereits 45 Jahre oder älter (**Abbildung 14**). Nur gut ein Viertel der Alleinerziehenden ist zwischen 25 und unter 35 Jahren (27 Prozent) alt, 4 Prozent sind jünger als 25 Jahre.

Abbildung 14: Alleinerziehende Mütter und Mütter aus Paarfamilien nach Altersgruppen, 2015, in Prozent

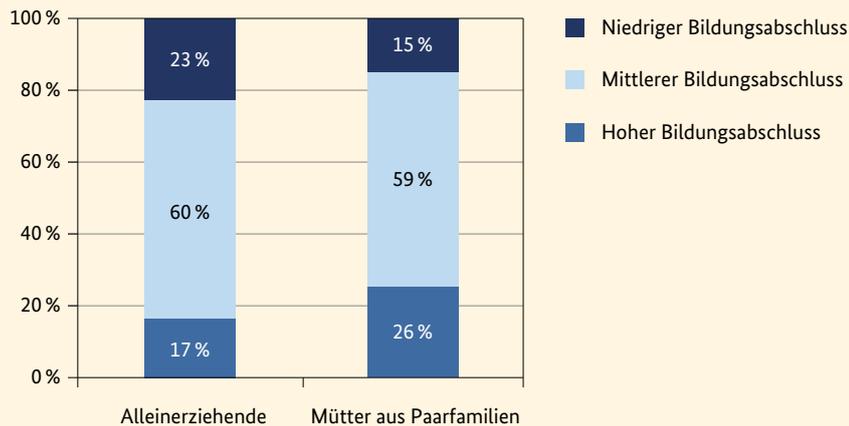


Quelle: SOEP-Welle v32 (Erhebungsjahr 2015). Berechnung: Prognos AG.

Alleinerziehende sind überwiegend gut ausgebildet

77 Prozent der Alleinerziehenden verfügen über einen mittleren oder hohen Bildungsabschluss (**Abbildung 15**). 2015 hatte knapp ein Viertel der alleinerziehenden Mütter (23 Prozent) einen niedrigen Bildungsabschluss, allerdings nur 15 Prozent der Mütter aus Paarfamilien. Rund 12 Prozent der alleinerziehenden Mütter verfügen über einen Hochschulabschluss, 8 Prozent über einen Fachschulabschluss²⁷ und 50 Prozent über eine Lehre bzw. Berufsausbildung im dualen System.^{28, 29}

Abbildung 15: Höchster Bildungsabschluss von Müttern, nach Familienform, 2015



Quelle: Mikrozensus Sonderauswertung f203_006_2. Berechnung: Prognos AG.

1.4 Familien mit Migrationshintergrund

In Deutschland hatte 2015 jede dritte Familie mit minderjährigen Kindern im Haushalt einen Migrationshintergrund (**Abbildung 16**).³⁰ Dabei zeigt sich, dass Familien mit Migrationshintergrund häufiger in den alten Bundesländern leben. Hier hatte jede dritte Familie einen Migrationshintergrund (35 Prozent), während es in den neuen Bundesländern gut jede sechste Familie (16 Prozent) war.

Seit einigen Jahren verschiebt sich die Zusammensetzung des Migrationshintergrundes mit den Herkunftsländern deutlich. Damit verändern sich auch die Herausforderungen in erheblichem Maße, weil es sich nunmehr um andere Bildungsniveaus, Qualifikationen und nicht zuletzt Familienleitbilder handelt. Die Auswirkungen zeigen sich mittlerweile signifikant in den Statistiken der Bundesagentur für Arbeit, was Arbeitslosigkeit bzw. ALG-II-Bezug angeht. Ungeachtet dessen werden dadurch die Lösungswege keine grundsätzlich anderen.

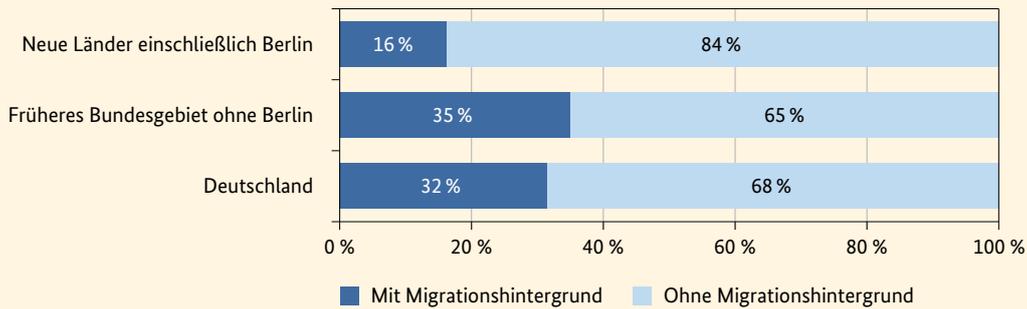
27 Einschließlich einer Meister-/Technikerausbildung, Abschluss einer zwei- oder dreijährigen Schule für Gesundheits- und Sozialberufe oder an einer Schule für Erzieherinnen und Erzieher.

28 Einschließlich eines gleichwertigen Berufsfachschulabschlusses, Vorbereitungsdienst für den mittleren Dienst der öffentlichen Verwaltung, Anlernausbildung.

29 Statistisches Bundesamt (2016): Haushalte und Familien 2015, Ergebnisse des Mikrozensus.

30 Definition Migrationshintergrund analog zum Statistischen Bundesamt: zu den Menschen mit Migrationshintergrund, wenn sie selbst oder mindestens ein Elternteil nicht mit deutscher Staatsangehörigkeit geboren wurde. Dies umfasst zugewanderte und nicht zugewanderte Ausländerinnen und Ausländer, zugewanderte und nicht zugewanderte Eingebürgerte, (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler sowie die als Deutsche geborenen Nachkommen dieser Gruppen.

Abbildung 16: Familien mit minderjährigen Kindern nach Migrationshintergrund, 2015, in Prozent

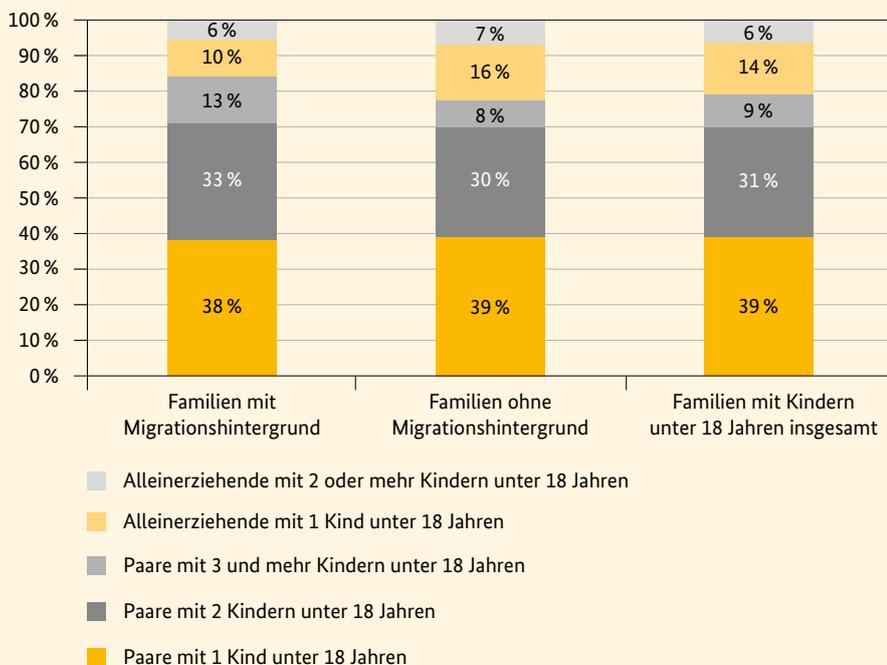


Quelle: Statistisches Bundesamt (2016): Bevölkerung in Familien/Lebensformen am Hauptwohnsitz.

In 84 Prozent aller Familien mit Migrationshintergrund leben die Eltern als Paarfamilien zusammen. Mit 92 Prozent handelt es sich hierbei um verheiratete Paare; in Familien ohne Migrationshintergrund sind 84 Prozent der Elternpaare verheiratet.³¹

Unterschiede zu Familien ohne Migrationshintergrund zeigen sich auch bei Mehrkindfamilien und alleinerziehenden Elternteilen (**Abbildung 17**). Familien mit Migrationshintergrund (16 Prozent) sind deutlich seltener als Familien ohne Migrationshintergrund (23 Prozent) alleinerziehend. Auch bei Mehrkindfamilien, also Familien mit drei oder mehr Kindern, bestehen deutliche Unterschiede. Paare mit Migrationshintergrund haben häufiger mehr als drei Kinder (13 Prozent) als Paare ohne Migrationshintergrund (8 Prozent).

Abbildung 17: Familien mit und ohne Migrationshintergrund nach Familienform und Anzahl der Kinder unter 18 Jahren



Quelle: Sonderauswertung Mikrozensus 2015.

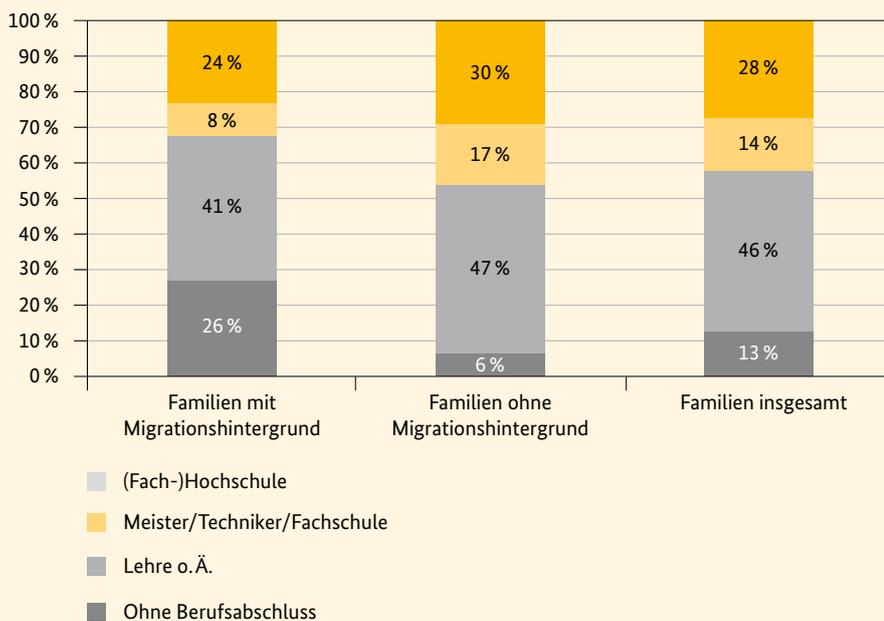
31 Sonderauswertung Mikrozensus 2015. Für weitere Informationen: BMFSFJ (2017): Gelebte Vielfalt: Familien mit Migrationshintergrund in Deutschland.

Insgesamt leben in Deutschland rund 4,3 Millionen minderjährige Kinder in Familien mit Migrationshintergrund, das sind rund 34 Prozent aller Kinder unter 18 Jahren. Ein Großteil von ihnen (86 Prozent) hat keine eigene Migrationserfahrung, während fast alle Eltern nach der Definition „Migrationshintergrund“ nach Deutschland zugewandert sind.³²

Bildungsabschlüsse in Familien mit Migrationshintergrund

Vier von zehn Müttern und Vätern mit Migrationshintergrund (42 Prozent) verfügen über ein (Fach-)Abitur; zugleich haben in knapp einem Drittel der Familien beide Elternteile einen Hauptschulabschluss (23 Prozent) oder keinen Schulabschluss (9 Prozent).³³ Auch beim beruflichen Abschluss zeigt sich ein differenziertes Bild (**Abbildung 18**): Knapp ein Viertel der Eltern in Familien mit Migrationshintergrund (24 Prozent) hat einen (in Deutschland anerkannten) akademischen Abschluss. In jeder vierten Familie haben weder Mutter noch Vater einen (anerkannten) Berufsabschluss. Vor allem Mütter mit Migrationshintergrund (44 Prozent) haben häufig keinen (anerkannten) beruflichen Abschluss, obwohl sie im Vergleich zu Vätern mit Migrationshintergrund über höhere schulische Abschlüsse verfügen.³⁴

Abbildung 18: Höchster (anerkannter) beruflicher Bildungsabschluss eines Elternteils in Familien mit und ohne Migrationshintergrund (in Prozent)



Quelle: Sonderauswertung Mikrozensus 2015. Eigene Darstellung BMFSFJ.

Bundesprogramm „Stark im Beruf“ bietet Müttern mit Migrationshintergrund Starthilfe in eine Erwerbstätigkeit

Mütter mit Migrationshintergrund sind deutlich seltener und in geringerem Stundenumfang erwerbstätig als Mütter ohne Migrationshintergrund. Während fast drei Viertel aller Mütter

32 Ebd.

33 Ebd.

34 Ebd.

ohne Migrationshintergrund erwerbstätig sind, ist es unter den Müttern mit Migrationshintergrund nur rund die Hälfte. Dabei haben mehr als zwei Drittel der gerade nicht berufstätigen Mütter mit Migrationshintergrund den Wunsch, (wieder) arbeiten gehen zu wollen, die meisten in Teilzeit (70 Prozent).

Das Bundesprogramm „Stark im Beruf – Mütter mit Migrationshintergrund steigen ein“ bietet Müttern an bundesweit rund 80 Kontaktstellen Starthilfe beim Berufseinstieg und unterstützt bei Vereinbarkeitsfragen. Hohe Vermittlungsquoten und eine starke Nachfrage belegen die Motivation der Mütter, erwerbstätig zu werden. Das Bundesprogramm wird aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds in der ersten Förderphase von Februar 2015 bis Ende 2018 gefördert.

1.5 Kinderwünsche in Deutschland

Die Kinderwünsche der 18- bis 30-Jährigen in Deutschland sind nach wie vor hoch und im Vergleich zu Kinderwünschen im Jahr 2000 teilweise gestiegen (**Abbildung 19**). Die Zahl der Kinderlosen, die sich drei Kinder oder mehr wünschen, ist in Westdeutschland von 17 Prozent auf fast ein Drittel (31 Prozent) angestiegen, in Ostdeutschland von 9 Prozent auf 20 Prozent. Zwar präferiert die Mehrheit der 18- bis 30-Jährigen eine Zwei-Kind-Familie; dennoch wünschen sie sich immer häufiger drei und mehr Kinder: Im Jahr 2014 wünschten sich 31 Prozent der jungen Erwachsenen in Westdeutschland sowie 20 Prozent in Ostdeutschland drei und mehr Kinder. Im Jahr 2000 waren das noch 17 bzw. 9 Prozent. Die durchschnittlich gewünschte Kinderzahl der Westdeutschen ist über die Jahre relativ konstant geblieben und lag 2014 bei 2,2 Kindern in West- und 2,0 Kindern in Ostdeutschland.

Abbildung 19: Kinderwünsche der 18- bis 30-Jährigen

	18–30 Jahre					
	2000		2006		2014	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost
Wunsch nach (weiteren) Kindern (in %)						
Bei Personen mit Kindern	58	43	65	55	63	51
Bei kinderlosen Personen	95	92	92	96	93	94
Gewünschte Anzahl von Kindern (in %)*						
1 Kind	9	27	9	16	8	17
2 Kinder	74	65	73	72	61	64
3 Kinder und mehr	17	9	17	12	31	20
Durchschnittlich gewünschte Kinderzahl*	2,1	1,9	2,1	2,0	2,2	2,0

* Kinderlose mit Kinderwunsch

Datenquelle: ALLBUS 2000, 2006 und 2014. Berechnung: gesis – Leibniz Institute for the Social Sciences.

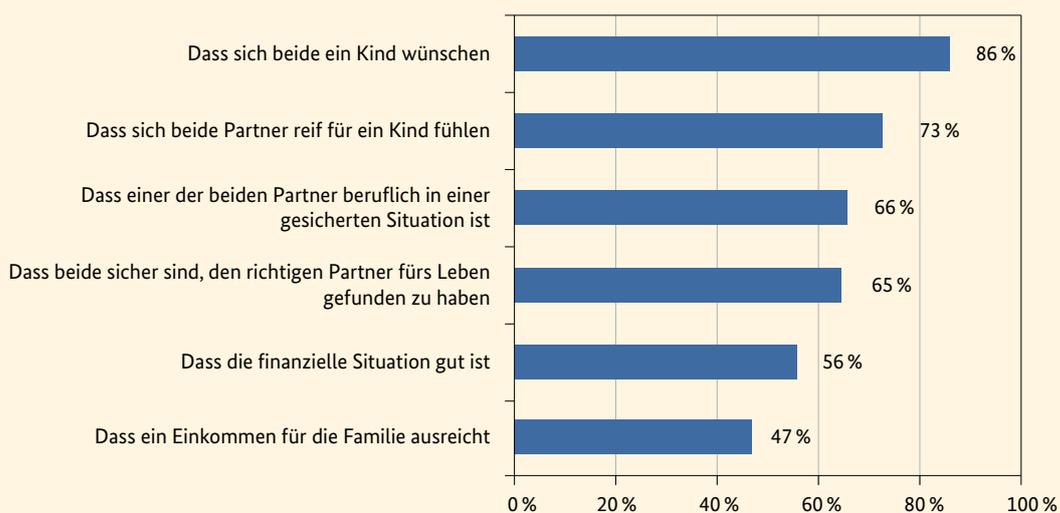
Lücke zwischen gewünschter und realisierter Kinderzahl

Dennoch bleiben die realen Kinderzahlen häufig hinter den idealen Kinderwünschen zurück; stärker als in vielen anderen Ländern ähnlichen Zuschnitts. In Deutschland finden Eltern im Alter zwischen 40 und 49 Jahren durchschnittlich 2,2 Kinder ideal. Real haben sie durchschnittlich 1,9 Kinder, wobei ein Viertel kinderlos ist.³⁵

Eine der wichtigsten Voraussetzungen für Kinder ist für die meisten Befragten, dass sich beide Partner ein Kind wünschen und sich reif für Kinder fühlen (86 Prozent bzw. 73 Prozent) (**Abbildung 20**). Auch eine beruflich gesicherte Situation eines Partners ist für zwei Drittel eine wichtige Voraussetzung. Knapp die Hälfte findet es wichtig, dass ein Einkommen für die Familie ausreicht. 2007 war dies noch für 57 Prozent eine wichtige Voraussetzung. Für Kinderlose ist der noch fehlende passende Partner der häufigste Grund gegen Kinder. Die meisten Kinderlosen fühlen sich zudem noch zu jung für Kinder.

Abbildung 20: Voraussetzungen, die vor der Geburt eines Kindes erfüllt sein sollten, 16- bis 49-jährige Bevölkerung in Deutschland, 2013, in Prozent

Diese Voraussetzung sollte unbedingt erfüllt sein



Quelle: BMFSFJ (2015): Monitor Familienforschung Nr. 34 „Familienbilder in Deutschland und Frankreich“.

1.6 Geburten in Deutschland

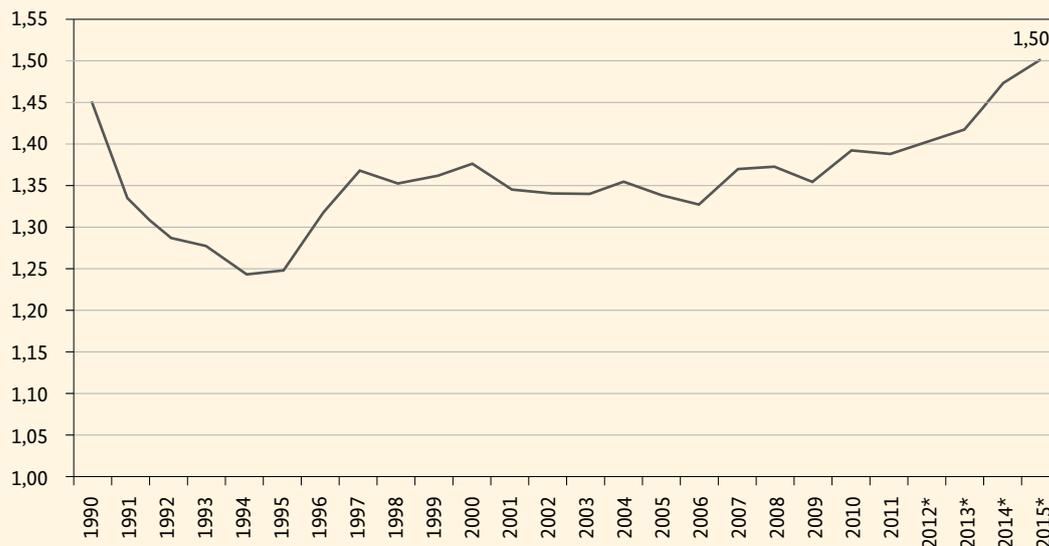
2015 betrug die zusammengefasste Geburtenziffer („Geburtenrate“) für Deutschland 1,50 Kinder je Frau (**Abbildung 21**). Damit ist die Geburtenrate für Deutschland erneut angestiegen. Dies ist der höchste Wert seit 33 Jahren. Damit setzt sich die seit 2012 zu beobachtende positive Entwicklung fort. Allerdings sagt die zusammengefasste Geburtenziffer nur wenig über das tatsächliche Geburtenverhalten aus, da sie nur ein Kalenderjahr beschreibt und nicht das

³⁵ BMFSFJ (2015): Monitor Familienforschung Nr. 34 „Familienbilder in Deutschland und Frankreich“ und IfD Allensbach (2015): Familienbilder in Deutschland und Frankreich.

Geburtenverhalten von Frauen im Lebensverlauf (siehe auch Abschnitt „Kinderzahl von Müttern“ in diesem Kapitel).³⁶

Da die Geburtenrate abhängig von der Anzahl der Frauen im Alter von 15 bis 45 Jahren ist, hat auch die Bevölkerungszählung im Rahmen des Zensus 2011 Auswirkungen auf die Geburtenrate. So lag vor dem Zensus die Geburtenrate 2012 bei 1,38 und für das gleiche Jahr nach den Ergebnissen des Zensus 2011 bei durchschnittlich 1,40 Kindern pro Frau.

Abbildung 21: Entwicklung der zusammengefassten Geburtenziffer („Geburtenrate“) 1990–2015, Deutschland



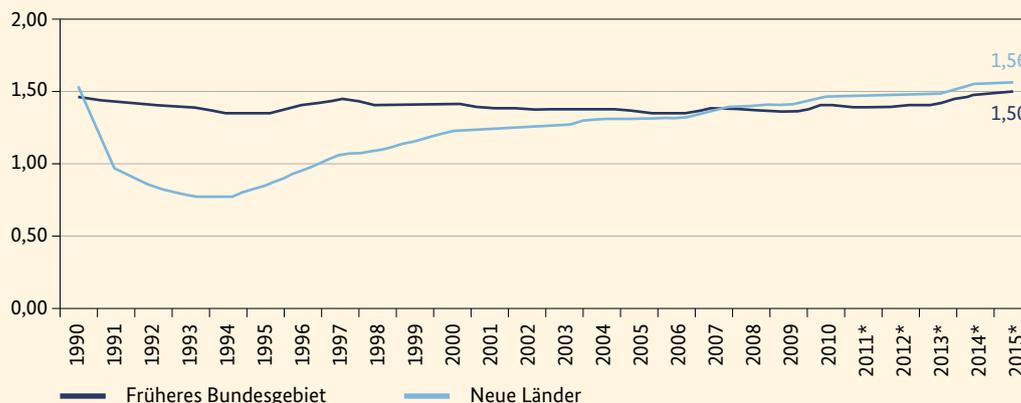
* Ab 2011 Ergebnis des Zensus 2011 berücksichtigt, 2011: Auf Basis der Bevölkerung zum Zensusstichtag 09.05.2011.

Quelle: Statistisches Bundesamt (2017): Statistik der Geburten.

Die Geburtenrate ab 2011, die auf Basis des Zensus 2011 berechnet wurde, ist damit nur eingeschränkt mit den vorherigen Jahren vergleichbar. Im Folgenden wird die Entwicklung für Ost- und Westdeutschland bis 2011 ohne die Ergebnisse des Zensus 2011 dargestellt, nach 2011 mit den neuen Ergebnissen aus dem Zensus (**Abbildung 22**).

³⁶ Siehe auch Statistisches Bundesamt (2013): Geburtstrends und Familiensituation in Deutschland sowie BMFSFJ (2012): Geburten in Deutschland.

Abbildung 22: Entwicklung der zusammengefassten Geburtenziffer („Geburtenrate“) 1990–2015, neue und alte Bundesländer*



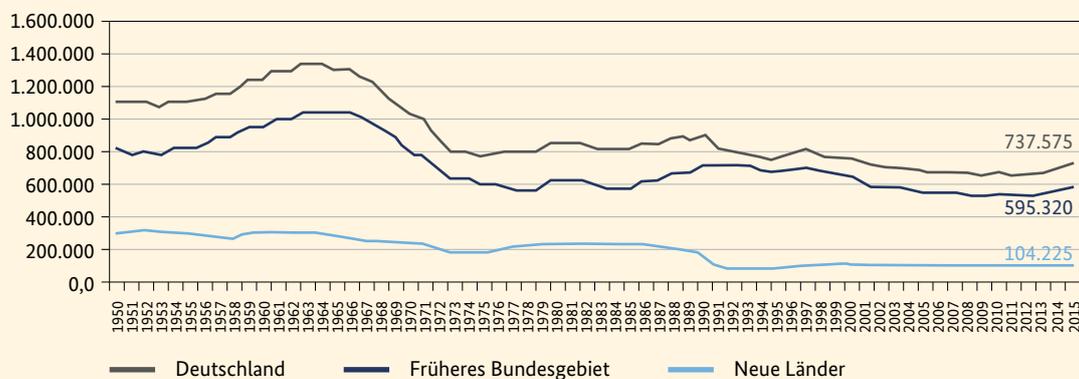
* Ab 2011 Ergebnis des Zensus 2011 berücksichtigt, 2011: Auf Basis der Bevölkerung zum Zensusstichtag 09.05.2011, Geburtsjahrmethode, ab 2001 neue und alte Bundesländer jeweils ohne Berlin.

Quelle: Statistisches Bundesamt, (2017).

Lebendgeborene in Deutschland

2015 wurden in Deutschland 737.575 Kinder geboren (**Abbildung 23**), halb so viel wie 1964 – dem Jahr mit dem meisten Neugeborenen in Deutschland (rund 1,4 Millionen). Dennoch wurden 2015 22.650 Kinder mehr als im Vorjahr geboren.

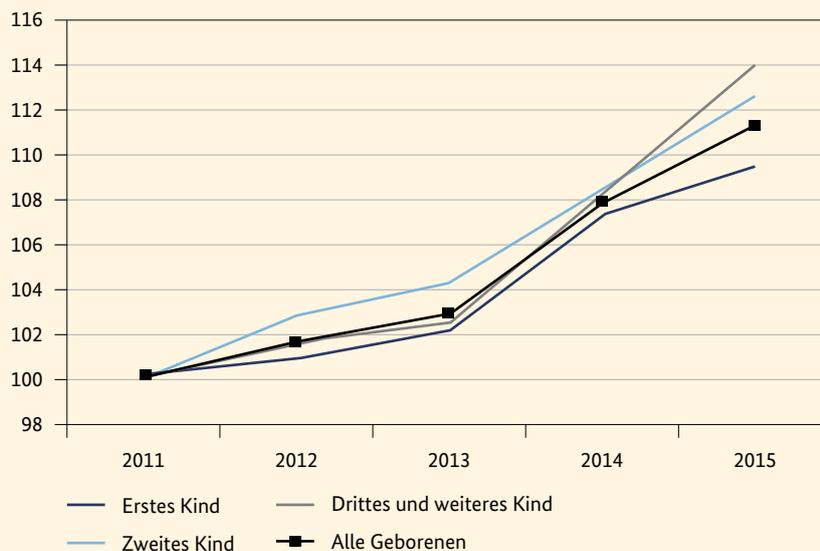
Abbildung 23: Lebendgeborene 1950–2015, in Tausend



Quelle: Statistisches Bundesamt (2016): Statistik der Geburten, ab 2001 neue und alte Bundesländer jeweils ohne Berlin.

49 Prozent der Lebendgeborenen waren Erstgeburten, bei 34 Prozent handelte es sich um das zweite Kind und bei 17 Prozent um das dritte oder weitere Kind. Auf die Geburtenzahl insgesamt hat sich damit vor allem die Zahl der Zweitgeborenen positiv ausgewirkt, die seit 2011 angestiegen ist (**Abbildung 24**).

Abbildung 24: Relative Veränderung der Geburtenzahlen, nach Geburtenfolge, im Vergleich zu 2011 (2011 = 100)



Quelle: Statistisches Bundesamt (2017): Statistik der Geburten.

Die Anzahl der Kinder, die pro Jahr geboren werden, hängt wesentlich von der Anzahl der Mütter im gebärfähigen Alter (in der amtlichen Statistik sind es meistens die 15- bis 45- bzw. 49-jährigen Frauen) und der durchschnittlichen Anzahl der Geborenen pro Frau ab.³⁷ Verändert sich die Altersstruktur und/oder die Anzahl der weiblichen Bevölkerung, beeinflusst das auch die Geburtenzahl.³⁸ Während in der ehemaligen DDR die Anzahl der 25- bis 45-jährigen Frauen zwischen 1946 und 1960 um fast eine Million sank, nahm der Anteil der Frauen im früheren Bundesgebiet durch Zuwanderung (u. a. aus der DDR) und die demografische Entwicklung um 1,2 Millionen Frauen im reproduktiven Alter zu.³⁹ 1960 war in der ehemaligen DDR der Anteil der Frauen im Alter von 18 bis 45 Jahren bereits um ein Viertel geschrumpft. Dies führte dazu, dass sich der Babyboom der 1950er- und 1960er-Jahre in Westdeutschland beschleunigte und in Ostdeutschland abschwächte.⁴⁰ Dennoch gingen die Geburtenzahlen in Ostdeutschland nicht in gleichem Maße zurück. Grund dafür war die Geburtenhäufigkeit, also die höhere Kinderzahl pro Frau.

Bei den jüngeren Frauenjahrgängen (unter 20 Jahren) war zwischen 1997 und 2013 fast jeder Jahrgang kleiner als der vorherige. Infolgedessen schrumpfte auch die Anzahl der Frauen im gebärfähigen Alter (vgl. **Abbildung 26**). Die Geburtenrate war im gleichen Zeitraum relativ konstant. 2014 konnten erstmals wieder Zuwächse bei den unter 20-Jährigen verzeichnet werden.⁴¹

37 Statistisches Bundesamt (2013): Geburtstrends und Familiensituation in Deutschland.

38 Ebd., S. 11.

39 Nowossadeck (2010): Die Herkunftsfamilien der Babyboomer, in: DZA (Hrsg.): Report Altersdaten, Heft 3/2010, S. 9 ff.

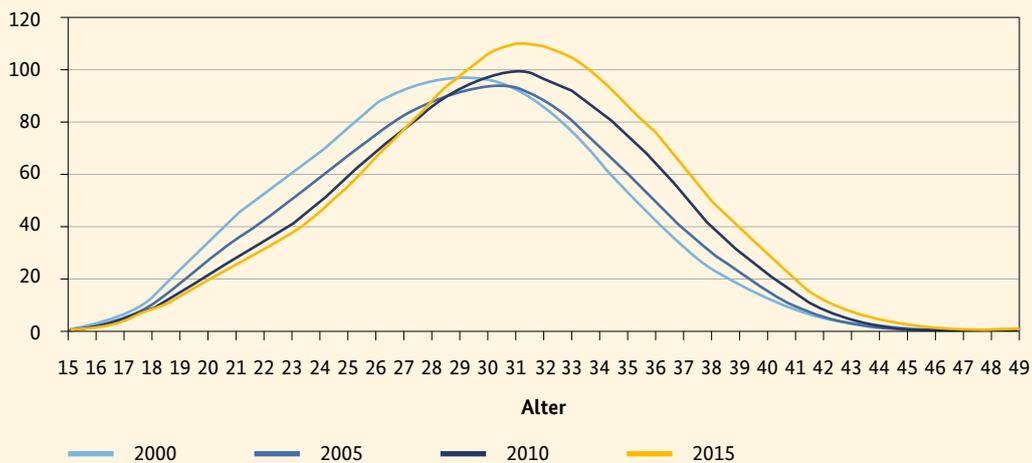
40 Ebd.

41 Quelle: Statistisches Bundesamt (2017): Fortschreibung des Bevölkerungsstandes auf Grundlage des Zensus 2011.

Mütter sind beim ersten Kind durchschnittlich 29,6 Jahre alt

Im Jahr 2015 sind Frauen mit durchschnittlich 29,6 Jahren erstmals Mutter geworden. Der Trend zur späteren Geburt setzt sich damit fort.⁴² Anfang der 1970er-Jahre betrug das Durchschnittsalter in Westdeutschland noch gut 24 Jahre, in Ostdeutschland lag es bis 1989 zwischen 22 und 23 Jahren.⁴³ 2015 hatten Frauen im Alter zwischen 26 und 36 Jahren die höchste Geburtenhäufigkeit (**Abbildung 25**) – Anfang der 1970er-Jahre waren es beispielsweise die 19- bis 29-jährigen Frauen.⁴⁴ Diese Entwicklung gibt es in vielen europäischen Ländern, beispielsweise in Frankreich.⁴⁵

Abbildung 25: Lebendgeborene pro 1.000 Frauen, nach Altersjahren der Frauen, Deutschland



Ab 2011: Ergebnisse auf Grundlage des Zensus 2011.

Quelle: Statistisches Bundesamt (2017): Statistik der Geburten, Geburtsjahrmethode.

Seit Ende der 1990er-Jahre ging zugleich die Anzahl der Frauen in dieser Altersgruppe (26 bis 36 Jahre) deutlich zurück, weshalb auch bei gleichen Kinderzahlen pro Frau die Gesamtzahl der Geburten zurückging (**Abbildung 26**).

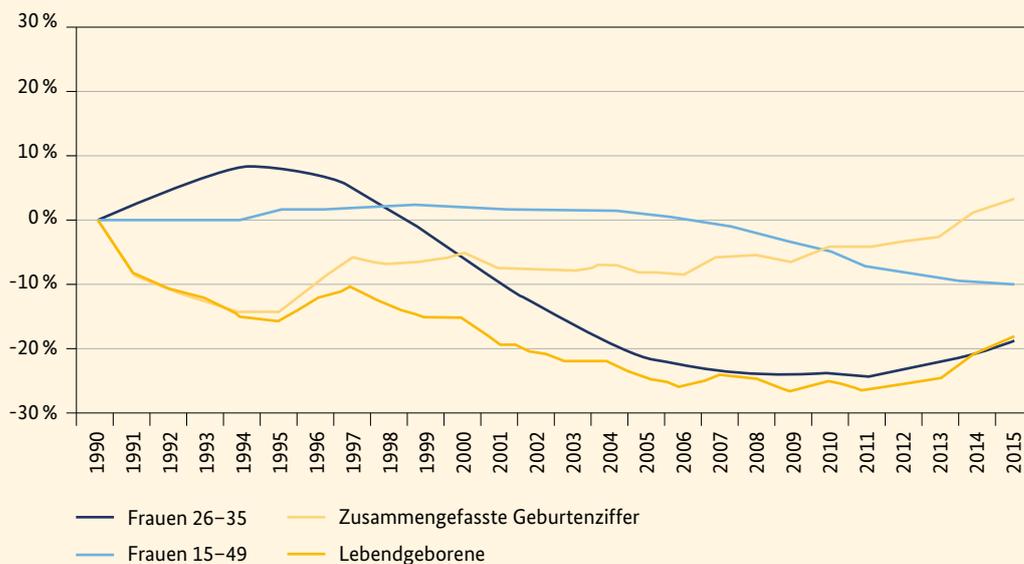
42 Statistisches Bundesamt (2017): Statistik der Geburten. Durchschnittliches Alter der Mutter bei der Geburt des Kindes (Geburtsjahrmethode).

43 Statistisches Bundesamt (2013): Geburtenrends und Familiensituation in Deutschland.

44 Statistisches Bundesamt (2017): Statistik der Geburten.

45 BMFSFJ (2015): Monitor Familienforschung Nr. 34 „Familienbilder in Deutschland und Frankreich“.

Abbildung 26: Entwicklung einzelner Geburtenindikatoren im Vergleich zum Jahr 1990 – Veränderung in Prozent (1990 = 100%)



Ab 2011: Ergebnisse auf Grundlage des Zensus 2011.

Quelle: Statistisches Bundesamt (2017): Fortschreibung des Bevölkerungsstandes sowie Statistik der Geburten. Berechnung und Darstellung: Prognos AG.

Die durchschnittliche Kinderzahl je Mutter bleibt stabil

Die durchschnittliche Kinderzahl liegt seit Jahren relativ konstant bei zwei Kindern je Mutter (Abbildung 27). Fast die Hälfte der Mütter hat zwei Kinder und jede fünfte Mutter hat mehr als drei Kinder.⁴⁶

Abbildung 27: Durchschnittliche Kinderzahl je Mutter*, 2016

Geburtsjahrgang	Im Jahr 2016 erreichte Alter	Deutschland	Früheres Bundesgebiet**	Neue Länder**
1987–1991	25–29 Jahre	1,5	1,5	1,5
1982–1986	30–34 Jahre	1,7	1,7	1,7
1977–1981	35–39 Jahre	1,9	1,9	1,9
1972–1976	40–44 Jahre	2,0	2,0	2,0
1967–1971	45–49 Jahre	2,0	2,0	2,0
1962–1966	50–54 Jahre	2,0	2,0	2,0
1957–1961	55–59 Jahre	2,0	2,1	2,1
1952–1956	60–64 Jahre	2,0	2,1	2,1
1947–1951	65–69 Jahre	2,0	2,0	2,0
1941–1946	70–75 Jahre	2,1	2,1	2,1

* Nur Mütter mit Angaben zur Zahl der geborenen Kinder. ** Jeweils ohne Berlin.

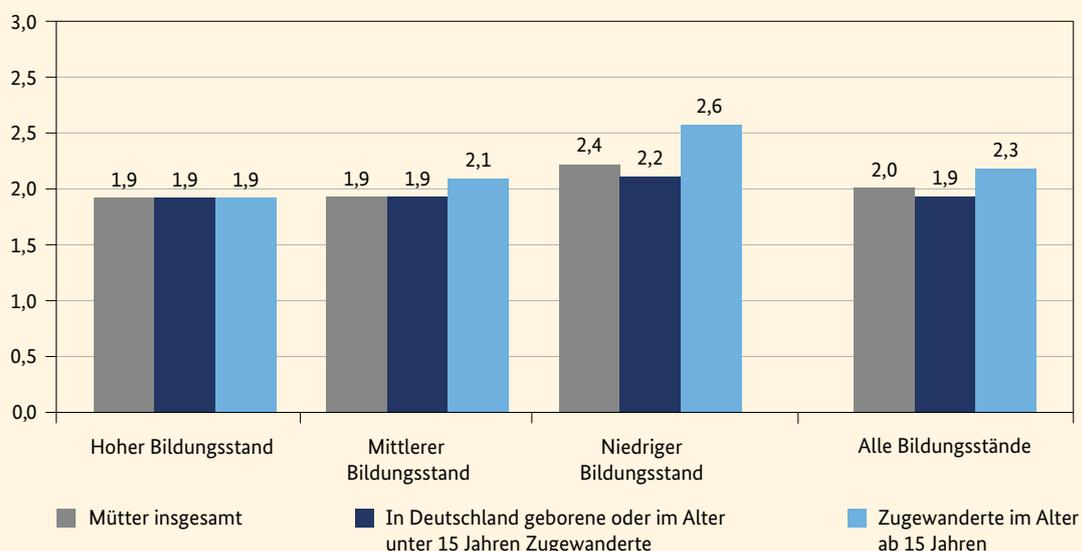
Quelle: Sonderauswertung Mikrozensus 2016.

46 Statistisches Bundesamt (2017): Kinderlosigkeit, Geburten und Familien: Ergebnisse des Mikrozensus 2016.

Die Zahl der geborenen Kinder hängt vom Bildungsstand der Mutter ab – insbesondere bei Zuwanderinnen

Die durchschnittliche Kinderzahl lag bei den 45- bis 54-jährigen Müttern mit niedrigem Bildungsabschluss⁴⁷ bei 2,3 Kindern, mit hohem Bildungsabschluss bei 1,9 Kindern je Mutter (**Abbildung 28**). Dabei bekamen Zuwanderinnen mit hohem Bildungsstand im Durchschnitt genauso viele Kinder wie in Deutschland geborene Mütter mit hohem Bildungsstand. Die durchschnittliche Kinderzahl war bei den Zuwanderinnen mit mittlerem Bildungsstand etwas höher als bei den in Deutschland geborenen Müttern mit mittlerem Bildungsstand (2,1 gegenüber 1,9 Kindern je Mutter). Bei den Müttern mit niedrigem Bildungsstand waren die Unterschiede am größten: Während die Zuwanderinnen mit niedrigem Bildungsstand im Durchschnitt 2,6 Kinder bekamen, waren es bei den in Deutschland geborenen 2,2 Kinder je Mutter.

Abbildung 28: Durchschnittliche Kinderzahl je Mutter nach Bildungsstand, 2016



Quelle: Statistisches Bundesamt (2017): *Kinderlosigkeit, Geburten und Familien, Ergebnisse des Mikrozensus 2016*.

Die Hälfte der zweiten Kinder folgte 2015 innerhalb von 3,2 Jahren nach der ersten Geburt.⁴⁸ 18 Prozent der 2015 geborenen zweiten Kinder kamen innerhalb von zwei Jahren nach der ersten Geburt zur Welt, innerhalb von drei Jahren waren es 45 Prozent. Zwischen dem zweiten und dritten Kind liegen etwa 3,8 Jahre.⁴⁹

47 Nach der International Standard Classification of Education 2011 (ISCED 2011) wird der höchste erreichte Bildungsstand kombiniert aus den Merkmalen allgemeiner Schulabschluss und beruflicher Bildungsabschluss: Niedrig: zum Beispiel ein Haupt-/Realschulabschluss, Polytechnische Oberschule und ohne beruflichen Abschluss bzw. ohne Bildungsabschluss. Mittel: zum Beispiel ein berufsqualifizierender Abschluss und/oder das Abitur bzw. die Fachhochschulreife, Schule des Gesundheitswesens. Hoch: zum Beispiel ein akademischer Abschluss oder ein Meister-/Techniker- bzw. Fachschulabschluss.

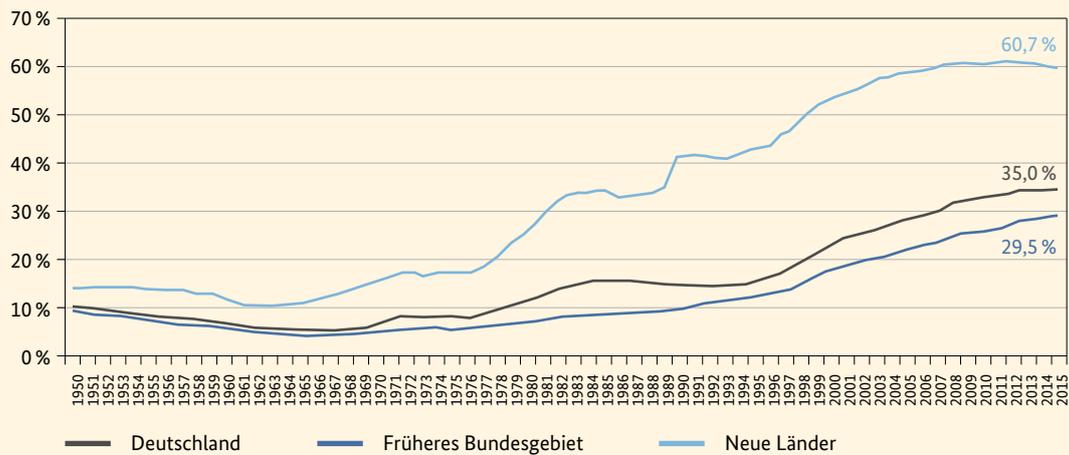
48 Statistisches Bundesamt: Zahlen und Fakten, Lebendgeborene 2015.

49 Ebd.

Mehr als ein Drittel nicht eheliche Geburten

Ein Blick auf die Lebendgeborenen 2015 zeigt, dass 35 Prozent aller Neugeborenen nicht verheiratete Eltern hatten (**Abbildung 29**). In Ostdeutschland war der Anteil an nicht ehelichen Lebendgeburten mit 61 Prozent doppelt so hoch wie in Westdeutschland (30 Prozent).⁵⁰ Regional variieren die Nichteelichen-Quoten stark. So hatte 2015 der baden-württembergische Landkreis Böblingen mit 18 Prozent den niedrigsten Anteil und die kreisfreie Stadt Brandenburg an der Havel mit 70 Prozent den höchsten Anteil an nicht ehelich Geborenen.⁵¹

Abbildung 29: Anteil der nicht ehelich Lebendgeborenen an allen Lebendgeborenen des jeweiligen Jahres in Deutschland, 1950–2015, Angaben in Prozent



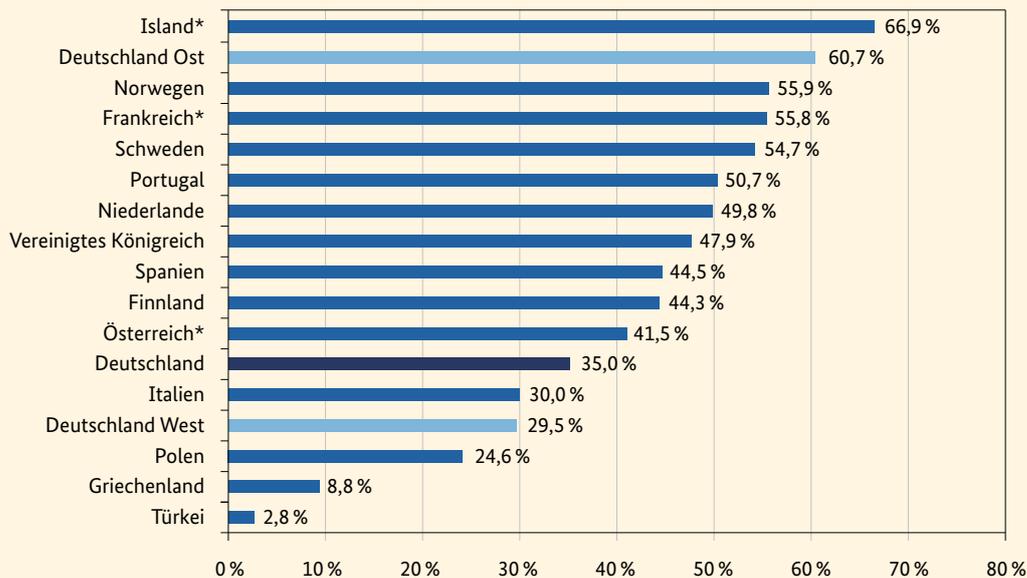
Quelle: Statistisches Bundesamt (2016): Statistik der Geburten, ab 2001 neue und alte Bundesländer jeweils ohne Berlin.

Im europäischen Vergleich ist dabei eher Westdeutschland die Ausnahme. Denn in den meisten europäischen Ländern steigt der Anteil der nicht ehelichen Lebendgeborenen kontinuierlich an. Nach Ostdeutschland hat nur noch Island einen höheren Anteil an nicht ehelichen Lebendgeburten mit 67 Prozent. In Ländern wie Frankreich, Norwegen und Schweden hat mittlerweile jedes zweite Neugeborene unverheiratete Eltern (**Abbildung 30**).

50 Quelle: Statistisches Bundesamt (2016): Statistik der Geburten.

51 Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2017): Statistik der Geburten, Lebendgeborene nach Legitimität.

Abbildung 30: Anteil der nichtehelich Lebendgeborenen 2015 an allen Lebendgeborenen im europäischen Vergleich, in Prozent



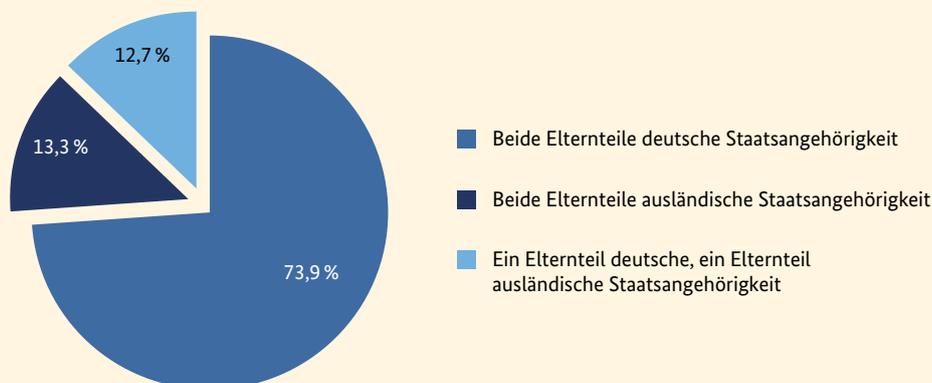
* Daten für 2012.

Quelle: Eurostat (2017) und Statistisches Bundesamt (2016): Statistik der Geburten, neue und alte Bundesländer jeweils ohne Berlin.

Die hohen Anteile an nicht ehelichen Geburten in Ostdeutschland sind dabei kein Ergebnis der deutschen Teilung. Bereits vor der Teilung im Jahr 1949 gab es regionale Unterschiede in Deutschland.⁵² So gibt es Unterschiede bereits seit dem 18. und 19. Jahrhundert. 1920 beispielsweise lag der Anteil der nicht ehelich Geborenen in der Region der künftigen DDR bei 18 Prozent und im Westen bei 9 Prozent.⁵³

Etwa neun von zehn Lebendgeborenen hatten 2015 mindestens einen deutschen Elternteil. Während knapp drei Viertel der Lebendgeborenen Eltern mit deutscher Staatsangehörigkeit hatten, waren 13 Prozent Eltern ausländische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger (**Abbildung 31**).

Abbildung 31: Lebendgeborene 2015 nach der Staatsangehörigkeit der Eltern



Quelle: Statistisches Bundesamt (2017).

52 Max-Planck-Institut für demografische Forschung 2014, Pressemitteilung vom 24.07.2014, Sebastian Klüsener, http://www.demogr.mpg.de/de/news_presse/pressemitteilungen_1916/nichteheliche_geburten_deutschland_auf_dauer_geteilt_3771.htm.

53 Ebd.

1.7 Kinderlosigkeit in Deutschland

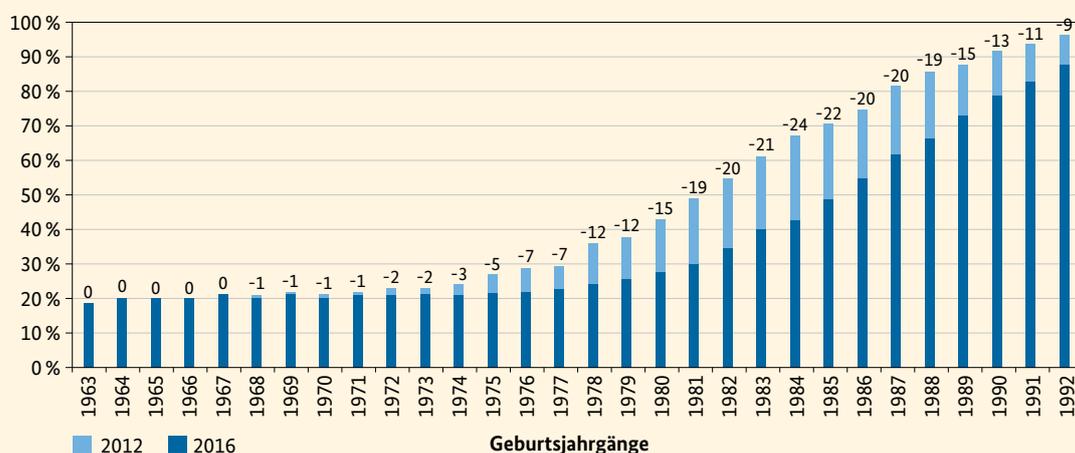
Die Zahl der Geburten und auch die Geburtenziffer sind in den letzten Jahren angestiegen, nachdem sie über Jahrzehnte überwiegend rückläufig waren. Gleichzeitig ist die Kinderlosigkeit, die für den Geburtenrückgang der zwischen 1947 und 1968 geborenen Frauen verantwortlich war⁵⁴, nicht weiter angestiegen.

Die Kinderlosigkeit ist in den letzten Jahren nicht weiter angestiegen

Ab dem Alter von 45 Jahren wird die Kinderlosigkeit als endgültig betrachtet. Zwischen den Jahrgängen 1937 und 1967 hatte sich die endgültige Kinderlosigkeit von 11 Prozent auf 21 Prozent fast verdoppelt. 2016 lag die Kinderlosigkeit der Frauen im Alter zwischen 45 und 49 Jahren (Geburtsjahrgänge 1967–1971) bei 20 Prozent und hat damit nicht weiter zugenommen.⁵⁵

Im Vergleich zu 2012 ist die (vorläufige) Kinderlosenquote vor allem bei den Geburtsjahrgängen 1981–1988 (im Jahr 2016 28 bis 35 Jahre alt) deutlich gesunken (**Abbildung 32**). Am stärksten ist die Kinderlosenquote bei denjenigen zurückgegangen, die 1984 geboren wurden, also 2012 28 Jahre und 2016 32 Jahre alt waren. Dies bedeutet, dass Frauen dieses Geburtsjahrgangs seit 2012 häufiger als andere Jahrgänge ihr erstes Kind bekommen haben. Das deckt sich mit dem Durchschnittsalter von Müttern bei der Geburt des ersten Kindes (29,6 Jahre). Bei den Geburtsjahrgängen ab 1974 (im Jahr 2016 42 Jahre und älter) gab es hingegen kaum noch eine Veränderung in der Kinderlosenquote seit 2012, da Frauen in diesem Alter nur noch selten Mutter werden.

Abbildung 32: Anteil der Frauen ohne Kind an allen Frauen des jeweiligen Geburtsjahrgangs, 2016, in Prozent, und Veränderung gegenüber der Kinderlosenquote im Jahr 2012, in Prozentpunkten



Lesebeispiel: Bei den Frauen des Geburtsjahrgangs 1984 ist die Kinderlosigkeit 2016 gegenüber 2012 um 24 Prozentpunkte gesunken. Bei den anderen Geburtsjahrgängen ist der Anteil weniger stark zurückgegangen. Das bedeutet, dass Frauen, die 1984 geboren wurden, zwischen 2012 und 2016 häufiger ein erstes Kind bekommen haben als andere Frauen.

Quelle: Sonderauswertung Mikrozensus 2016. Berechnung und Darstellung: Prognos AG.

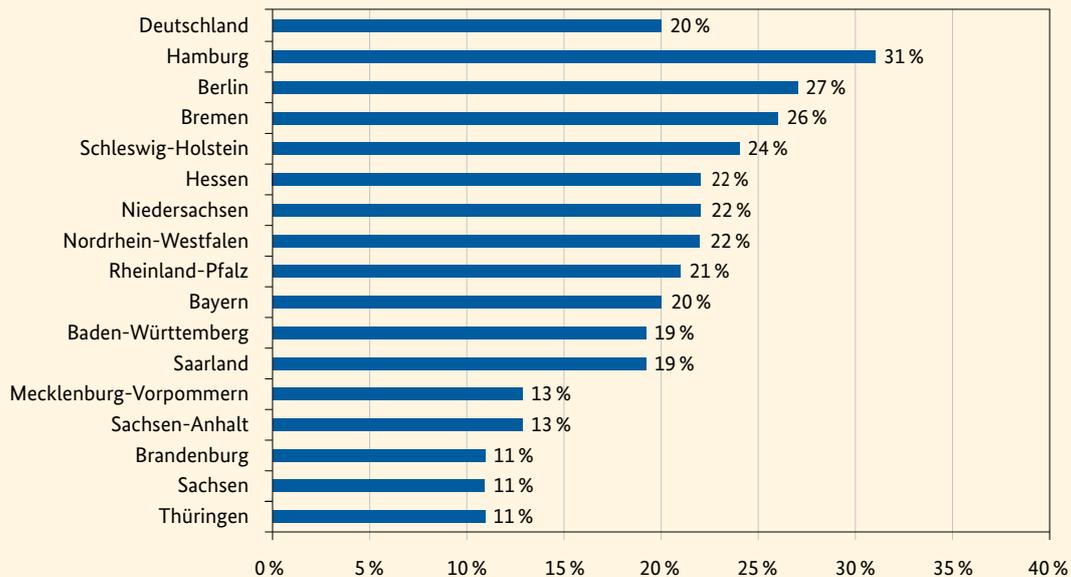
⁵⁴ In einer aktuellen Studie wurden die Gründe für den Geburtenrückgang der 1933 bis 1968 geborenen Frauen in Deutschland untersucht. Während der Geburtenrückgang bei den zwischen 1933 und 1947 geborenen Frauen auf den Rückgang der Frauen mit drei oder mehr Kindern zurückgeht, lässt sich der Rückgang bei den zwischen 1947 und 1968 geborenen Frauen zu 63 Prozent mit der steigenden Kinderlosigkeit erklären.

Quelle: Bujard, Martin/Sulak, Harun (2016): „Mehr Kinderlose oder weniger Kinderreiche?“ Eine Dekomposition der demografischen Treiber in unterschiedlichen Phasen des Geburtenrückgangs in Deutschland, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 68 (3), S. 487–514.

⁵⁵ Statistisches Bundesamt (2017): Kinderlosigkeit, Geburten und Familien: Ergebnisse des Mikrozensus 2016.

Die endgültige Kinderlosigkeit fällt in den Stadtstaaten besonders hoch, in den ostdeutschen Flächenländern besonders gering aus. Die höchste Kinderlosigkeit gab es 2016 in Hamburg. Dort war fast ein Drittel (31 Prozent) der Frauen im Alter von 45 bis 49 Jahren kinderlos. Die niedrigste Kinderlosenquote wiesen Brandenburg, Sachsen und Thüringen mit jeweils 11 Prozent auf (**Abbildung 33**). Innerhalb der Bundesländer ist die Kinderlosigkeit in den ländlichen Regionen niedriger als in den urbanen Regionen. So betrug zum Beispiel 2016 in Bayern die Kinderlosigkeit auf dem Land nur 15 Prozent, in den Städten 30 Prozent.⁵⁶

Abbildung 33: Frauen* ohne Kind im Alter von 45 bis 49 Jahren, 2016, in Prozent



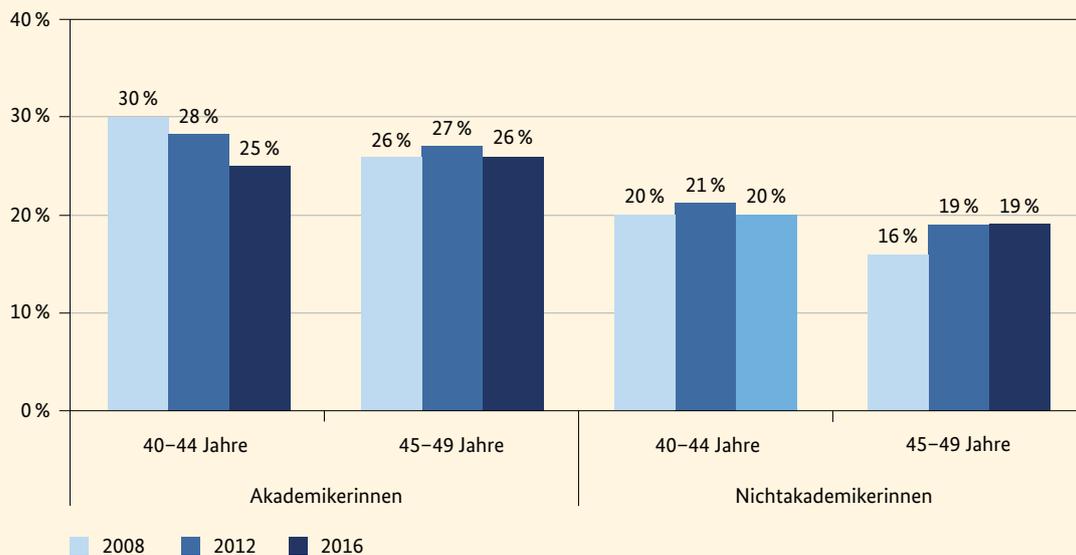
* Nur Frauen mit Antwort auf die Frage zur Geburt.

Quelle: Statistisches Bundesamt (2017): *Kinderlosigkeit, Geburten und Familien: Ergebnisse des Mikrozensus 2016*.
Darstellung: Prognos AG.

Die Kinderlosigkeit der Akademikerinnen und Nichtakademikerinnen im Vergleich

Die Kinderlosigkeit ist bei Akademikerinnen höher als bei Frauen ohne akademischen Abschluss. Bei den 45- bis 49-jährigen Nichtakademikerinnen betrug sie 2016 19 Prozent, bei den Akademikerinnen 26 Prozent (**Abbildung 34**). Im Vergleich zu 2008 ist der Anteil der Frauen ohne Kind 2016 bei den Akademikerinnen im Alter zwischen 40 und 44 Jahren von 30 auf 25 Prozent gesunken. Die Kinderlosigkeitsquote ist bei den 45- bis 49-jährigen Akademikerinnen im Vergleich zu 2008 konstant geblieben (26 Prozent 2008 und 2016 sowie 27 Prozent 2012). Bei den Nichtakademikerinnen blieb der Anteil der Frauen ohne Kinder im Alter von 40 bis 44 bzw. 45 bis 49 Jahren seit 2012 mit etwa 20 Prozent konstant.

Abbildung 34: Anteil der Frauen ohne Kind an allen Frauen des jeweiligen Geburtsjahrgangs nach höchstem beruflichen Bildungsabschluss, 2008, 2012 und 2016, in Prozent



* Nur Frauen mit Antwort auf die Frage zur Geburt.

** Jeweils ohne Berlin.

Anmerkung: Bei dem in der Abbildung ausgewiesenen Alter handelt es sich um das im Berichtsjahr erreichte Alter (Berichtsjahr minus Geburtsjahr).

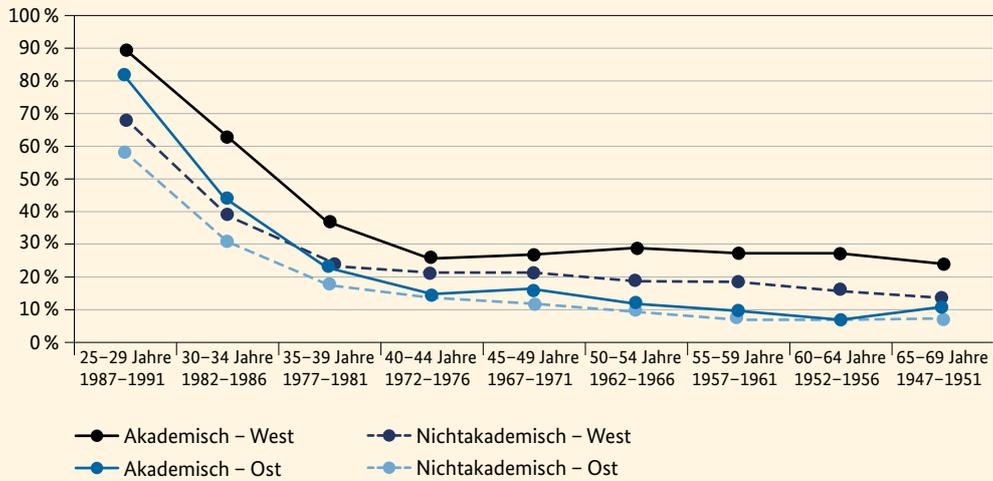
Quelle: Sonderauswertung Mikrozensus 2016. Berechnung und Darstellung: Prognos AG.

Insgesamt haben sich die Kinderlosen-Quoten von Akademikerinnen und Nichtakademikerinnen 2016 im Vergleich zu 2008 angenähert: Bei den 45- bis 49-Jährigen sank die Differenz von 10 auf 7 Prozentpunkte, bei den 40- bis 44-Jährigen von 10 auf 5 Prozentpunkte. Gleiches gilt für die Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland: Bei den 45- bis 49-Jährigen sank die Differenz von 14 auf 10 Prozentpunkte, bei den 40- bis 44-Jährigen von 14 auf 7 Prozentpunkte.

Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland nach Altersklassen

Die Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland und Akademikerinnen und Nichtakademikerinnen variieren je nach Altersklasse (**Abbildung 35**). Insgesamt fielen 2016 die Unterschiede zwischen Akademikerinnen und Nichtakademikerinnen in Westdeutschland größer aus als in Ostdeutschland. Am größten waren die Differenzen bei den 25- bis 34-Jährigen. Hier lag der Anteil der Kinderlosen bei den Akademikerinnen sowohl in West- als auch in Ostdeutschland deutlich über dem der Nichtakademikerinnen. Bei den Frauen ab 35 Jahren nähern sich in Ostdeutschland die Kinderlosen-Quoten von Akademikerinnen und Nichtakademikerinnen deutlich an. In Westdeutschland ist dies nur bei den 40- bis 49-Jährigen zu beobachten.

Abbildung 35: Anteil der Frauen* ohne Kind an allen Frauen des jeweiligen Geburtsjahrgangs nach Geburtsjahrgang, höchstem beruflichen Bildungsabschluss und Region, 2016, in Prozent**



* Nur Frauen mit Antwort auf die Frage zur Geburt.

** Jeweils ohne Berlin.

Anmerkung: Bei dem in der Abbildung ausgewiesenen Alter handelt es sich um das im Berichtsjahr erreichte Alter (Berichtsjahr minus Geburtsjahr).

Quelle: Sonderauswertung Mikrozensus 2016. Berechnung und Darstellung: Prognos AG.

1.8 Eheschließungen

In den letzten zehn Jahren ist die Zahl der Eheschließungen leicht, aber stetig angestiegen. Im Jahr 2015 haben sich 400.115 Paare trauen lassen, das sind 14.163 mehr als im Vorjahr (Abbildung 36).

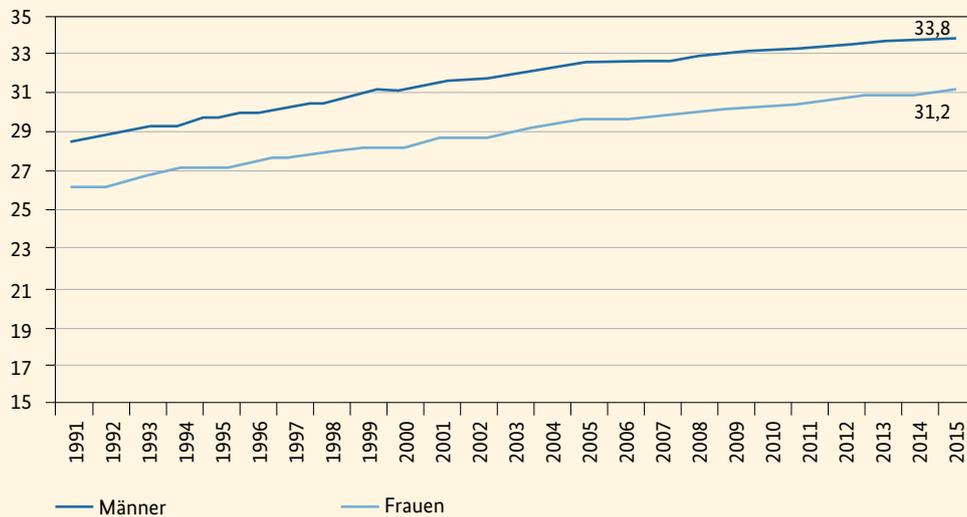
Abbildung 36: Eheschließungen in Deutschland, 1950-2015, absolut



Quelle: Statistisches Bundesamt (2016): Eheschließungen, Geborene und Gestorbene.

2015 war es dabei für zwei Drittel der Trauenden die erste Ehe, bei 15 Prozent der Ehen waren die Trauenden verwitwet oder geschieden. Das Alter bei der Ersteintracht betrug in Deutschland im Jahr 2015 für Männer 33,8 Jahre, für Frauen 31,2 Jahre (**Abbildung 37**).

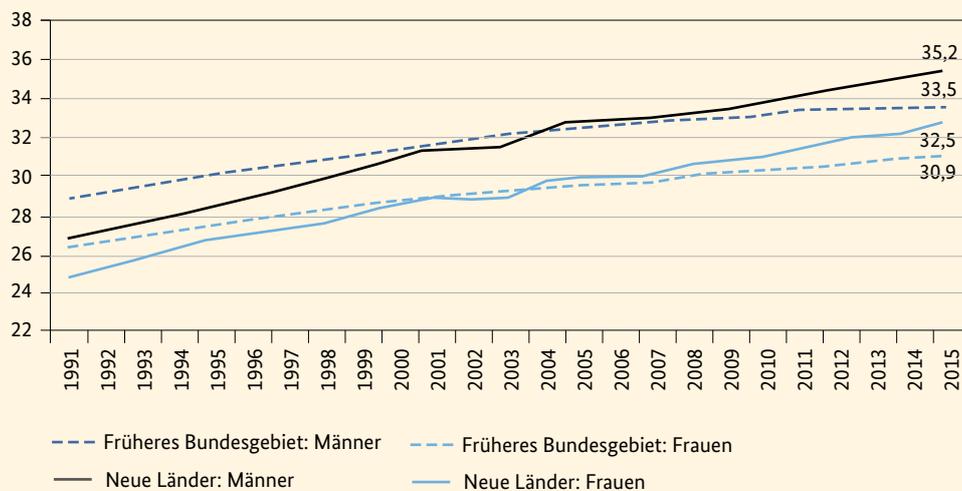
Abbildung 37: Durchschnittliches Alter lediger Frauen und Männer bei Eheschließung, Deutschland, 1991–2015



Quelle: Statistisches Bundesamt (2016): Statistik der Eheschließungen.

Dabei hat sich das Erstheiratsalter zwischen den neuen und den alten Bundesländern im Zeitverlauf zunächst angeglichen. Vor allem bei Frauen und Männern aus den neuen Bundesländern nimmt das Erstheiratsalter stetig zu, sodass Heiratende aus den neuen Ländern inzwischen sogar etwas älter bei der ersten Eheschließung als Heiratende aus den alten Bundesländern sind (**Abbildung 38**).

Abbildung 38: Durchschnittliches Alter lediger Frauen und Männer bei Eheschließung in West- und Ostdeutschland, Deutschland, 1991–2015



Quelle: Statistisches Bundesamt (2016): Statistik der Eheschließungen. Ab 2001 neue und alte Bundesländer jeweils ohne Berlin.

Bei 86 Prozent der Eheschließungen besaßen 2015 beide Partner die deutsche Staatsangehörigkeit (**Abbildung 39**). Bei rund 12 Prozent besaß mindestens eine oder einer der Trauenden eine ausländische Staatsbürgerschaft (binationale Ehe bzw. gemischte Ehe) und bei fast 3 Prozent der Eheschließungen besaßen beide Trauenden eine ausländische Staatsbürgerschaft. Damit sind die binationalen Ehen im Vergleich zu 2014 konstant geblieben.

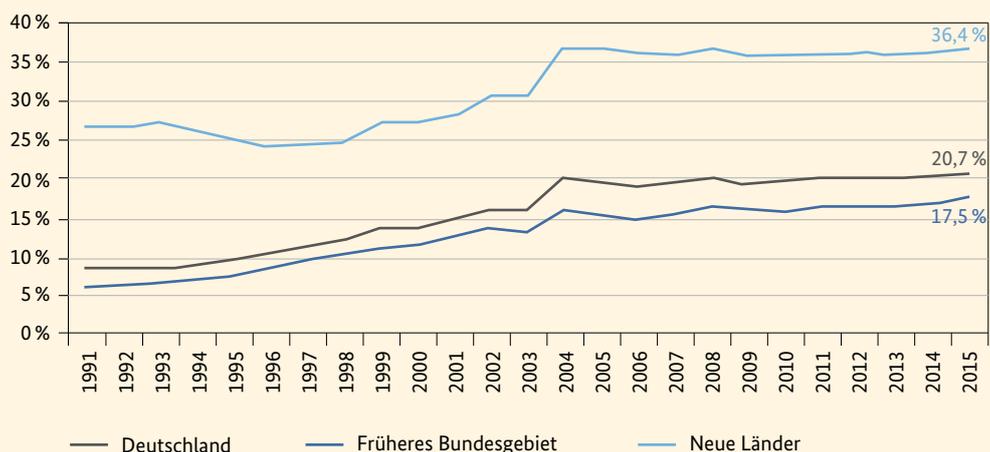
Abbildung 39: Eheschließungen nach der Staatsangehörigkeit der Eheschließungen, 2015



Datenquelle: Statistisches Bundesamt (2017).

Bei 21 Prozent aller 2015 geschlossenen Ehen gab es voreheliche Kinder. Dieser Anteil hat sich seit 1991 mehr als verdoppelt (**Abbildung 40**). Dabei betrug der Anteil in Westdeutschland rund 18 Prozent und in Ostdeutschland gab es bei mehr als jeder dritten Heirat zum Zeitpunkt der Heirat bereits Kinder (36 Prozent).

Abbildung 40: Anteil der vorehelichen Kinder bei Eheschließung, 1991–2015, in Prozent



Datenquelle: Statistisches Bundesamt (2017). Ab 2001 neue und alte Bundesländer jeweils ohne Berlin.

Gleichgeschlechtliche Paare machen ihre Partnerschaft häufig vor dem Gesetzgeber offiziell: Etwas weniger als die Hälfte aller gleichgeschlechtlichen Paare, die in einem Haushalt zusammenleben, sind auch eine eingetragene Lebenspartnerschaft eingegangen. In Deutschland leben rund 78.000 gleichgeschlechtliche Paare zusammen.

1.9 Ehescheidungen

Die meisten Menschen heiraten nach wie vor mindestens einmal in ihrem Leben, auch wenn Ehen heute nicht mehr als notwendige Voraussetzung für die Familiengründung oder als lebenslange Verbindungen gesehen werden.⁵⁷ Die Ansprüche an eine Ehe und an Partnerschaft haben sich in den letzten Jahren gewandelt. Stand vor einigen Jahren noch der Versorgungsaspekt einer Ehe im Vordergrund, sind es heute vielmehr der Anspruch und Wunsch nach partnerschaftlichem Zusammensein.⁵⁸ Die Erwartungen an eine Ehe nehmen zu. Erfüllen sich diese Erwartungen nicht, entscheiden sich Menschen heute eher für eine Scheidung als vor zehn oder 20 Jahren.⁵⁹ Dies wirkt sich auch auf das Scheidungsverhalten aus.

2015 gab es insgesamt 530.497 Ehelösungen. Die meisten Ehen werden nach wie vor durch den Tod eines Partners beendet. Dies war 2015 bei 69 Prozent Ehelösungen der Fall, 163.335 Ehen wurden gerichtlich geschieden („Ehescheidungen“), das entspricht knapp einem Drittel der Ehelösungen (**Abbildung 41**). 2015 wurden 1,7 Prozent weniger Ehen geschieden als 2014. Von den etwa 18 Millionen Ehen, die 2015 insgesamt bestanden, wurde 2015 somit 1 Prozent gerichtlich geschieden und 3 Prozent gelöst.

Abbildung 41: Anzahl der Ehescheidungen, 1950–2015, absolut



Anmerkung: Der Einschnitt in den Jahren 1977 bis 1979 ist auf die Änderung des Scheidungsrechts zum 01.07.1977 im früheren Bundesgebiet zurückzuführen. Dabei wurde das Schuldprinzip durch das Zerrüttungsprinzip ersetzt und außerdem wurden umfangreiche Neuregelungen für den Vermögens- und den Versorgungsausgleich der ehemaligen Partner eingeführt.

Datenbasis: Statistisches Bundesamt (2017): Statistik der rechtskräftigen Beschlüsse in Eheauflösungssachen (Scheidungsstatistik) 2015.

Die durchschnittliche Ehedauer bis zur Scheidung lag 2015 bei 14 Jahren und acht Monaten, die meisten Ehen wurden nach sechs Jahren geschieden. Der Trend zu längeren Ehen wird fort-

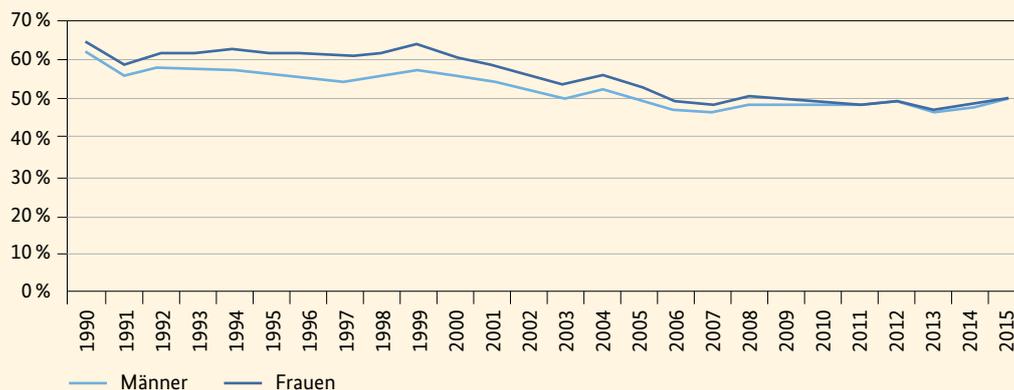
57 Grünheid, E. (2013): Ehescheidungen in Deutschland: Entwicklungen und Hintergründe, BiB Working Paper 1/2013, Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, Wiesbaden.

58 Ebd., S. 7.

59 Ebd.

gesetzt. 1990 lag die durchschnittliche Ehedauer noch bei 11,5 Jahren. Nach den derzeitigen Scheidungsverhältnissen werden etwa 35 Prozent aller in einem Jahr geschlossenen Ehen im Laufe der nächsten 25 Jahre geschieden. Damit einher geht auch das steigende durchschnittliche Alter der Frauen und Männer bei einer Scheidung. 2015 waren bei der Scheidung Männer im Durchschnitt 46,3 Jahre und Frauen 43,3 Jahre alt, 20 Jahre zuvor waren Frauen noch 36,8 Jahre und Männer durchschnittlich 39,5 Jahre alt.⁶⁰ Knapp die Hälfte der geschiedenen Frauen und Männer in Deutschland heiratet gegenwärtig nochmals. Die Wiederverheiratungsziffer von Frauen und Männern hat sich im Laufe der Zeit angeglichen (**Abbildung 42**).

Abbildung 42: Zusammengefasste Wiederverheiratungsziffer Geschiedener* in Deutschland, 1990 bis 2015



Quelle und Berechnung: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, Wiesbaden, 2017.

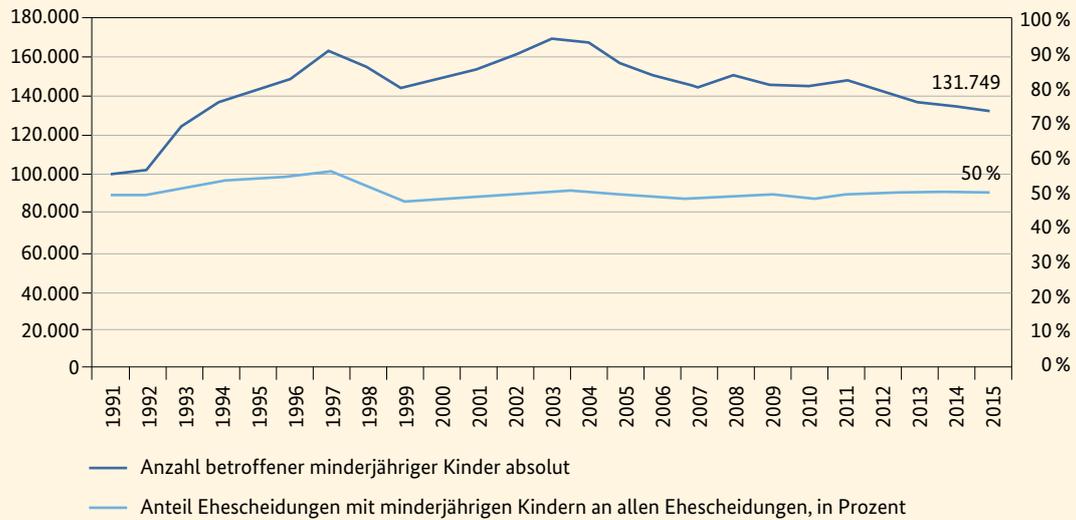
* Anmerkung: Bei der Berechnung der zusammengefassten Wiederverheiratungsziffer Geschiedener werden die Eheschließenden, die vor der neuen Eheschließung den Familienstand „geschieden“ aufwiesen, auf die Zahl der Scheidungen des Jahres bezogen, in dem sie geschieden wurden. Das Aufsummieren der Wiederverheiratungsziffern der einzelnen Scheidungskohorten über die letzten 30 Kalenderjahre ergibt die zusammengefasste Wiederverheiratungsziffer der Geschiedenen.

Etwa bei der Hälfte aller Scheidungen sind gemeinsame minderjährige Kinder betroffen (**Abbildung 43**). Insgesamt waren 2015 in 82.019 Ehescheidungen gemeinsame minderjährige Kinder betroffen, das sind 50 Prozent der Ehescheidungen (**Abbildung 43**, rechte Achse). Insgesamt sind 2015 131.749 Minderjährige von Scheidung betroffen gewesen (**Abbildung 43**, linke Achse). Im Vergleich zum Vorjahr waren es rund 3.000 Kinder weniger, die von Ehescheidung ihrer Eltern betroffen waren.⁶¹

60 Statistisches Bundesamt (2017): Statistik der rechtskräftigen Beschlüsse in Eheauflösungssachen (Scheidungsstatistik) 2015.

61 Statistisches Bundesamt (2017): Statistik der rechtskräftigen Beschlüsse in Eheauflösungssachen (Scheidungsstatistik) 2015.

Abbildung 43: Anteil der gemeinsamen minderjährigen Kinder bei Ehescheidungen, in Prozent, und Anzahl der Ehescheidungen absolut, 1991–2015



Datenbasis: Statistisches Bundesamt (2017): Statistik der rechtskräftigen Beschlüsse in Eheauflösungssachen (Scheidungsstatistik) 2015.

2016 wurden in Deutschland 1.238 eingetragene gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften aufgehoben. Dabei waren Lebenspartnerschaften von Frauen mit 698 Fällen häufiger betroffen als von Männern (540 Fälle). Gegenüber 2015 hat sich die Zahl der Aufhebungen um etwa 9 Prozent erhöht.⁶²

62 Pressemitteilung des Statistischen Bundesamts vom 11.07.2017: https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/zdw/2017/PD17_28_p002.html.

II.

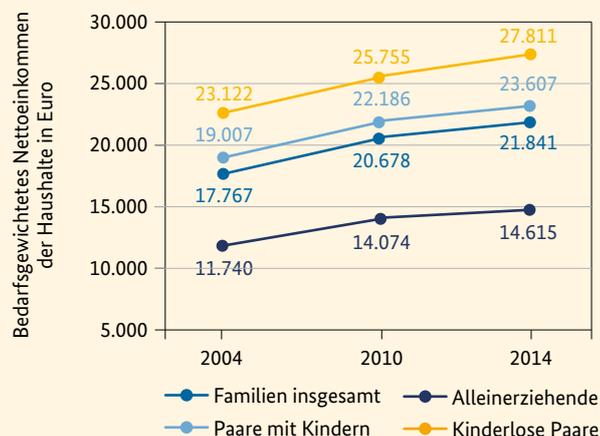
Wirtschaftliche Lage der Familien und Wirksamkeit der staatlichen Leistungen

2.1 Einkommen und subjektive Bewertung der wirtschaftlichen Situation

In der Gesamtschau hat sich die wirtschaftliche Situation der Familien in den letzten Jahren positiv entwickelt. Bei einer differenzierten Betrachtung zeigt sich jedoch, dass nicht alle Familien chancengerecht an dieser positiven Entwicklung teilhatten (vgl. Kapitel III.).

Die Einkommen sind in den vergangenen Jahren gestiegen. Während das (bedarfsgewichtete) Nettoeinkommen von Familien mit minderjährigen Kindern im Jahr 2004 noch bei knapp 18.000 Euro lag, betrug es im Jahr 2014 fast 22.000 Euro. Das durchschnittliche (bedarfsgewichtete) Nettoeinkommen von Familien liegt dennoch weiterhin deutlich unter dem von kinderlosen Paaren, im Durchschnitt um rund 21 Prozent (vgl. **Abbildung 44**).

Abbildung 44: Bedarfsgewichtetes Nettoeinkommen von Familien mit Kind(ern) unter 18 Jahren nach Familienform und Kinderlosen, in Euro



Quelle: SOEP 2015 (v32), Einkommen aus dem Vorjahr. Berechnungen: Prognos AG.

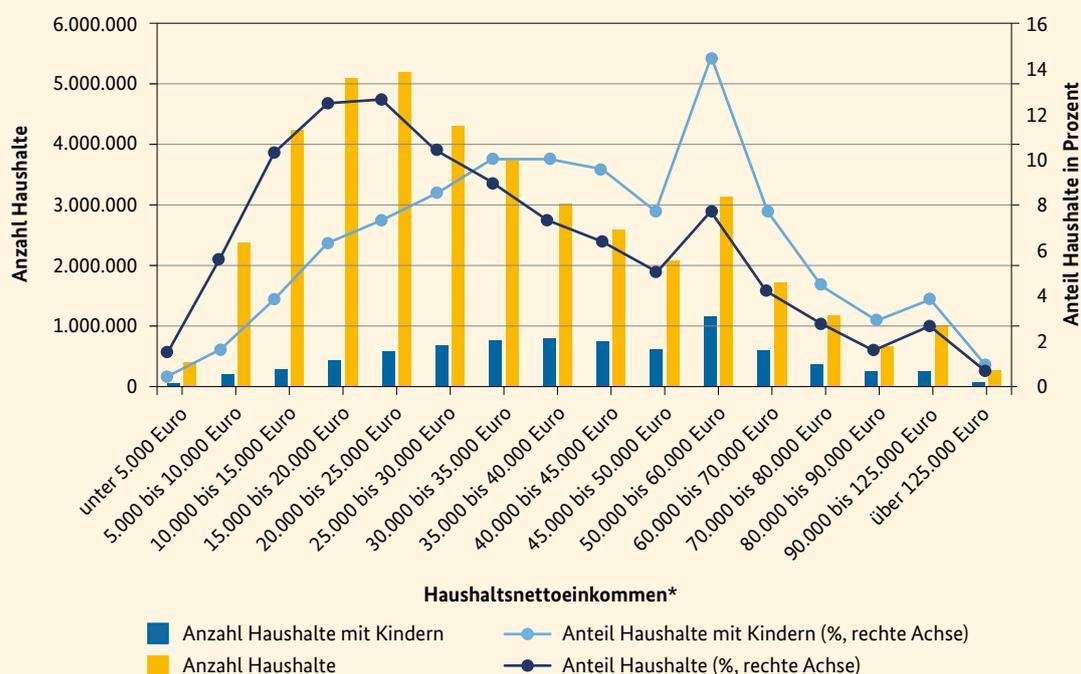
Die positive Einkommensentwicklung deckt sich mit dem subjektiven Empfinden der Familien. Die Mehrheit der Familien gibt heute an, dass ihre wirtschaftliche Situation gut oder sogar sehr gut ist. Aus ihrer Sicht hat sich die wirtschaftliche Lage der Familien in den letzten zehn Jahren verbessert. Im Jahr 2005 hatten nur 38 Prozent der Familien ihre wirtschaftliche Situation so positiv eingeschätzt.⁶³

63 Allensbacher Archiv, AWA 2005, 2015.

2.2 Einkommensverteilung zwischen Familienhaushalten und Haushalten ohne Kinder

Insgesamt sind die Einkommen der Familien in etwa so verteilt wie die Einkommen der kinderlosen Haushalte. Blickt man zunächst allein auf die nominalen verfügbaren Einkommen der Familien, so haben die Familien tendenziell höhere Einkommen zur Verfügung als kinderlose Haushalte (**Abbildung 45**). Bei Einkommen bis 30.000 Euro finden sich größere Anteile von kinderlosen Haushalten als von Familien, ab 30.000 Euro verfügbarem Einkommen übersteigt der Anteil der Familienhaushalte (blaue Linie) den Anteil der kinderlosen Haushalte (schwarze Linie).

Abbildung 45: Verteilung der Haushaltsnettoeinkommen, 2014



* Household Post-Government Income und Imputed Rent.

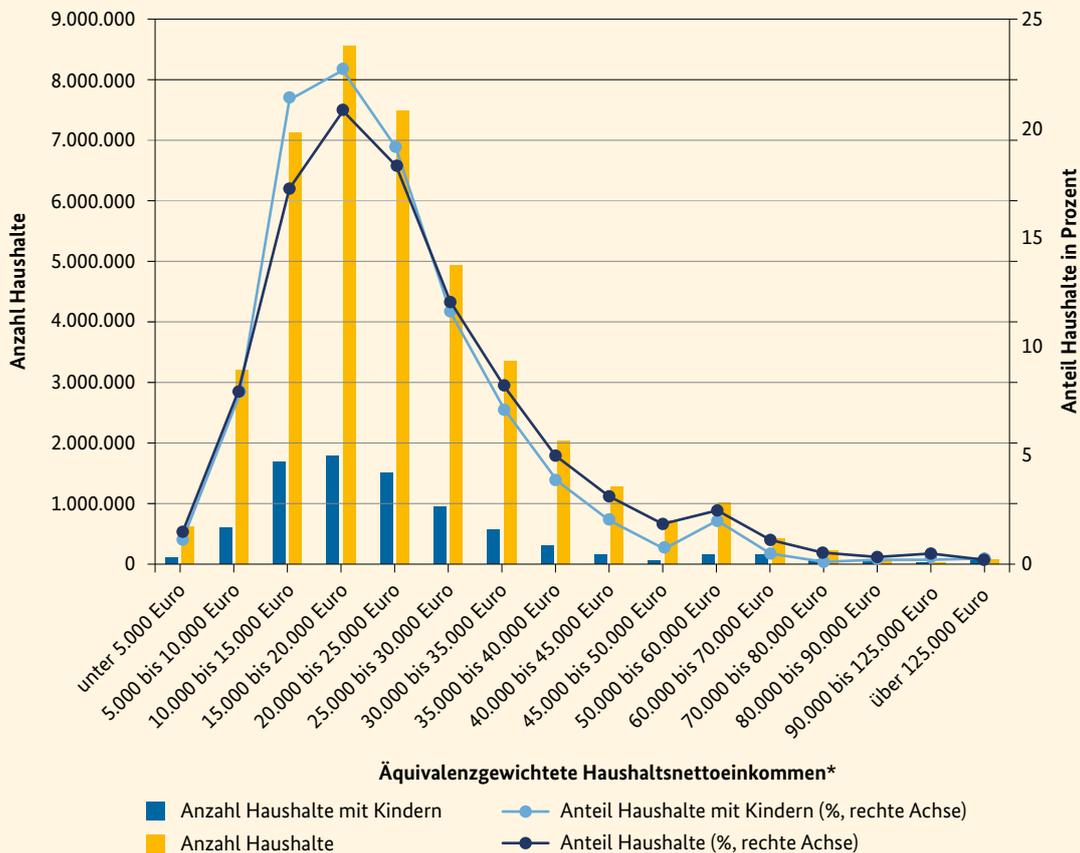
Quelle: SOEP 2015 (v32), Einkommen aus dem Vorjahr. Berechnungen: Prognos AG.

Bei dem Blick auf die nominalen Einkommen wird nicht berücksichtigt, dass in Familien tendenziell mehr Personen mit dem Einkommen auskommen müssen als in kinderlosen Haushalten. Um dies zu berücksichtigen, wird eine sog. Äquivalenzgewichtung vorgenommen.⁶⁴ Unter Berücksichtigung der Gewichtung ähneln sich die beiden Einkommensverteilungen stärker als bei der nominalen Betrachtung (**Abbildung 46**). Bis zu äquivalenzgewichteten Einkommen von 15.000 Euro weisen Familien und kinderlose Haushalte nahezu identische Anteile auf, jeweils rund 30 Prozent der Haushalte verfügen über gewichtete Einkommen bis 15.000

64 Für die Gewichtung wird eine in der OECD gebräuchliche altersbezogene Bedarfsgewichtung der Haushaltsmitglieder vorgenommen. Nach der aktuellen Skala wird für den ersten Erwachsenen im Haushalt ein Gewicht von 1,0 zugeordnet, weiteren Erwachsenen und Jugendlichen (ab 14 Jahren) ein Gewicht von 0,5 und jedem Kind (unter 14 Jahren) ein Gewicht von 0,3. Das Einkommen einer Paarfamilie mit zwei Kindern unter 14 Jahren wird bei der Äquivalenzgewichtung also durch 2,1 (= 1 + 0,5 + 0,3 + 0,3) dividiert und lässt sich dann mit dem Einkommen eines Ein-Personen-Haushalts vergleichen.

Euro. In dem folgenden Einkommensbereich bis 25.000 Euro überwiegen dann die Familienhaushalte. Bei höheren äquivalenzgewichteten Einkommen überwiegen dann Haushalte ohne Kinder. Sie erklären auch den Unterschied in den durchschnittlichen bedarfsgewichteten Einkommen (vgl. **Abbildung 44**).

Abbildung 46: Verteilung der äquivalenzgewichteten Haushaltsnettoeinkommen, 2014



* Household Post-Government Income und Imputed Rent.

Quelle: SOEP 2015 (v32), Einkommen aus dem Vorjahr. Berechnungen: Prognos AG.

2.3 Erwerbseinkommen eines Hauptverdieners als größte Einkommensquelle der Familien

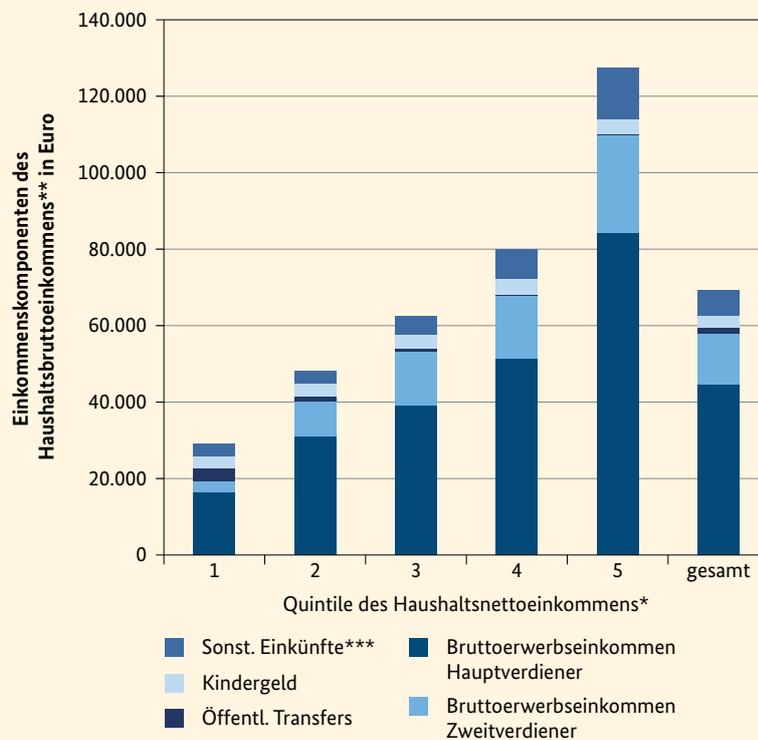
Neben der Einkommensverteilung sagen auch die Quellen des Familieneinkommens etwas über die wirtschaftliche Lage der Familien aus. Wesentliche Einkommensquellen von Familien sind die Erwerbseinkommen der erwachsenen Haushaltsmitglieder, das Kindergeld und sonstige Einkünfte. Daneben erhalten Familien auch andere öffentliche Transfers wie Arbeitslosengeld I, Leistungen der Grundsicherung, den Kinderzuschlag, das Wohngeld oder Sozialhilfe.

Die folgende Betrachtung beschränkt sich auf Paarfamilien, da in Haushalten von Alleinerziehenden kein Einkommen einer Partnerin oder eines Partners vorhanden sein kann und damit die Darstellung im Hinblick auf Partnereinkommen verzerrt wäre. Teilt man die Paarfamilien entlang ihres Bruttoeinkommens in fünf gleich große Gruppen (Quintile), stellt man fest, dass in allen Gruppen das Erwerbseinkommen des Hauptverdieners die größte Komponente des

Einkommens darstellt (**Abbildung 47**). Das Familieneinkommen steigt wie das Erwerbseinkommen des Hauptverdieners über die Quintile hinweg an. Über die Quintile hinweg nimmt aber nicht nur das Einkommen des Hauptverdieners zu, deutlich steigt auch die Bedeutung des Partnereinkommens.

Bei Paarfamilien in der untersten Einkommensgruppe spielt das Partnereinkommen nur eine untergeordnete Rolle, die Partnerin oder der Partner trägt im Durchschnitt weniger zum Haushaltseinkommen bei als das Kindergeld oder andere öffentliche Transfers. In den Familien, die sich bereits im zweiten Quintil befinden, trägt die Partnerin oder der Partner deutlich stärker zum Haushaltseinkommen bei. Passend dazu nimmt auch die Bedeutung der öffentlichen Transferzahlungen ab. Familien, in denen beide Partner substantiell zum Haushaltseinkommen beitragen, sind in geringerem Ausmaß auf Transferleistungen angewiesen. Mit zunehmendem Partnereinkommen befinden sich die Familien dann in immer höheren Quintilen.

Abbildung 47: Einkommenskomponenten des Haushaltsbruttoeinkommens von Paarfamilien nach Quintilen des Haushaltsnettoeinkommens*, 2014**



* Haushaltsnettoeinkommen: Household Post-Government Income und Imputed Rent.

** Haushaltsbruttoeinkommen: Haushaltsnettoeinkommen zzgl. gezahlter Steuern und Sozialversicherungsbeiträge des Haushalts.

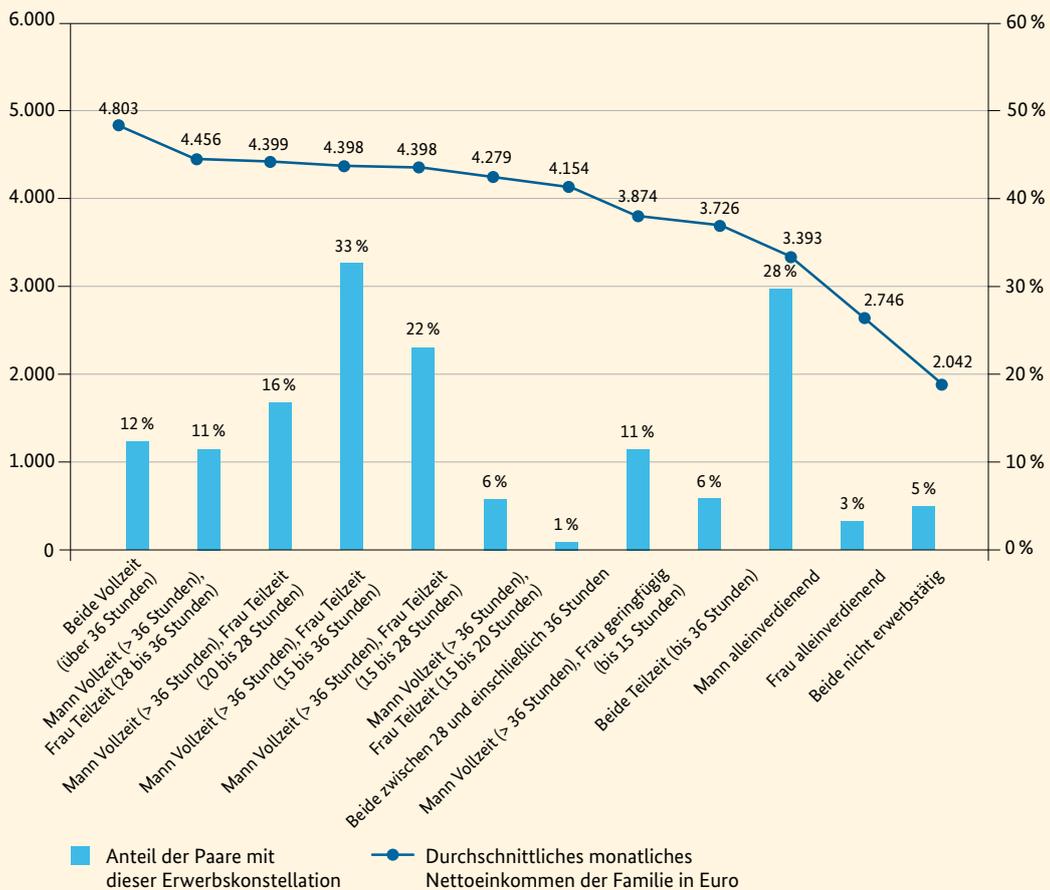
*** Sonstige Einkünfte aus Vermögen, privaten Transferzahlungen, Leistungen der Sozialversicherung, private Renteneinkünfte und Erwerbseinkünfte der Kinder.

Quelle: SOEP 2015 (v32), Einkommen aus dem Vorjahr. Berechnungen: Prognos AG.

Wie gesehen, wird der wesentliche Teil des Familieneinkommens meist von einem Elternteil erwirtschaftet, während der andere im Durchschnitt einen deutlich geringeren Teil beiträgt. Die ungleiche Verteilung kann dann zu einem Armutsrisiko werden, wenn der Hauptverdiener ausfällt. Die Relevanz eines zweiten Einkommens wird auch deutlich, wenn die durchschnittlichen monatlichen Nettoeinkommen betrachtet werden (**Abbildung 48**).

Eine Familie, in der der Mann der in Vollzeit erwerbstätige Alleinverdiener ist, verfügt im Monatsdurchschnitt über 3.393 Euro Nettoeinkommen. Das Nettoeinkommen ist rund 1.000 Euro höher, wenn die Mutter zusätzlich in einem Umfang von 15 bis 28 Stunden erwerbstätig ist. Teilen sich die beiden Elternteile die Erwerbstätigkeit partnerschaftlich auf und arbeiten beide zwischen 28 und 36 Wochenstunden, erzielen sie ein durchschnittliches Nettoeinkommen von 4.154 Euro. Dieses vollzeitnahe Arbeitspensum verschafft mehr Zeit für die Familie und entspricht dem Wunsch eines beträchtlichen Anteils von Müttern und Vätern.

Abbildung 48: Durchschnittliches monatliches Nettoeinkommen von Paaren mit Kind unter 18 Jahren im Haushalt



Quelle: Mikrozensus-Sonderauswertung f203_006. Berechnung: Prognos AG.

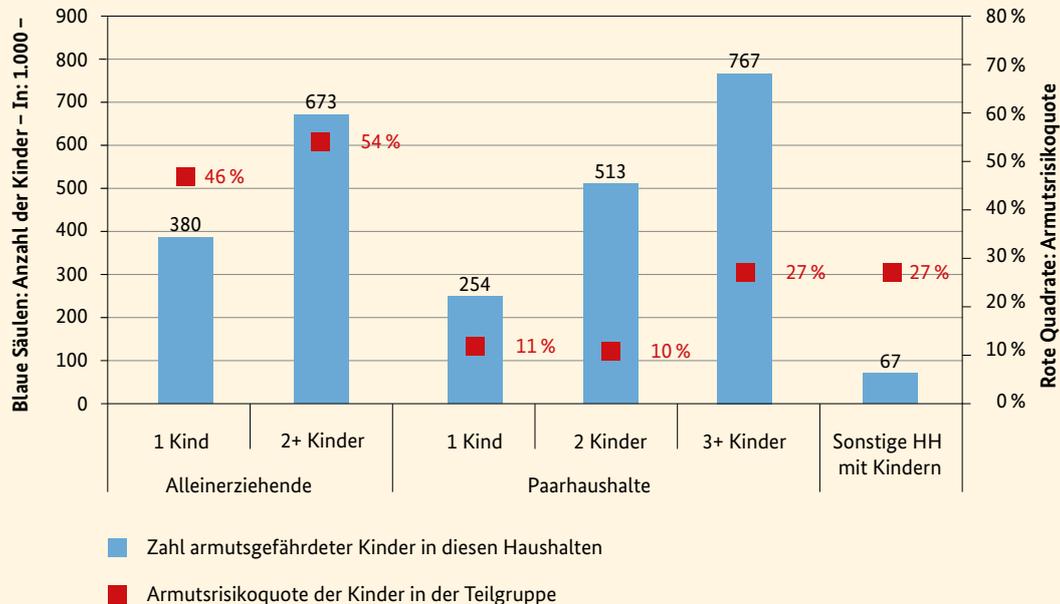
2.4 Armutsrisiken von Familien

Trotz der mehrheitlich positiven wirtschaftlichen Situation von Familien lebt weiterhin ein beträchtlicher Teil von einem Einkommen unterhalb der Armutsrisikoschwelle. Je nach Datenquelle liegt das Armutsrisiko von Kindern in Deutschland bei 14,6 Prozent (EU-SILC, Einkommensjahr 2014), bei 19,7 Prozent (Mikrozensus, Einkommensjahr 2015) oder bei 21,1 Prozent (SOEP, Einkommensjahr 2014). Insbesondere Kinder aus Haushalten von Alleinerziehenden leben häufig in einer wirtschaftlich prekären Lage. Die Armutsgefährdungsquote⁶⁵ steigt

⁶⁵ Armutsgefährdungsquote: Anteil der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von weniger als 60 Prozent des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung. Das Äquivalenzeinkommen wird auf Basis der neuen OECD-Skala berechnet.

außerdem, je mehr Kinder in einem Haushalt leben (**Abbildung 49**). Im Jahr 2014 waren 54 Prozent der Kinder von Armut bedroht, die mit Geschwistern bei einer alleinerziehenden Mutter oder beim Vater lebten. Bei Paarfamilien mit drei oder mehr Kindern lag die Armutsgefährdungsquote bei 27 Prozent.

Abbildung 49: Anzahl und Anteil der armutsgefährdeten Kinder, nach Familientyp und Anzahl der Kinder, 2014



Quelle: SOEP 2015 (v32), Einkommen aus dem Vorjahr. Berechnungen: IAW.

Alleinerziehende: häufig schlechte wirtschaftliche Lage

Zwar sind Alleinerziehende mittlerweile etwas häufiger erwerbstätig als Mütter in Paarfamilien (68 versus 67 Prozent) und sie arbeiten im Schnitt auch rund fünf Stunden mehr pro Woche; dennoch sind 32 Prozent nicht erwerbstätig.⁶⁶ Daher und weil in Haushalten von Alleinerziehenden meist nur die bzw. der Alleinerziehende erwerbstätig sein und maßgeblich zum Haushaltseinkommen beitragen kann, ist die wirtschaftliche Situation der Alleinerziehenden häufiger prekär als die der Paarfamilien. Rund 44 Prozent der Alleinerziehenden sind armutsgefährdet, Paarfamilien mit ein bis zwei Kindern demgegenüber lediglich zu 10 Prozent.⁶⁷

Dementsprechend hoch ist der Anspruch auf Sozialleistungen unter den Alleinerziehenden. Alleinerziehende beziehen mehr als fünfmal so häufig SGB-II-Leistungen wie Paarfamilien, 38 Prozent der Alleinerziehenden mit Kindern unter 18 Jahren erhalten SGB-II-Leistungen, aber nur 7 Prozent der Paarfamilien. Ein Problem, das zur häufig schwierigen wirtschaftlichen Lage der Alleinerziehenden beiträgt, ist, dass trotz der Erwerbstätigkeit teilweise nicht bedarfsdeckende Einkommen verdient werden können. 35 Prozent der Alleinerziehenden im SGB-II-Bezug sind erwerbstätig.⁶⁸

66 Eigene Berechnungen der Prognos AG auf Basis des Mikrozensus 2015.

67 Ergebnisse des Mikrozensus. Ab 2011 basiert die Hochrechnung auf den fortgeschriebenen Ergebnissen des Zensus 2011. IT.NRW. Tabelle A 1.1.0 Deutschland.

68 Bundesagentur für Arbeit (2016): Analyse des Arbeitsmarkts für Alleinerziehende, BA-Statistik 2015.

Mehrkindfamilien: Wirtschaftliche Lage verschlechtert sich mit zunehmender Kinderzahl

Je mehr Kinder in einer Familie leben, desto schwieriger ist im Durchschnitt die wirtschaftliche Lage. Mehrkindfamilien sind häufiger armutsgefährdet als der Durchschnitt der Familien. Ein Viertel der Paarfamilien mit drei oder mehr Kindern⁶⁹ war 2015 armutsgefährdet, während es bei den Paarfamilien mit einem oder zwei Kindern nur rund 10 bzw. 11 Prozent waren.⁷⁰

Dabei haben Mehrkindfamilien in der Regel nicht geringere Einkommen als kleinere Familien. Bei ihnen ist das erhöhte Armutsrisiko bedingt durch die höhere Personenzahl im Haushalt, die bei der Berechnung des gewichteten Pro-Kopf-Einkommens berücksichtigt wird. Pro Kopf steht Mehrkindfamilien ein geringeres Einkommen zur Verfügung als Paarhaushalten mit weniger Kindern. Bei einer Verteilung verschiedener Familientypen nach Einkommen und unter Berücksichtigung der Zahl der Haushaltsmitglieder zeigt sich: 68 Prozent der Mehrkindfamilien haben weniger als das mittlere Einkommen aller Familien zur Verfügung.⁷¹

Die schwierige wirtschaftliche Situation zeigt sich auch im vergleichsweise hohen Anteil der Mehrkindfamilien mit Bezug von Leistungen nach dem SGB II. Jeder fünfte Paarhaushalt mit drei oder mehr Kindern bezog Anfang 2017 SGB-II-Leistungen. Bei den Familien mit einem oder zwei Kindern lag der Anteil bei nur 6 bzw. 7 Prozent.⁷²

Auskömmliche Erwerbstätigkeit beider Elternteile ist der beste Schutz gegen Armut

Die wirtschaftliche Lage der Familien hängt entscheidend davon ab, in welchem Umfang Eltern erwerbstätig sind und wie effektiv die familienbezogenen Leistungen wirken. Grundsätzlich gilt: Der beste Schutz vor Armut ist die Erwerbstätigkeit beider Elternteile. Dies gilt für die aktuelle Einkommenssituation genauso wie mit Blick auf die langfristige wirtschaftliche Absicherung von Familien. Es gilt auch für die individuelle Existenzsicherung. Derzeit erzielt nur etwa ein Drittel aller Mütter mit Kindern unter acht Jahren ein eigenes Einkommen, das oberhalb der eigenen Existenzschwelle liegt, während dies mehr als 80 Prozent der Väter mit Kindern im selben Alter gelingt. Betrachtet man nur die Mütter, die mehr als 26 Stunden pro Woche arbeiten, gelingt dies hingegen bereits 85 Prozent. Dies macht deutlich: Teilen sich Eltern die familiären Aufgaben und die Erwerbsarbeit gleichmäßig auf, fördert das kurz- und langfristig die wirtschaftliche Stabilität der Familie. Fehlende oder geringe Erwerbstätigkeit ist die häufigste Ursache für Armutsgefährdung, Transferabhängigkeit und prekäre Lebenslagen.

Dies zeigt sich auch mit Bezug auf Armutsrisiken der Kinder. Rund zwei Drittel der Kinder in Haushalten ohne jedes Erwerbseinkommen sind armutsgefährdet. Verfügt der Haushalt über ein Einkommen aus einer Vollzeittätigkeit, sinkt das Armutsrisiko auf 15 Prozent. Liegt ein zweites Einkommen aus einer Teilzeittätigkeit vor, sind 5 Prozent armutsgefährdet (**Abbildung 50**).

69 Zu den Kindern zählen Personen im Alter von unter 18 Jahren ohne Lebenspartnerin bzw. Lebenspartner und eigene Kinder im Haushalt.

70 Ergebnisse des Mikrozensus. IT.NRW. Tabelle A 1.1.0 Deutschland.

71 SOEP-Welle v32 (Erhebungsjahr 2015, Einkommen aber aus dem Jahr 2014). Berechnung: Prognos AG.

72 Bundesagentur für Arbeit: Grundsicherung für Arbeitsuchende in Zahlen. Berichte: Blickpunkt Arbeitsmarkt | April 2017. S. 7.

Abbildung 50: Armutsgefährdete Kinder nach Erwerbsbeteiligung und -umfang der Eltern



Quelle: SOEP v32 (Erhebungsjahr 2015, Einkommen aus dem Jahr 2014). Berechnungen: Prognos AG.

Eine zentrale Voraussetzung für die Erwerbstätigkeit beider Elternteile sind gute Rahmenbedingungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Mütter und für Väter. Eine gute Vereinbarkeit trägt dazu bei, die wirtschaftliche Situation der Familien wirksam zu verbessern. Das zeigt auch die Gesamtevaluation der ehe- und familienbezogenen Leistungen.⁷³

Vor allem Leistungen, die die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit verbessern, führen dazu, dass Familien dauerhaft wirtschaftlich gesichert sind und es den Kindern gut geht (s. dazu auch Kapitel III.).

2.5 Familienleistungen im Überblick

Ziel der Bundesregierung ist es, allen Familien gute Rahmenbedingungen für ein gelingendes Familienleben zu eröffnen und Menschen mit Kinderwunsch eine Familiengründung zu erleichtern. Die Bundesregierung setzt dafür verschiedene Maßnahmen und Leistungen ein. So unterstützt sie Eltern dabei, die Kosten zu tragen, die ihnen durch ihre Kinder entstehen, und stellt damit einen Ausgleich zwischen Eltern und kinderlosen Erwachsenen her. Sie fördert aber auch eine gute, partnerschaftliche Vereinbarkeit und schafft Eltern damit auch zeitliche Freiräume. Schließlich tragen viele Maßnahmen – auch bei den Ländern und Kommunen – zur guten Entwicklung der Kinder bei und bieten Eltern Unterstützung vor Ort.

Die nachfolgende Tabelle zeigt, wie sich das finanzielle Volumen einzelner Leistungen, die die Familien in den genannten Bereichen besonders unterstützen, entwickelt hat.

73 Prognos AG (2014): Gesamtevaluation der ehe- und familienbezogenen Leistungen, S. 218.

Abbildung 51: Ausgewählte familienbezogene Leistungen/Maßnahmen von 2006 bis 2016 in Mio. Euro, (geschätzte) Ausgaben/Mindereinnahmen

Maßnahme	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Kindergeld (für 2009 einschließlich des Einmalbetrages i.H.v. 100 Euro, Teil des Konjunkturpakets)	35.004	34.293	33.607	36.972	38.920	38.552	38.649	38.514	38.618	39.498	40.348
Entlastungsbetrag für Alleinerziehende	405	360	370	350	350	350	355	360	370	545	570
Kinderzulage im Rahmen der Altersvorsorgezulage	547	683	1.054	1.121	1.183	1.241	1.259	1.337	1.385	1.443 (vorläufig)	
Kinderzuschlag	138	109	146	363	399	385	371	352	324	283	306
Elterngeld	-	1.710	4.186	4.450	4.583	4.709	4.825	5.105	5.676	5.822	6.097
Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz (Ausgaben Bund und Länder)	853	845	847	819	911	922	880	859	849	843	861
Beiträge des Bundes für Kindererziehungszeiten an die gesetzliche Rentenversicherung	11.393	11.547	11.478	11.466	11.637	11.574	11.628	11.585	11.858	12.149	12.530
Beitragsfreie Mitversicherung nicht erwerbstätiger Familienmitglieder (Kinder und Jugendliche) in der GKV	13.700	14.135	14.771	16.152	16.409	16.492	16.633	17.381	18.031	18.559	
Tagesbetreuung	11.097	11.846	13.003	14.574	16.183	17.352	18.904	21.408	22.888	24.574	

Quelle: BMFSFJ, eigene Darstellung.

Die absolut **größten Ausgabensteigerungen haben im Bereich der Kindertagesbetreuung** stattgefunden: Zwischen 2006 und 2015 sind die Ausgaben der Länder und Gemeinden und des Bundes von etwas mehr als 11 Milliarden Euro auf knapp 24,6 Milliarden Euro gestiegen.

Außerdem sind die folgenden Verbesserungen zu verzeichnen:

- Das **Kindergeld** wurde von 2008 bis 2017 um 38 Euro erhöht und wird auch 2018 um weitere zwei Euro steigen (2009 um zehn Euro pro Monat und Kind und zusätzlich gab es zur Überwindung der Wirtschaftskrise eine Einmalzahlung von 100 Euro, 2010 eine Erhöhung um 20 Euro, 2015 um vier Euro und 2016 um zwei Euro, 2017 um zwei Euro und 2018 um zwei Euro).
- Der **Kinderzuschlag**, den Familien mit geringen Einkommen unabhängig von der Grundversicherung erhalten, wurde 2008 verbessert. 2016 wurde der Kinderzuschlag zudem von bis zu 140 Euro pro Monat und Kind auf bis zu 160 Euro erhöht. 2017 stieg er um weitere zehn Euro auf 170 Euro pro Monat und Kind.
- Der **steuerliche Entlastungsbetrag für Alleinerziehende** wurde zum 01.01.2015 um fast 50 Prozent, von 1.308 Euro auf 1.908 Euro pro Jahr, angehoben und zudem mit 240 Euro nach der Kinderzahl gestaffelt. Er entlastet über 1 Million Alleinerziehende und stärkt sie in ihrer Erwerbstätigkeit, weil sie nun mehr Netto von ihrem Brutto behalten dürfen.
- Auch der **Unterhaltsvorschuss**, den Alleinerziehende mit Kindern unter zwölf Jahren beantragen können, wurde entsprechend den steuerlichen Kinderfreibeträgen angepasst. Zudem wurde der Unterhaltsvorschuss zum 01.07.2017 rückwirkend ausgebaut. Er wird nun bis zur Volljährigkeit des Kindes gezahlt und die bisherige Höchstbezugsdauer von 72 Monaten wird für alle Kinder aufgehoben. Die Höhe des Unterhaltsvorschusses für Kinder von null bis fünf Jahren stieg 2017 von 145 Euro auf 150 Euro, für Kinder von sechs bis elf Jahren von 194 Euro auf 201 Euro. Die Höhe des Unterhaltsvorschusses für Kinder von zwölf bis siebzehn Jahren wird 268 Euro betragen.
- Zudem stieg die **Kinderzulage im Rahmen der Altersvorsorgezulage (Riesterrente)** für Kinder, die nach dem 31.12.2007 geboren wurden, von 185 auf 300 Euro pro Jahr an.
- Die Beiträge des Bundes für **Kindererziehungszeiten in der gesetzlichen Rentenversicherung** blieben bis 2013 mit rund 11,6 Milliarden Euro pro Jahr einigermaßen konstant. Die Erhöhung der sog. Mütterrente für vor 1992 geborene Kinder wurde 2014 beschlossen und führte zu einem Anstieg auf rund 12,5 Milliarden Euro im Jahr 2016.
- Die Ausgaben für die beitragsfreie Mitversicherung von Kindern in der gesetzlichen Krankenversicherung folgt in etwa dem Anstieg der Gesamtausgaben der Krankenversicherung.

III.

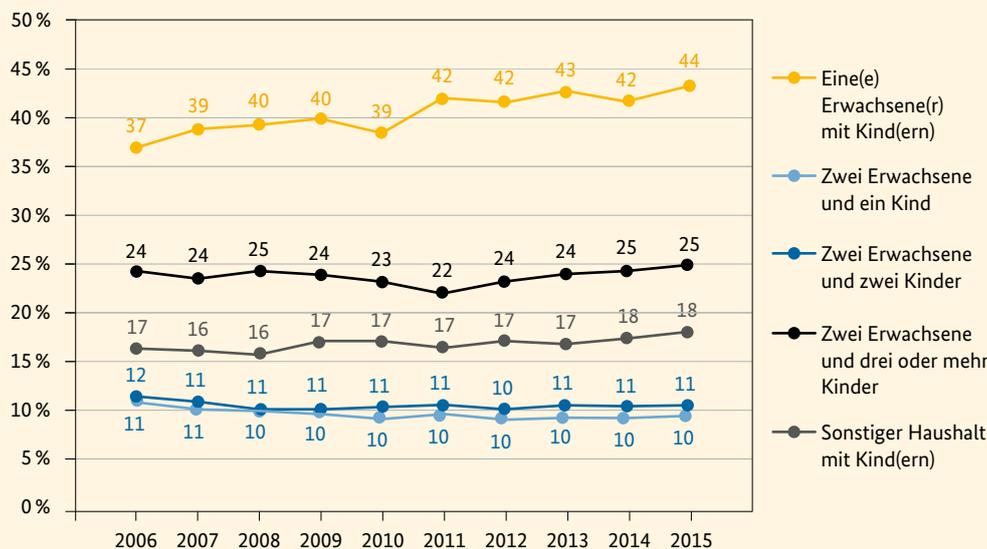
Chancengerechtes Aufwachsen für alle Kinder

3.1 Materielle Situation von Kindern

Ein nennenswerter Teil der Familien in Deutschland lebt von einem Einkommen unterhalb der Armutsrisikoschwelle. Laut Mikrozensus lag die Armutsrisikoquote⁷⁴ von unter 18-Jährigen im Jahr 2015 bei 19,7 Prozent (Einkommensjahr 2015). Damit waren rund 2,8 Millionen Kinder und Jugendliche armutsgefährdet. Im Vergleich zum Jahr 2010 hat sich die Armutsrisikoquote um 1,5 Prozentpunkte erhöht.⁷⁵

Wie gesehen (vgl. Kapitel II.) hängt das Armutsrisiko stark mit dem Familientyp und der Anzahl der Kinder zusammen. 44 Prozent der Alleinerziehendenhaushalte sind armutsgefährdet; ihr Armutsrisiko ist mehr als viermal so hoch wie bei Paarfamilien mit einem oder zwei Kindern – auch weil bei ihnen die Erwerbsintensität niedriger ist, solange die Kinder klein sind (**Abbildung 52**). Auch Familien mit drei und mehr Kindern sind mit 25 Prozent besonders häufig von Armut bedroht.

Abbildung 52: Armutsgefährdungsquote nach Haushaltstyp gemessen am Bundesmedian, in Prozent



Quelle: Ergebnisse des Mikrozensus. Ab 2011 basiert die Hochrechnung auf den fortgeschriebenen Ergebnissen des Zensus 2011. IT.NRW. Tabelle A 1.1.0 Deutschland.

74 Zur Darstellung der materiellen Situation von Kindern ist in der Wissenschaft die Armutsrisikoquote etabliert. Sie misst die Verbreitung relativer Einkommensarmut. Die Armutsrisikoquote weist den Anteil der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von weniger als 60 Prozent vom Median der Äquivalenzeinkommen der Gesamtbevölkerung aus. Das Äquivalenzeinkommen ist das bedarfsgewichtete Pro-Kopf-Einkommen je Haushalt (netto).

75 Die Armutsrisikoquote variiert je nach Datenquelle: EU-SILC: 14,6 Prozent (Einkommensjahr 2014). Mikrozensus: 19,7 Prozent (Einkommensjahr 2015); SOEP: 21,1 Prozent (Einkommensjahr 2014).

Aktuell erhöht der Zuzug von Kindern mit Migrationshintergrund die Armutsrisikoquote von Kindern. Der Anteil der mit einem Armutsrisiko lebenden Kinder innerhalb der Gruppe der „selbst eingewanderten Minderjährigen“ ist von 2011 bis 2015 von rund 36 Prozent auf 49 Prozent angestiegen. Bei Kindern ohne Migrationshintergrund war er mit rund 13 Prozent konstant.⁷⁶

Armutsrisiken haben für Kinder unterschiedliche negative Folgen. Zum einen weisen Kinder in armutsgefährdeten Familien häufig ein geringeres Wohlergehen auf. Zum anderen schränken unzureichende materielle Rahmenbedingungen die Lebensqualität der gesamten Familie ein. Insbesondere in den Bereichen Wohnen, Mobilität, saisongerechte Kleidung und Aktivitäten außerhalb der Wohnung sind deutliche Unterschiede in Abhängigkeit von der wirtschaftlichen Situation der Familien festzustellen.⁷⁷

Auch die soziale und kulturelle Teilhabe von Kindern steht in einem deutlichen Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Situation der Familien. Zum Beispiel nehmen unter sechsjährige Kinder mit einem Anspruch auf Leistungen des Bildungs- und Teilhabepakets deutlich seltener an Sportangeboten, frühkindlicher Musikerziehung, künstlerischen Aktivitäten oder einer Eltern-Kind-Gruppe teil (**Abbildung 53**).

Abbildung 53: Kinder, die an keiner der genannten Aktivitäten teilnehmen, nach Anspruch auf Leistungen des Bildungs- und Teilhabepakets und Altersgruppen

	Ohne Anspruch	Mit Anspruch	Gesamt
0 bis unter 3 Jahre	59,6%	76,6%	62,3%
3 bis unter 6 Jahre	39,0%	62,0%	43,5%
Insgesamt: 0 bis unter 6 Jahre	48,2%	67,7%	51,7%

Quelle: SOEP v31, gewichtet. N=3.035. Eigene Auswertungen: Prognos AG.

3.2 Wohlergehen und Teilhabechancen von Kindern

Das Wohlergehen von Kindern, verstanden als ihre positive Entwicklung, hängt von verschiedenen Faktoren ab. Es wird insbesondere vom Bildungsniveau der Eltern, der Lebenszufriedenheit der Mutter, der Zufriedenheit mit der Wohnsituation und dem Gesundheitszustand beeinflusst. Eine Studie der Ruhr-Universität Bochum zeigt, dass die Höhe des Einkommens an sich keinen signifikanten Einfluss auf das Wohlergehen von Kindern hat. Allerdings weisen Kinder in armutsgefährdeten Familien ein signifikant geringeres Wohlergehen (gemessen über ihren sprachlichen, kognitiven und sozial-emotionalen Entwicklungsstand) auf als Kinder aus Familien ohne Armutsrisiko.⁷⁸

So führt insbesondere eine objektive oder von den Eltern wahrgenommene „ökonomische Belastung“ zu deutlich negativen Effekten auf das Wohlergehen der Kinder. Die ökonomische Belastung setzt sich aus verschiedenen Faktoren – zum Beispiel einem Armutsrisiko, Arbeits-

⁷⁶ WSI 2017: Kinderarmut in Deutschland. Auswertungen auf Basis des Mikrozensus 2015.

⁷⁷ Bertelsmann Stiftung (2015): Kinder- und Familienarmut – Lebensumstände von Kindern in der Grundsicherung.

⁷⁸ Schölmerich, A. u. a. (2013): Wohlergehen von Kindern. Endbericht für die Gesamtevaluation der ehe- und familienbezogenen Leistungen des Bundes, Berlin.

losigkeit, Sorgen um den Arbeitsplatz oder einer hohen Mietbelastung – zusammen. Diese Belastung wirkt sich auch negativ auf den Gesundheitszustand der Kinder und die Lebenszufriedenheit der Mütter aus, wodurch das Wohlergehen der Kinder weiter beeinträchtigt wird. Durch die Inanspruchnahme von Kindertagesbetreuung können die negativen Effekte von ökonomischen Belastungssituationen verringert oder ganz vermieden werden. Auch die Lebenszufriedenheit der Mütter sowie gemeinsame Aktivitäten zwischen Eltern und Kindern (z. B. Vorlesen) können negative Effekte abschwächen.

Auch finanzielle Familienleistungen wirken sich indirekt positiv auf das Wohlergehen von Kindern aus, wenn sie das Armutsrisiko von Familien reduzieren. Dies sind vor allem das Kindergeld, die Leistungen für Familien mit kleinen Einkommen (SGB II, Wohngeld und der Kinderzuschlag) und das Elterngeld im ersten Lebensjahr. Das Elterngeld hat in mehrfacher Hinsicht positive Wirkungen auf das kindliche Wohlergehen. Es stärkt zum einen die Beteiligung von Vätern an der Kinderbetreuung mit positiven Effekten auf die kindliche Entwicklung.⁷⁹ Zum anderen unterstützt es Mütter bei ihrer Erwerbstätigkeit. Seit Einführung des Elterngeldes ist die Müttererwerbstätigkeit kontinuierlich gestiegen, mehr Mütter arbeiten in höheren Stundenpensen. Damit tragen sie zum Familieneinkommen bei und das Risiko, in Armut zu geraten, sinkt: Die beste Prävention von Kinderarmut gelingt mit zwei umfangreich erwerbstätigen Eltern.

Frühkindliche Förderung wirkt sich positiv auf das Wohlergehen aus

Wenn Kinder eine Kindertagesbetreuung nutzen, hat dies direkte positive Effekte auf ihre Entwicklung und ihr Wohlergehen. Besonders stark profitieren Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund, aus Familien mit geringem Einkommen oder geringem Bildungsniveau von Kinderbetreuung. Kinder, die im Alter von zwei bis drei Jahren eine Kindertageseinrichtung besuchen, sind in ihrem adaptiven Verhalten weiter entwickelt als Kinder, die noch keine Einrichtung besuchen. Sie haben höhere sprachliche, motorische und soziale Fähigkeiten wie auch weiter entwickelte Alltagsfertigkeiten. Mittelfristig lässt sich nachweisen, dass Schulkinder in ihrem sozio-emotionalen Verhalten stärker gefestigt sind, je früher sie eine Kindertageseinrichtung besucht haben. Langfristig zeigen sich ebenfalls positive Zusammenhänge zwischen der Dauer der frühkindlichen Betreuung und den kognitiven und nicht kognitiven Fähigkeiten von Jugendlichen.

Kinderbetreuung hat also auch eine Schutzfunktion. Entsprechend wirken sich familienbezogene Leistungen, die die Inanspruchnahme von Kinderbetreuung fördern, indirekt positiv auf das Wohlergehen der Kinder aus. Dies sind neben der Subventionierung der Kinderbetreuung auch die steuerliche Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten und der steuerliche Entlastungsbetrag für Alleinerziehende.⁸⁰

Als problematisch kann vor diesem Hintergrund gelten, dass Kinder aus Familien mit weniger gebildeten Eltern die Angebote öffentlicher Kinderbetreuung seltener nutzen als Kinder höher

79 Wissenschaftlich nachgewiesen ist u. a., dass eine aktive Beteiligung des Vaters an der Pflege, Erziehung und Betreuung die Entwicklung des Intellekts und des Gedächtnisses der Kinder fördert und positive Effekte auf die sprachliche Entwicklung der Kinder, ihre Schulleistungen, ihre Empathiefähigkeit und ihre emotionale und soziale Entwicklung hat.

80 Prognos AG (2014): Gesamtevaluation der ehe- und familienbezogenen Leistungen.

qualifizierter Eltern. Insbesondere weil Kinderbetreuung nachweislich auch sozial ausgleichend wirken kann, wenn das Elternhaus geringere Entwicklungsmöglichkeiten bietet, ist der Zugang zu Betreuungsmöglichkeiten besonders wichtig.⁸¹

Auch ein Zusammenhang zwischen der gesundheitlichen Entwicklung der Kinder und Jugendlichen sowie der sozialen Lage der Familien lässt sich nachweisen.⁸² Die gesundheitliche Entwicklung von Kindern hängt mit dem Einkommen und dem Bildungsstand der Eltern zusammen. Es zeigen sich große Unterschiede beispielsweise beim Übergewicht, aber auch bei der Anfälligkeit für psychische Probleme und Entwicklungsstörungen. Die KiGGS-Studien gehen davon aus, dass ein Teil der Faktoren sozialer Herkunft im Rahmen von Kinderbetreuung und Schule kompensiert werden kann. Wichtig sei es, insbesondere den Zugang zu Sportmöglichkeiten in der Freizeit zu verbessern und die Kursgebühren niedrig zu halten.

3.3 Zielgerichtete Unterstützungen für Familien

Die Familienpolitik ist darauf gerichtet, Familien so zu unterstützen und zu stärken, dass alle Kinder – unabhängig von ihrer sozialen Herkunft – gute Chancen haben, individuelle Förderung und gesellschaftliche Teilhabe zu erfahren. Alle Kinder sollen bestmögliche Bedingungen zum Aufwachsen haben. Bereits heute tragen familienbezogene Leistungen, Programme und andere Aktivitäten zur Erreichung dieses Zieles bei. Es ist jedoch erforderlich, noch stärker als bisher den Fokus auf die Familien zu richten, bei denen das Geld zu Hause knapp ist.

Familienbezogene Leistungen beugen gegen Armut vor

Der Anteil der armutsgefährdeten Kinder wird durch Sozialleistungen und Transfers insgesamt etwa halbiert.⁸³ Die Gesamtevaluation der ehe- und familienbezogenen Leistungen⁸⁴ hat gezeigt, dass der Kinderzuschlag, die Kinderbetreuung und der Unterhaltsvorschuss für Kinder von Alleinerziehenden das Armutsrisiko von Familien besonders effizient reduzieren. Durch den Kinderzuschlag wird das Armutsrisiko der Empfängerhaushalte um gut 16,5 Prozentpunkte reduziert. Die Subventionierung der Kinderbetreuung senkt das Armutsrisiko bei Paarfamilien um 12 Prozentpunkte und bei Alleinerziehenden um 19 Prozentpunkte. Besonders wirksam ist die Kinderbetreuung deshalb, weil sie dabei hilft, dass Mütter einer Erwerbstätigkeit nachgehen können.⁸⁵

Die Familienleistungen unterstützen Eltern darin, die Kosten zu tragen, die ihnen durch Kinder entstehen. Leistungen mit einem großen Empfängerkreis und hohen Zahlbeträgen erreichen viele Familien und entfalten große Wirkungen. Sie ermöglichen es vielen Familien in Deutschland, unabhängig vom SGB II zu leben. So trägt das Kindergeld dazu bei, dass rund 1,2 Millionen Familien unabhängig vom SGB II leben, beim Kinderzuschlag sind es 110.000 Familien. Das

81 Prognos AG (2014): Gesamtevaluation der ehe- und familienbezogenen Leistungen.

82 Robert Koch-Institut (2013): Die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in Deutschland.

83 Daten von Eurostat, abrufbar unter: <http://ec.europa.eu/eurostat/data>.

84 Prognos AG (2014): Gesamtevaluation der ehe- und familienbezogenen Leistungen. Die Ergebnisse wurden überwiegend auf der Datenbasis von 2010 ermittelt.

85 Prognos AG (2014): Gesamtevaluation der ehe- und familienbezogenen Leistungen, S. 167, 189; ZEW (2013a): Evaluation zentraler ehe- und familienbezogener Leistungen in Deutschland. Endbericht. Gutachten für die Prognos AG, S. 71 f.

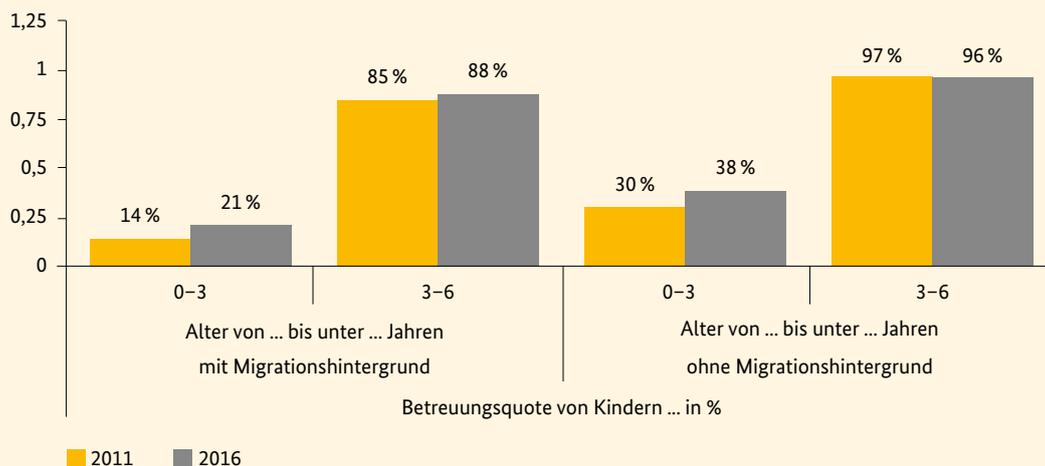
Elterngeld reduziert das Armutsrisiko von jungen Familien um rund 10 Prozentpunkte im ersten Lebensjahr.⁸⁶

Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege leisten einen wesentlichen Beitrag, um die Bildungs- und Teilhabechancen für Kinder zu verbessern. Deshalb ist es besonders wichtig, dass der Zugang zu diesen Angeboten für alle Familien erleichtert wird.

Bundesprogramm „Kita-Einstieg“ erleichtert Familien den Zugang zu frühkindlicher Bildung

Die Bildungsbeteiligung von Kindern mit Migrationshintergrund hat in den letzten Jahren zugenommen. Dies gilt insbesondere für den Bereich der frühkindlichen Bildung. Die Inanspruchnahme von Angeboten der Kindertagesbetreuung ist bei Kindern mit Migrationshintergrund zwischen 2011 und 2016 um mehrere Prozentpunkte gestiegen – in der Altersgruppe von null bis drei Jahren wuchs diese um 7 Prozentpunkte auf 21 Prozent an (**Abbildung 54**). Sie liegt jedoch weiterhin deutlich unter der entsprechenden Betreuungsquote bei Kindern ohne Migrationshintergrund (38 Prozent). Bei Kindern im Alter von drei bis unter sechs Jahren nähern sich die Betreuungszahlen von Kindern mit und ohne Migrationshintergrund an.

Abbildung 54: Betreuungsquote von Kindern unter sechs Jahren mit und ohne Migrationshintergrund, in Prozent



Quelle: Kinder- und Jugendhilfestatistik (2017).

Nach wie vor besuchen Kinder mit Migrationshintergrund deutlich später als Kinder ohne Migrationshintergrund eine Kindertagesbetreuung – so waren 41 Prozent der Kinder ohne Migrationshintergrund beim Beginn der Betreuung in der aktuell genutzten Kindertageseinrichtung jünger als zwei Jahre, während der entsprechende Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund bei 22 Prozent lag (Jehles/Meiner-Teubner 2016).⁸⁷

86 Prognos AG (2014): Gesamtevaluation der ehe- und familienbezogenen Leistungen, S. 167, 189; ZEW (2013a): Evaluation zentraler ehe- und familienbezogener Leistungen in Deutschland. Endbericht. Gutachten für die Prognos AG, Kapitel 8.

87 Jehles, N./Meiner-Teubner, C. (2016): Ganz ähnlich oder ganz anders?, in: Kom^{Dat} – Kommentierte Daten der Kinder- und Jugendhilfe, Heft Nr. 3/2016, S. 1–4.

Niedrigschwellige Angebote, die den Zugang zur Kindertagesbetreuung vorbereiten und unterstützend begleiten, fördert das Bundesfamilienministerium mit dem Bundesprogramm „Kita-Einstieg“. Im Fokus des Programms stehen Kinder und Familien, die bisher nicht oder nur unzureichend von der institutionellen Kindertagesbetreuung erreicht wurden, beispielsweise Kinder mit Fluchthintergrund. Bis zu 300 teilnehmende Standorte erhalten eine Förderung für eine Koordinierungsstelle, Fachkräfte für die Umsetzung der Angebote sowie zusätzliche Projektmittel.

Bundesprogramm „Elternchance“: frühe Förderung von Kindern durch Elternbegleitung

Bildungsinvestitionen in der frühen Kindheit erweisen sich als besonders wirkungsvoll und nachhaltig.⁸⁸ Dementsprechend hat sich in Deutschland das Augenmerk auf Bildungsprozesse von Kindern erweitert, die vor der Schule stattfinden. Im Mittelpunkt stehen die verbesserte Zusammenarbeit von Fachkräften mit Eltern im Kontext institutionalisierter frühkindlicher Bildung, Betreuung und Erziehung und die Vernetzung von familienbezogenen Angeboten im Sozialraum zur frühen Förderung und Bildung. Bereits zu einem frühen Zeitpunkt können Angebote der Eltern- und Familienbildung, die im weiteren Sozialraum angesiedelt sind, Familien erreichen und die Lebens- und Bildungschancen vor allem für benachteiligte Herkunftsmilieus, z. B. sozio-ökonomisch benachteiligte Kinder, erweitern.

Passende und erfolgreiche Unterstützung bieten die inzwischen rund 8.000 Elternbegleiterinnen und Elternbegleiter aus den Bundesprogrammen Elternchance I und II an. Als Vertrauenspersonen geben sie unkompliziert und kompetent Rat zur Entwicklung und Förderung des Kindes, Informationen zu Bildungsübergängen und zu Förderangeboten in der Nähe. Ob in einer Kita, einer Familienbildungsstätte, einem Mehrgenerationenhaus oder einer Elternschule – Elternbegleitung findet an vielen Orten statt, an denen Familien Beratung oder Frühförderangebote nutzen. Elternbegleitung erleichtert Bildungszugänge auf breiter Basis und stärkt Elternkompetenzen für die Bildungsverläufe der Kinder. Auch werden Bildungs- und Erziehungspartnerschaften zwischen Familien und Bildungsinstitutionen wie Familienbildungsstätten, Kindertageseinrichtungen und Grundschulen verfestigt.

Elternbegleitung stellt einen wichtigen Teil der bundesweiten, präventiv orientierten Angebote zur Förderung und Begleitung von Familien sowie in der Zusammenarbeit mit Eltern dar. Das Bundesfamilienministerium setzt mit den Programmen „Elternchance I und II“ neue Impulse in der Familienpolitik und verbreitert die Aktivitäten im Bereich der zielgerichteten Unterstützung von Familien auch mit kleinen Einkommen durch frühe Förderung und Bildungsbegleitung. Auf Basis von Längsschnittstudien hat sich wiederholt gezeigt, dass sozial benachteiligte Familien besonders von Angeboten der Elternbegleitung profitieren.⁸⁹

Die stetig steigende Zahl der Elternbegleiterinnen und Elternbegleiter und die hohe Qualität ihrer Qualifizierung entwickeln die Landschaft der Familienbildung in der frühen Bildungsbegleitung grundlegend weiter. Es gelingt, besser und mehr Familien mit besonderem Beratungsbedarf in ihrem unmittelbaren Lebensalltag zu erreichen. Mehr als die Hälfte der Elternbegleiterinnen und Elternbegleiter sind zudem Fachkräfte aus Kindertageseinrichtungen.

88 BMFSFJ (2016): Monitor Familienforschung Nr. 35 „Familie und frühe Bildung“.

89 Barnett W. S. (2011): Effectiveness of early educational intervention, in: Science S. 333, 975–978.

Bilanz der Familienpolitik – 2013 bis 2017

Ausbau der familienbezogenen Leistungen:

- Erhöhung des Kinderzuschlags, des Kindergelds und des Kinderfreibetrags
- Erhöhung des steuerlichen Entlastungsbetrags für Alleinerziehende und Staffelung nach der Kinderzahl sowie Ausbau des Unterhaltsvorschusses für Kinder von Alleinerziehenden
- Reform des Mutterschutzes mit längeren Schutzfristen, Ausdehnung auf Selbstständige, Schülerinnen, Studentinnen u.v.m.

Ausbau der Kindertagesbetreuung:

- Schaffung von 400.000 zusätzlichen Plätzen für Kinder unter drei Jahren mithilfe von Investitionsprogrammen des Bundes
- Förderung der Qualität, u. a. unterstützt durch die Bundesprogramme Sprach-Kitas, Kita-Plus, Kita-Einstieg und Kindertagespflege

Förderung von Partnerschaftlichkeit:

- Einführung des ElterngeldPlus insbesondere für Eltern, die nach der Geburt eines Kindes Teilzeit arbeiten, mit einem Partnerschaftsbonus
- Rechtsanspruch auf Familienpflegezeit und Pflegeunterstützungsgeld
- „Ehe für alle“ – Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare
- Erarbeitung vom „Memorandum Familie und Arbeitswelt – Die NEUE Vereinbarkeit“ mit den Spitzenverbänden der Wirtschaft und dem DGB, Ergebnisse vorgelegt als „Fortschrittsindex 2017“

Förderung gesellschaftlicher Unterstützung:

- „Elternchance II“ zur Qualifizierung von Fachkräften der Familienbildung zu Elternbegleiterinnen und -begleitern
- „Stark im Beruf – Mütter mit Migrationshintergrund steigen ein“ Bundesprogramm an 80 Standorten
- Rund 630 „Lokale Bündnisse für Familie“ und mehr als 7.900 engagierte Unternehmen im Netzwerk Erfolgsfaktor Familie

Familienleben im Spiegel von Zahlen, Daten, Fakten

Mehr Familie



Familie an erster Stelle



„Ich möchte bestimmt Kinder“
Zustimmung junger Erwachsener ohne Kinder

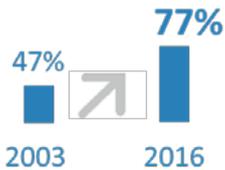


GEBURTENRATE
(Ø Kinderzahl pro Frau)



Mehr Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Bedeutung von Familienfreundlichkeit
(für Unternehmen)



Ausgaben von Bund, Ländern und Kommunen für Kindertagesbetreuung



BETREUUNGSQUOTE
von Kindern unter 3 Jahren



Mehr Partnerschaftlichkeit

Elterngeld Plus
Beziehende mit Geburten ab Juli 2015



VÄTERBETEILIGUNG
beim Elterngeld



ERWERBSTÄTIGENQUOTE
von Müttern mit Kindern im Alter von 2-3 Jahren

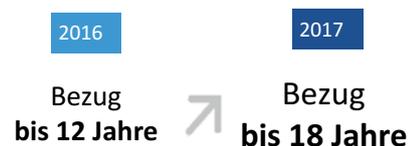


Mehr Unterstützung für Alleinerziehende

Steuerlicher Entlastungsbetrag



Unterhaltsvorschuss:
Aufhebung Höchstbezugsdauer,
Anhebung Altersgrenze



Mehr Zustimmung zur Familienpolitik

„Bei der Familienförderung leistet die Familienpolitik gute Arbeit“
Zustimmung der Bevölkerung



Gerade auch über diesen Weg können Familien gut mit bildungsbegleitenden Angeboten erreicht werden. Insgesamt hat sich die Elternbegleitung zu einem festen Bestandteil der kommunalen Infrastrukturen für Familie entwickelt.⁹⁰

Bundesmodellprogramm „Starke Netzwerke Elternbegleitung“ für gelingende Integration

Mit der Herausforderung der Bildungsintegration von Kindern aus geflüchteten Familien entsteht ein erweiterter Bedarf für Elternbegleitung. Viele Elternbegleiterinnen und Elternbegleiter arbeiten schon länger mit neu angekommenen Familien. An diesen Kenntnissen und Kompetenzen der qualifizierten Elternbegleiterinnen und Elternbegleiter setzt das im Mai 2017 gestartete neue Bundesmodellprogramm „Starke Netzwerke Elternbegleitung für geflüchtete Familien“ an. An 50 geförderten Projektstandorten in ganz Deutschland unterstützen diese Fachkräfte in lokalen Netzwerken zugewanderte Familien direkt vor Ort bei der Integration.

Elternbegleiterinnen und Elternbegleiter gestalten aktiv ihr lokales Netzwerk, das nicht nur im Rahmen der bewährten Angebote von Familienbildung, Kindertageseinrichtungen, Grundschulen und Sozialen Diensten, sondern auch auf der Basis neuer Kooperationen mit Akteuren der Flüchtlingshilfe mit zugewanderten Familien zusammenarbeitet. Verstärkt und systematischer als bisher werden die Ressourcen des Umfelds und der sozialen wie institutionellen Akteure einbezogen. Mithilfe des Programms sollen niedrigschwellige Begleitungs- und Beratungsangebote entwickelt, koordiniert und in Absprache mit der für die jeweilige Kommune verantwortlichen Verwaltungseinheit umgesetzt werden.

Dabei stehen die Stärkung der Erziehungs- und Bildungskompetenz von geflüchteten Eltern sowie die Betreuung und die Weitervermittlung ihrer Kinder in Bildungsinstitutionen wie Kindertageseinrichtungen oder Schulen ganz oben auf der Tagesordnung. Auch die Unterstützung beim Spracherwerb ist für Elternbegleiterinnen und Elternbegleiter ein wichtiges Tätigkeitsfeld. Nicht zuletzt für neu zugewanderte Familien ist dieser sozialräumliche Ansatz im Sinne einer verbesserten Kooperation der beteiligten Akteure, allen voran der Familien, besonders wirkungsvoll.

3.4 Notwendigkeit wirkungsorientierter Weiterentwicklung familienbezogener Leistungen

Damit alle Kinder gute Bedingungen zum Aufwachsen haben, ist es erforderlich, dass sich die Familienpolitik stärker als bisher Familien mit kleinen Einkommen zuwendet. Diese Familien brauchen mehr materielle Ressourcen und ihre Kinder einen besseren Zugang zu angemessenen Betreuungs-, Bildungs- und Teilhabeangeboten. Datenauswertungen zeigen, dass rund eine Million Kinder in Familien aufwachsen, die bereits über ein Einkommen verfügen, das sie

⁹⁰ Der Familienbildung messen laut einer Befragung der Jugendamtsleitungen knapp 70 Prozent einen hohen oder mittleren Stellenwert im Rahmen ihres Leistungsspektrums bei. Die Qualifizierung zur Elternbegleiterin bzw. zum Elternbegleiter ist inzwischen deutschlandweit zwei Dritteln der Jugendamtsleitungen bekannt. Fast 60 Prozent von ihnen haben Interesse an weiteren Qualifizierungen zur Elternbegleitung. Vgl. BMFSFJ (Hrsg.) (2017): Familienbildung und Familienförderung zum gelingenden Aufwachsen von Kindern als Aufgabe des Jugendamts.

von Leistungen der Grundsicherung ausschließt, aber andererseits zu gering ist, um Steuern zu bezahlen und steuerliche Förderung nennenswert nutzen zu können. Sie werden vom derzeitigen Leistungssystem nicht erreicht, und es mangelt ihnen an Ressourcen für ein gutes Aufwachsen.

Die Bevölkerung nimmt die Bedarfe sensibel wahr: Sie erwartet von der Familienpolitik eine bessere Förderung von Familien mit kleinen Einkommen und von Alleinerziehenden. Fast zwei Drittel der Bevölkerung (65 Prozent) halten eine stärkere finanzielle Unterstützung speziell von Familien mit geringem Einkommen für besonders wichtig. 62 Prozent sprechen sich für eine stärkere finanzielle Unterstützung von Alleinerziehenden aus.⁹¹

Bessere Förderung von Familien mit kleinen Einkommen

Wie oben beschrieben, beinhaltet die staatliche Unterstützung für Familien neben dem Kindergeld weitere Leistungen, die Familien in bestimmten Lebenssituationen und mit bestimmten Bedarfen zielgenau unterstützt. Zu nennen sind hier die Leistungen der Grundsicherung, der Kinderzuschlag, das Wohngeld, die Leistungen für Bildung und Teilhabe oder der Unterhaltsvorschuss für Alleinerziehende. Diese Leistungen tragen auch nennenswert zur Vermeidung von Armutsrisiken bei – zumindest bei den Familien, die diese Leistungen nutzen. Allerdings ist die Reichweite einzelner Leistungen begrenzt.

So nutzen viele Familien den an sich effektiven und effizienten Kinderzuschlag nicht, weil sie ihn nicht kennen, seine Inanspruchnahme mit zu hohem bürokratischen Aufwand verbunden ist und seine Gewährung auch infolge von Anrechnungsregeln wenig gewiss erscheint. 60 bis 70 Prozent der Berechtigten werden vom Kinderzuschlag nicht erreicht. Demgegenüber wird das Kindergeld als eine Leistung, die leicht zu beantragen ist und zuverlässig jeden Monat gezahlt wird, von den Familien sehr geschätzt. Eine bessere Förderung von Familien mit kleinen Einkommen kann gelingen, wenn die Zielgenauigkeit des Kinderzuschlags mit der Einfachheit des Kindergelds verbunden wird. Eine neue Leistung sollte Kinder aus Familien mit kleinen Einkommen in Höhe des durchschnittlichen sächlichen Existenzminimums absichern.

Da Erwerbstätigkeit der beste und nachhaltigste Schutz vor Familienarmut ist, muss sichergestellt sein, dass sich mehr Erwerbstätigkeit für beide Eltern immer lohnt, d. h. zu mehr verfügbarem Einkommen für die Familie führt – auch wenn das erhöhte Kindergeld reduziert wird. Deshalb sollte die Leistung langsam und kontinuierlich abgeschmolzen werden. Vor allem müssten die Anrechnungsregeln für Einkommen des Kindes geändert werden, damit mehr Alleinerziehende erreicht werden. So könnten viele Kinder, die Unterstützung benötigen, aus der verdeckten Armut geholt werden.

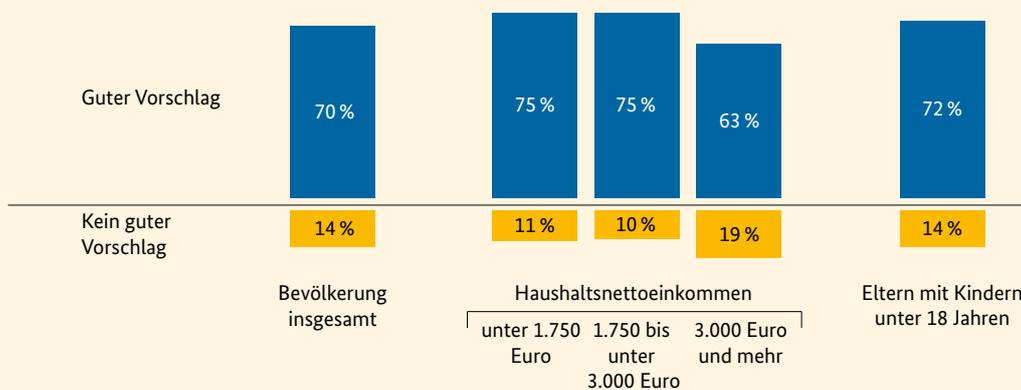
Die breite Mehrheit in der Bevölkerung befürwortet die Idee eines Kindergeldes, das Familien mit kleinen Einkommen gezielt unterstützt: 70 Prozent halten es für einen guten Vorschlag, das Kindergeld für Familien zu erhöhen, in denen die Eltern nur wenig verdienen (**Abbildung 55**).

91 Allensbacher Archiv: IfD-Umfrage 11058, Juli 2016.

Abbildung 55: Bewertung der Bevölkerung, Eltern, die nur wenig verdienen, mehr Kindergeld zu zahlen

**Mehr Kindergeld für Geringverdienende?
Die Mehrheit stimmt zu**

Frage: „Es gibt den Vorschlag, das Kindergeld für Familien zu erhöhen, in denen die Eltern nur wenig verdienen. Finden Sie das grundsätzlich einen guten Vorschlag oder keinen guten Vorschlag?“



Auf 100 fehlende %: unentschieden, keine Angabe.

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre.

Quelle: Allensbacher Archiv: IfD-Umfrage 11071, Mai 2017.

Bessere Förderung und Teilhabe von Kindern durch verlässliche und gute Ganztagsbetreuung für Schulkinder

Um Kindern den bestmöglichen Zugang zu Betreuungs-, Bildungs- und Teilhabeangeboten zu bieten, ist zusätzlich zur Fortsetzung des Ausbaus im vorschulischen Bereich eine verlässliche und gute Ganztagsbetreuung für Schulkinder erforderlich. Sie sichert Bildung und Betreuung der Kinder und erleichtert Eltern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Für viele Eltern bedeutet die Einschulung ihres Kindes nämlich, dass eine Betreuungslücke entsteht. Grund für die Lücke ist, dass in der Kita ein Betreuungsangebot bis in den Nachmittag hinein besteht, wohingegen die Grundschule mittags endet. Während der Großteil der Vorschulkinder einen erweiterten Halbtags- oder Ganztagsbetreuungsplatz hat, ist das schulergänzende Angebot für Grundschul Kinder deutlich geringer.

Vor diesem Hintergrund wird klar, dass der Ausbau der Ganztagsbetreuung für Grundschul Kinder aus Sicht der Eltern als wichtige Aufgabe der Familienpolitik gesehen wird. 65 Prozent aller Eltern mit minderjährigen Kindern und sogar 76 Prozent der Eltern mit Kindern zwischen sechs und zehn Jahren sagen, dass die Familienpolitik auf den Ausbau einen Schwerpunkt legen soll.⁹²

Ganztagsangebote für Schulkinder sind eine notwendige Bedingung für eine gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Sie erleichtern es insbesondere Müttern, erwerbstätig zu sein. Fast 60 Prozent der Mütter mit zweijährigen Kindern arbeiten. Beim Übergang in die Grundschule zeigt sich zum einen, dass 35 Prozent der Mütter, die vor der Schulzeit des Kindes nicht erwerbstätig waren, wieder eine Erwerbstätigkeit aufnehmen, sofern sie eine Nachmittagsbe-

92 Allensbacher Archiv: IfD-Umfrage 11071, Mai 2017.

betreuung für ihr Grundschulkind haben. Ohne Nachmittagsbetreuung nehmen nur 21 Prozent der Mütter wieder eine Erwerbstätigkeit auf. Zum anderen hilft die Nachmittagsbetreuung den Müttern, die schon vor der Einschulung erwerbstätig waren, das gewünschte Erwerbsniveau zu halten oder auszuweiten.

2015 arbeiteten 96.000 Mütter mit Kindern zwischen sechs und zehn Jahren in Teilzeit, weil ein Betreuungsangebot für ihr Kind nicht verfügbar oder bezahlbar war. Ein Viertel von ihnen war alleinerziehend – eine Personengruppe, die besonders stark durch fehlende Angebote eingeschränkt wird.⁹³

Zusätzlich zu ihrer vereinbarkeitsfördernden Wirkung sind Ganztagsschulangebote förderlich für die Entwicklung der Kinder. Gute schulische Ganztagsangebote können das Sozialverhalten, die Lernmotivation und das positive Selbstbild der Kinder fördern. Zudem ist belegt, dass Kinder aus Haushalten mit geringem Einkommen und aus Familien mit Migrationshintergrund besonders von Ganztagsangeboten profitieren können.⁹⁴

Schülerinnen und Schüler im Grundschulalter sind zu 61 Prozent mit dieser Schulform zufrieden, fühlen sich besonders motiviert und erfahren häufig emotionale Anerkennung.⁹⁵ Gerade offene Angebote treffen die eigenen Vorstellungen der Kinder für eine sinnvolle Nutzung des Nachmittags für Hausaufgaben und gemeinsame Freizeit mit Freundinnen und Freunden.

Insgesamt tragen qualitativ gute Ganztagsangebote dazu bei, dass Kinder individuell gefördert werden. Sie flankieren positive Bildungsverläufe und können unterstützend mit den Eltern zusammenarbeiten.⁹⁶ Ein Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung mit qualifizierter Hausaufgabenhilfe trägt dazu bei, dass alle Kinder die gleichen Bildungschancen erhalten. Eltern müssen ihre Erwerbstätigkeit nicht für die Betreuung ihres Schulkindes einschränken und das Armutsrisiko der Familien wird durch zwei Einkommen reduziert. Die Hausaufgabenbetreuung ist auch aus Sicht von Lehrerinnen bzw. Lehrern und Eltern wichtig, um die Chancengleichheit der Kinder zu sichern: 74 Prozent der Lehrerinnen und Lehrer, 83 Prozent der Eltern plädieren in diesem Zusammenhang dafür.⁹⁷

Zur Umsetzung des Rechtsanspruchs ist es erforderlich, dass alle Eltern, die einen Betreuungsbedarf haben, auch einen Betreuungsplatz erhalten. Dafür werden nach Schätzungen der Prognos AG rund 280.000 zusätzliche Plätze alleine für die Kinder benötigt, die aktuell noch keinen Platz haben. Außerdem besteht für rund 275.000 Kinder, die bereits in nachschulischer Betreuung sind, ein zusätzlicher Betreuungsbedarf.⁹⁸ Zudem werden die Bildungs- und Teilhabechancen von Kindern erhöht, wenn Familien mit geringen Einkommen von den Gebühren befreit werden.

93 Quelle: Mikrozensus-Sonderauswertung s16199_6. Berechnung: Prognos AG.

94 Konsortium der Studie zur Entwicklung von Ganztagschulen (2016): Ganztagschule: Bildungsqualität und Wirkungen außerunterrichtlicher Angebote. Ergebnisse der Studie zur Entwicklung von Ganztagschulen 2012–2015; vgl. auch Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2016): Bildung in Deutschland 2016.

95 Word Vision Institut (2013): Dritte World Vision Kinderstudie.

96 Bertram, Hans (2017): Offene Gesellschaft, Teilhabe und die Zukunft für Kinder.

97 IfD Allensbach (2013): Hindernis Herkunft. Eine Umfrage unter Schülern, Lehrern und Eltern zum Bildungsalltag in Deutschland. Im Auftrag der Vodafone Stiftung Deutschland.

98 Prognos AG (2017): Gute und verlässliche Ganztagsangebote für Grundschul Kinder (im Erscheinen).

IV.

Partnerschaftlichkeit in Familie und Beruf für Mütter und Väter – Wunsch und Wirklichkeit

4.1 Zehn Jahre Elterngeld, zwei Jahre ElterngeldPlus: Paradigmenwechsel

Zehn Jahre nach seiner Einführung haben inzwischen etwa acht Millionen Personen das Elterngeld bezogen. Es gehört zu den bekanntesten Familienleistungen: 91 Prozent der Bevölkerung kennen es zumindest dem Namen nach. 82 Prozent der Bezieherinnen und Bezieher sagen, dass das Elterngeld besonders wichtig für ihr Familieneinkommen sei. Familienforschung und Demoskopien gleichermaßen zufolge ist das Elterngeld schnell zu einem Symbol für eine erfolgreiche Familienpolitik geworden, die sich an den Lebenswirklichkeiten und -wünschen junger Eltern orientiert und deshalb so beliebt ist.

Dass das Elterngeld einen Wertewandel begünstigt hat, ist inzwischen belegt.⁹⁹ Heute ist es für viele Mütter selbstverständlich, ihre Berufstätigkeit nach der Familiengründung nur noch für einen kürzeren Zeitraum zu unterbrechen. Und viele Väter, die wegen der Geburt eines Kindes beruflich kürzertreten, sehen sich heute stärker akzeptiert. Mütter und Väter wollen heute beide Zeit für ihre Kinder haben, beruflich ihre Wege gehen und gemeinsam für das Familieneinkommen sorgen. 60 Prozent der Eltern mit Kindern unter drei Jahren sagen, dass es am besten ist, wenn Frau und Mann beide gleich viel erwerbstätig sind und sich beide in gleichem Maße um Haushalt und Familie kümmern.¹⁰⁰

Trend zur Partnerschaftlichkeit – Ergebnisse aus Studien

Eine klare Mehrheit junger Frauen und Männer wünscht sich einen Partner bzw. eine Partnerin, die bzw. der selbst für den eigenen Lebensunterhalt sorgt.¹⁰¹ Dass die Kinderbetreuung zu etwa gleichen Teilen aufgeteilt sein soll, sagen heute zwei Drittel der Elternpaare mit Kindern unter sechs Jahren.¹⁰² Hilfen für jene Familien, in denen beide Elternteile gleichermaßen berufstätig sein wollen, fordern 53 bzw. 61 Prozent der Bevölkerung bzw. Familien mit Kindern bis 18 Jahre (s. Kapitel VIII). Und über 80 Prozent der Eltern, die gern partnerschaftlich leben würden, finden: „Politik sollte Eltern unterstützen, die beide gleich viel arbeiten und sich die Kinderbetreuung gleichermaßen aufteilen.“

⁹⁹ „10 Jahre Elterngeld – eine wichtige familienpolitische Maßnahme“ (DIW Wochenbericht 49/2016).

¹⁰⁰ DIW Wochenbericht 2013.

¹⁰¹ WZB-Studie 2013.

¹⁰² IfD Allensbach, Weichenstellungen, 2015.

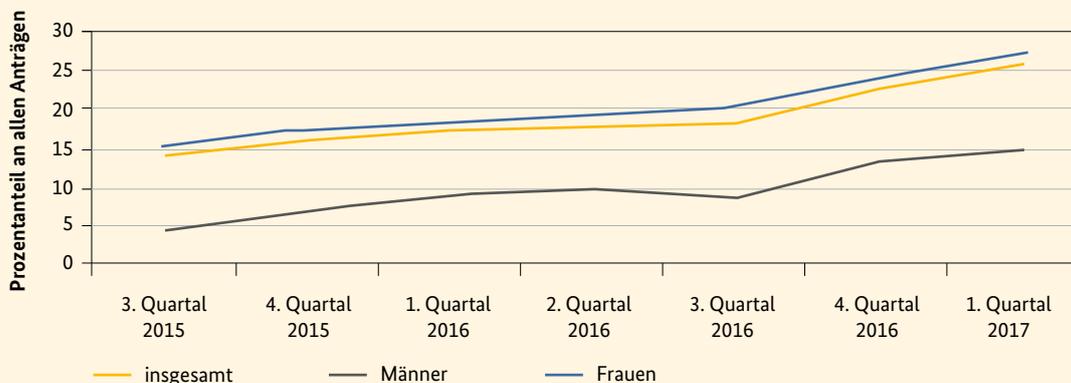
In der 18. Legislaturperiode hat die Familienpolitik vor diesem Hintergrund die partnerschaftlichen Lebenswünsche in Deutschland ernst genommen und die Vereinbarkeit für Mütter und Väter zielgerichtet unterstützt. Dies gilt namentlich für das ElterngeldPlus, das auch einen früheren Wiedereinstieg in Teilzeit beider Partner fördert und sich mit seinem Partnerschaftsbonus gezielt an Eltern richtet, die gleichzeitig erwerbstätig sein und sich um ihr Kind kümmern möchten.

Die Inanspruchnahme des neuen ElterngeldPlus zeigt dieselbe Beliebtheit wie das Elterngeld bei seiner Einführung. Im Jahr 2016 gab es von insgesamt 1,64 Millionen Leistungsbeziehenden 1,2 Millionen Eltern, für die bereits die neuen Wahlmöglichkeiten des ElterngeldPlus galten. Vor allem Mütter machten zahlreich von dem neuen Angebot Gebrauch: Jede fünfte Mutter (20,1 Prozent entschied sich für das ElterngeldPlus. Insgesamt entschieden sich 17,4 Prozent der Beziehenden für die neue Leistung. Spitzenreiter ist hier Thüringen mit 26,9 Prozent. Im ersten Quartal 2017 waren es bereits 25,6 Prozent – in einigen Regionen sogar bis 37 Prozent – der Eltern, die sich für das ElterngeldPlus entschieden.

Väter schätzen vor allem den Partnerschaftsbonus. Bis zu gut 47 Prozent der Väter, die ElterngeldPlus beantragen, entscheiden sich zugleich für den Partnerschaftsbonus. Außerdem beziehen Väter, die ElterngeldPlus in Anspruch nehmen, länger Elterngeld (im Schnitt 8,5 Monate, s. o.).

Seit der Einführung des ElterngeldPlus hat sich die Zahl der Eltern, die sich für die neue Leistung entschieden haben, fast verdoppelt, bei den Vätern mehr als verdreifacht.

Abbildung 56: Entwicklung der ElterngeldPlus-Anträge



Quelle: Statistisches Bundesamt: Statistik zum Elterngeld – Leistungsbezüge. Eigene Darstellung: BMFSFJ.

Inzwischen sieht auch die Bevölkerung die Notwendigkeit staatlicher Unterstützung für partnerschaftliche Aufgabenteilungen: Über 80 Prozent der Bevölkerung befürworten inzwischen eine staatliche Förderung der Väterbeteiligung. 53 Prozent der Bevölkerung und 61 Prozent der Eltern mit minderjährigen Kindern finden, dass die Familienpolitik die Voraussetzungen für die Eltern verbessern sollte, sodass beide Partner gleichermaßen berufstätig sein können.¹⁰³

103 Allensbacher Archiv: IfD-Umfrage 11056, Mai 2016.

Der Trend zur Partnerschaftlichkeit zeigt sich inzwischen auch bei Müttern und Vätern, die sich trennen: Sie möchten heute weiter beide und in vielen Fällen gemeinsam für das Kind da sein.

Die Angebote für Familien in Deutschland befinden sich damit wie die Familien selbst in einer dynamischen Entwicklung. Zu ihnen zählen auch der Ausbau und die verbesserte Qualität der Kinderbetreuung und Regelungen zum Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz, die zu einer verbreiteten Nutzung der Betreuung für Kinder unter drei Jahren geführt haben; diese ist ebenfalls für viele zur Normalität geworden. Eine verlässliche Ganztagsbetreuung für Schulkinder würde gerade auch Eltern unterstützen, deren Elterngeldkinder nun an die Schule kommen und die ihre partnerschaftliche Aufgabenteilung fortsetzen wollen.

4.2 Müttererwerbstätigkeit steigt seit Einführung des Elterngelds

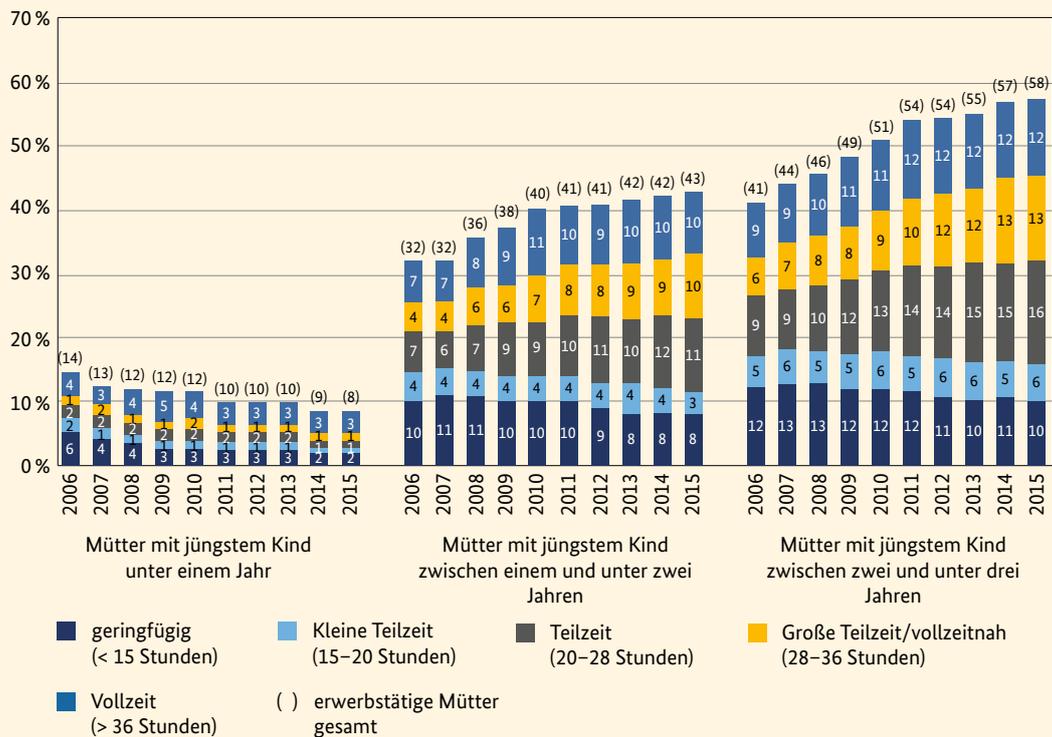
Familie und Beruf miteinander zu verbinden ist heute für den Großteil der Mütter selbstverständlich. Mehr als drei Viertel (79 Prozent) der Frauen mit Kindern bis sechs Jahre sagen, die Berufstätigkeit mache ihnen Spaß/habe ihnen Spaß gemacht und die Berufstätigkeit sei ihnen wichtig (75 Prozent).¹⁰⁴ Das Elterngeld hat bewirkt, dass Mütter heute kürzere Erwerbsunterbrechungen haben und vor und zwischen den Geburten ihrer Kinder mehr arbeiten. Im Vergleich zu früher kehren zudem deutlich mehr Mütter mit drei und mehr Kindern und Alleinerziehende mit kleinen Kindern wieder früher auf den Arbeitsmarkt zurück. Damit gehen langfristig bessere Chancen bei der Lohnentwicklung und der Alterssicherung einher, was vor allem für diejenigen bedeutsam ist, die wenig verdienen. Insofern wirkt das Elterngeld auch langfristig gegen Armutsrisiken.

Zwischen 2006 und 2015 stieg die Erwerbstätigenquote der Mütter von 60 Prozent auf 67 Prozent.¹⁰⁵ Besonders ausgeprägt ist die Zunahme bei Müttern mit Kindern zwischen einem und zwei Jahren sowie zwei und drei Jahren (**Abbildung 57**). Hier lag die Erwerbstätigenquote 2015 bei 43 bzw. 58 Prozent; 2006 betrug die Quote noch 32 bzw. 41 Prozent. Außerdem die Zunahme der Erwerbstätigkeit dieser Mütter vor allem auf einen Anstieg von Tätigkeiten im mittleren und hohen Teilzeitumfang zwischen 20 und 36 Wochenstunden zurückzuführen; auch der Anteil an Müttern in Vollzeitbeschäftigung ist etwas gestiegen. Gleichzeitig ist der Anteil der Mütter von Kindern zwischen einem und zwei Jahren, die bis zu 20 Stunden pro Woche arbeiten, von 2006 bis 2015 von 14 auf 11 Prozent zurückgegangen.

104 Allensbacher Archiv: IfD-Umfrage 11056, Mai 2016.

105 Berechnung Prognos AG auf Basis der Mikrozensus-Sonderauswertung f203_006.

Abbildung 57: Entwicklung der ausgeübten Erwerbstätigkeit von Müttern zwischen 2006 und 2015 nach wöchentlichem Erwerbsumfang und Alter des jüngsten Kindes bis unter drei Jahren, in Prozent



Quelle: Mikrozensus-Sonderauswertung f203_006, Berechnung Prognos AG. Bei dem Erwerbsumfang sind die normalerweise in einer Woche geleisteten Stunden einschließlich regelmäßig geleisteter Überstunden berücksichtigt. Abweichungen zwischen Erwerbstätigenquoten und der Summe der Angaben zu den Erwerbsumfängen sind rundungsbedingt.

Erwerbstätige Mütter arbeiten im Durchschnitt in Deutschland mit 26 Wochenstunden. Dabei gibt es deutliche Ost-West-Unterschiede: In Westdeutschland arbeiten Mütter im Durchschnitt 24,5 Wochenstunden, in Ostdeutschland im Durchschnitt 32,5 Wochenstunden.¹⁰⁶ Auch die anderen bekannten Verteilungen bleiben gültig: Höher qualifizierte Mütter und auch Mütter aus Ostdeutschland sind häufiger erwerbstätig; die Anzahl und das Alter der Kinder hängen nach wie vor mit der Wahrscheinlichkeit der Erwerbsaufnahme von Müttern zusammen. Zugleich sind immer mehr Mütter mit kleinen Kindern und auch mit drei und mehr Kindern sowie alleinerziehende Mütter erwerbstätig. Fast 30 Prozent der erwerbstätigen Mütter würden gerne sogar noch mehr arbeiten, als sie es tatsächlich tun.¹⁰⁷

4.3 Erwerbstätigkeit alleinerziehender Mütter

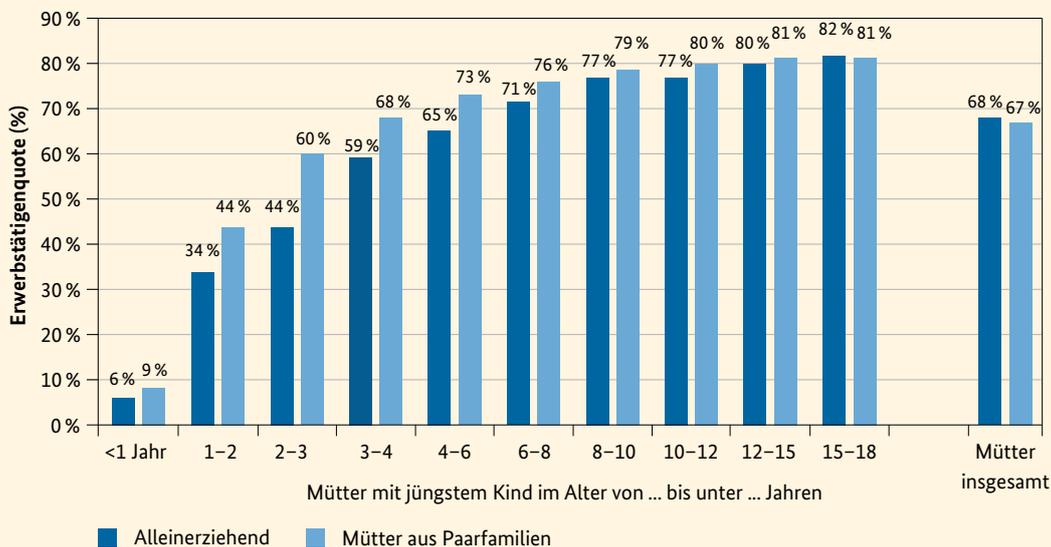
Der Anteil der erwerbstätigen Alleinerziehenden steigt – genau wie bei Müttern in Paarhaushalten – mit dem Alter des jüngsten Kindes: Von den alleinerziehenden Müttern mit jüngstem Kind im Alter von zwei bis unter drei Jahren geben etwa 44 Prozent an, dass sie derzeit einer Erwerbstätigkeit nachgehen. Ab dem Kindergartenalter von drei Jahren sind mehr als die

106 Quelle: Mikrozensus-Sonderauswertung f203_006. Berechnung: Prognos AG.

107 Destatis (2015): Zeitverwendungserhebung 2012/2013.

Hälfte der Alleinerziehenden erwerbstätig. Schließlich sind mehr als 71 Prozent der Alleinerziehenden mit Kindern im Schulalter (sechs Jahre und älter) erwerbstätig (**Abbildung 58**).

Abbildung 58: Erwerbstätigenquoten (ausgeübte Erwerbstätigkeit) von Müttern nach Familienform und Alter des jüngsten Kindes, 2015, in Prozent



Quelle: Mikrozensus-Sonderauswertung f203_006. Berechnung: Prognos AG. Bei dem Erwerbsvolumen sind die normalerweise in einer Woche geleisteten Stunden einschließlich regelmäßig geleisteter Überstunden berücksichtigt.

Dabei ist von den erwerbstätigen alleinerziehenden Müttern mit minderjährigen Kindern ein Drittel in Vollzeit (über 36 Stunden) erwerbstätig und 29 Prozent in großer Teilzeit oder vollzeitnah mit 28 bis 36 Stunden. 28 Prozent arbeiten zwischen 15 und unter 28 Stunden und 10 Prozent geringfügig mit einer durchschnittlichen Wochenarbeitszeit von unter 15 Stunden.

Der Wunsch nach Erwerbsarbeit ist bei den Alleinerziehenden insgesamt größer als bei Müttern in Paarhaushalten¹⁰⁸ und größer als die tatsächliche Erwerbstätigkeit. Ein Viertel der nicht erwerbstätigen alleinerziehenden Mütter mit minderjährigen Kindern war 2015 auf der Suche nach einer Stelle, während es bei den Müttern aus Paarfamilien nur 9 Prozent waren.¹⁰⁹ Dabei war die Hälfte der Alleinerziehenden eher oder ausschließlich auf der Suche nach einer Vollzeitstelle.¹¹⁰ Im Vergleich zu Müttern aus Paarfamilien streben Alleinerziehende überdurchschnittlich häufig eine Vollzeiterwerbstätigkeit an. Mit dieser wollen sie berufliche Nachteile vermeiden, da sie allein für das Familieneinkommen aufkommen müssen. So gibt von den erwerbstätigen Alleinerziehenden jede fünfte an, ihre normale Wochenarbeitszeit mit entsprechend höherem Verdienst erhöhen zu wollen, bei den Müttern aus Paarfamilien sind es nur halb so viele.¹¹¹

Unabhängig von den Wünschen und Interessen der alleinerziehenden Mütter schätzt die Mehrzahl es nach wie vor als schwierig ein, eine geeignete Stelle zu finden. Gründe dafür liegen eher in der Inkompatibilität mit diversen Familienaufgaben (auch wenn die Kinder

¹⁰⁸ Sinus Sociovision (2013): Alleinerziehende in Deutschland: Fakten über einen Familienstand, unveröffentlichte Studie 2013, im Auftrag des BMFSFJ.

¹⁰⁹ Mikrozensus-Sonderauswertung s16199. Berechnung: Prognos AG.

¹¹⁰ Ebd.

¹¹¹ Ebd.

schon im Schulalter sind), nicht unbedingt in der Verfügbarkeit von Stellen. Insbesondere die Diskrepanz zwischen dem Wunsch und der Notwendigkeit nach Erwerbstätigkeit – heute oft verbunden mit gesellschaftlich erwarteter Flexibilität und Mobilität (z. B. Anforderungen seitens der Arbeitgeber) und gleichzeitig als unflexibel empfundenen Infrastrukturen (z. B. Öffnungszeiten von Kinderbetreuungseinrichtungen) wird als zentrales Problem wahrgenommen. Die als schwierig eingeschätzten Jobaussichten gehen einher mit einer generellen ökonomischen Unsicherheit in der Lebenssituation.¹¹²

4.4 Väter wollen (mehr) Zeit mit der Familie verbringen

Der Konzeption des Elterngeldes ist es zu verdanken, dass es heute mehr aktive Väter gibt. Immer mehr Väter reduzieren für einen befristeten Zeitraum ihre Arbeitsstunden oder steigen eine Zeit lang ganz aus der Erwerbstätigkeit aus, um Zeit für ihr Kind und für die Familie zu haben. Bereits ein Jahr nach der Einführung des Elterngeldes machte jeder fünfte anspruchsberechtigte Vater (21 Prozent) davon Gebrauch; danach stieg die Zahl kontinuierlich an und lag 2014 im Bundesdurchschnitt bei über 34 Prozent (**Abbildung 59**). Seitdem ist die Zahl weiterhin gestiegen und liegt im zweiten Quartal 2015 bei 35,7 Prozent.¹¹³

Abbildung 59: Entwicklung der Väterbeteiligung* beim Elterngeld, 2008–2014, in Prozent



* Anteil der geborenen Kinder, deren Väter Elterngeld bezogen haben, nach Geburtszeitraum des Kindes.

** Männeranteil Leistungsbezieher.

Datenbasis: Statistisches Bundesamt (2009–2016): Statistiken zum Elterngeld. Beendete Leistungsbezüge.

Väter, die Elterngeld nutzen, verbringen nachweislich mehr Zeit mit ihren Kindern und entwickeln eine intensive Beziehung zu ihrem Kind. Letzteres trifft auf nahezu alle Väter zu, die das Elterngeld mindestens drei Monate in Anspruch genommen haben. Die Effekte von Elternzeiten der Väter erweisen sich als nachhaltig und wirken auch nach dem Ende der Elternzeit fort: Väter, die nach einer Elternzeit wieder in den Beruf zurückkehren, verbringen im Durchschnitt eine Stunde mehr pro Tag mit ihren Kindern als vor der Elternzeit und teilen sich

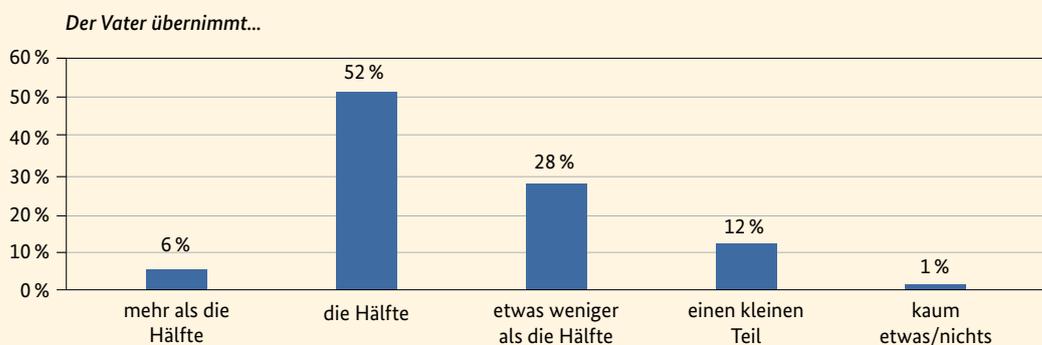
112 Sinus Sociovision (2013): Alleinerziehende in Deutschland: Fakten über einen Familienstand, unveröffentlichte Studie 2013, im Auftrag des BMFSFJ.

113 Statistisches Bundesamt: Väterbeteiligung beim Elterngeld steigt weiter an. Pressemitteilung Nr. 054 vom 15.02.2017.

– noch Jahre später – auch die Familienarbeit mit ihrer Partnerin gleichmäßiger auf. Väter in Elternzeit unterstützen zudem nachweislich den beruflichen Wiedereinstieg ihrer Partnerinnen: So haben Mütter, deren Partner in Elternzeit sind, eine doppelt so hohe Erwerbsquote wie Mütter, deren Partner (gerade) nicht in Elternzeit sind.¹¹⁴

Ein stärkerer Wunsch der Väter nach Übernahme von Kinderbetreuungs- und Familienaufgaben hat sich zu einem gesamtgesellschaftlichen Trend entwickelt. Deutlich über 50 Prozent der Väter würden sich wünschen, die Hälfte bzw. mehr als die Hälfte der Kinderbetreuungsaufgaben zu übernehmen (**Abbildung 60**). Zudem wünschen sich 79 Prozent der Väter mehr Zeit für die Familie; viele möchten dafür beruflich etwas kürzertreten. Mehr als die Hälfte der Väter würde gerne weniger Zeit mit Erwerbsarbeit verbringen.¹¹⁵

Abbildung 60: Väterwünsche zur Aufteilung der Kinderbetreuung



Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach (2015).

In einer Befragung aller Väter mit minderjährigen Kindern sagte etwa ein Drittel, sie wollten gerne in Teilzeit arbeiten.¹¹⁶ Sogar wenn man Väter bittet, in Rechnung zu stellen, dass sich bei einer Veränderung der Arbeitszeiten auch das Einkommen entsprechend ändern würde, will noch knapp jeder fünfte Vater mit Kindern im Vorschulalter gerne seine Arbeitszeit verringern. Dies betrifft vor allem Paare, in denen der Vater in Vollzeit arbeitet und auch die Mutter erwerbstätig ist.¹¹⁷ Väter, die in Vollzeit arbeiten, haben in Deutschland vergleichsweise lange Wochenarbeitszeiten (vgl. OECD 2016) und wollen vor allem Überstunden reduzieren. 2016 sagten 46 Prozent der jungen Väter – und damit bereits doppelt so viele wie 2015 –, sie würden gerne bis zu 20 Prozent ihrer Arbeitszeit reduzieren (vgl. BMFSFJ 2016: 2. Väter-Barometer).

Die Bevölkerung beurteilt die Entwicklungen zur Übernahme von mehr Familienverantwortung durch Väter klar positiv: 82 Prozent der über 16-Jährigen in Deutschland finden es gut, dass immer mehr Väter mithilfe der Partnermonate beim Elterngeld ihre Berufstätigkeit zur Kinderbetreuung unterbrechen oder reduzieren. Nur 8 Prozent begrüßen diese Entwicklung

114 Vgl. BMFSFJ (2016): Väterreport 2016.

115 Väterreport 2016.

116 Forsa (2013): Meinungen und Einstellungen der Väter in Deutschland, Berlin.

117 DIW (2014): Ausgewählte Auswertungen zum Thema: Vereinbarkeit von Beruf und Familie von Paaren mit nicht schulpflichtigen Kindern – unter spezifischer Berücksichtigung der Erwerbskonstellationen beider Partner, Berlin, S. 56 f.

nicht. Von den Eltern mit minderjährigen Kindern begrüßen sogar 89 Prozent die Entwicklung, Mütter fast ausnahmslos (97 Prozent), Väter zu 79 Prozent. Im Jahr 2016 war nur 1 Prozent der zwischen 1973 und 1992 geborenen Personen der Meinung, dass Väter keine Elternzeit nehmen sollten. Dies spricht dafür, dass inzwischen eine gesellschaftliche Norm für Väter entstanden ist, Elternzeit zu nehmen.

4.5 Kinder möchten Zeit mit beiden Elternteilen verbringen

Kinder profitieren von der Zuwendung beider Eltern; diese stärkt die Bindungen und den Zusammenhalt in den Familien. Nachgewiesen ist auch, dass es sich positiv auf die Entwicklung von Kindern auswirkt, wenn Väter sich aktiv an Pflege und Erziehungstätigkeiten beteiligen und wenn es ein intensives Vater-Kind-Verhältnis gibt. Die positiven Effekte umfassen beispielsweise die Entwicklung des Intellekts, des Gedächtnisses, von Problemlösungsstrategien ebenso wie sprachliche Entwicklung, Schulleistungen oder Empathiefähigkeit.

Analog zu Erkenntnissen über die Zeitverwendung und -wünsche von Müttern und Vätern zeigen Untersuchungen, dass Schulkinder unterschiedlich viel Zeit mit ihren Müttern und Vätern zur Verfügung haben und sie sich dies vielfach anders wünschen.¹¹⁸ Während zwei Drittel der Kinder sich zufrieden mit der Zeit zeigen, die ihre Mütter mit ihnen verbringen (64 Prozent), meint dies in Bezug auf den Vater nur ein Drittel der Kinder (34 Prozent). Einen dauerhaften Mangel in der zeitlichen Zuwendung in Bezug auf die Vater-Kind-Zeiten stellen 16 Prozent der Kinder fest, in Bezug auf die Mütter gilt dies nur für 6 Prozent. Entsprechend zeigt sich, dass die Kinder sich gerade für ihre Väter häufiger kürzere Arbeitszeiten wünschen als für ihre Mütter.¹¹⁹

Vor dem Hintergrund der bisherigen Erkenntnisse hat sich eine aktuelle Studie von SowiTra im Auftrag des Bundesfamilienministeriums speziell der Frage angenommen, wie Kinder es erleben, wenn beide Elternteile vollzeitnah erwerbstätig sind und gleich oder ähnlich viel Zeit für die Familie haben.¹²⁰ Die Studie zeigt, dass Kinder es als gerecht empfinden, wenn die Eltern erwerbstätig sind und dabei ähnlich viel arbeiten. Diesem Empfinden der Kinder entspricht auch, dass beide Eltern die Familienaufgaben und die Zeit mit ihnen hälftig aufteilen. Die Mehrheit der Kinder ist mit der aktuellen Arbeitskonstellation der Eltern zufrieden und wünscht sich dies auch für sich selbst in ferner Zukunft. Sie profitieren davon, Mütter und Väter für ihre Aktivitäten jeweils nach Vorliegen auswählen zu können, und erleben ihre Eltern als gleichwertige Bezugs- und Ansprechpersonen mit weniger festen Rollenzuschreibungen.

Außerdem bringt die partnerschaftliche Arbeitskonstellation Vorteile für die Gestaltung der Eltern-Kind-Zeiten. Eine Verkürzung der Arbeitszeitdauer um 10 oder 20 Prozent einer Vollzeitstelle bedeutet für die Schulkinder bereits einen großen Unterschied: Es sind ein bis zwei Stun-

118 Vgl. Andresen/Hurrelmann (2013); Hurrelmann et al. (2014); Prokids (2011).

119 Prokids (2011).

120 BMFSFJ (2017): Partnerschaftliche Arbeitszeiten aus Kinder- und Elternsicht. Monitor Familienforschung, Ausgabe 37. Im Rahmen dieser explorativen Studie wurden qualitative Interviews mit 56 Eltern und 43 Kindern durchgeführt.

den, die zumindest ein Elternteil nachmittags früher nach Hause kommt. Selbst wenn immer nur ein Elternteil nachmittags früher zur Verfügung steht, ist dies für die Kinder ein bedeutsamer Zugewinn an Eltern-Kind-Zeiten zu einem passenden Zeitpunkt im Tagesverlauf. Das macht institutionelle Betreuung oder Vereinsaktivitäten am Nachmittag nicht etwa überflüssig.

Die Kinder wünschen sich, dass ihre Mütter und Väter Anteil an ihren Nachmittagsaktivitäten haben. Die verkürzte Vollzeit trägt dazu bei, dass sie am Nachmittag noch ausreichend Zeit mit ihren Eltern haben und diese bereits etwas entspannter und erholter sind, wenn die Eltern-Kind-Zeiten beginnen. Für die große Mehrheit der Kinder sind somit beide Elternteile gleichermaßen Bezugspersonen.

Für die Kinder und ihren Familienalltag ist nicht nur die Arbeitszeitdauer ihrer Eltern relevant, sondern auch die Qualität der konkreten Arbeitszeiten muss stimmen, sodass verlässliche und qualitativ hochwertige Familienzeiten möglich sind. Einige Kinder formulieren noch Veränderungswünsche hinsichtlich der Länge der Arbeitszeiten, vor allem dann, wenn ein Elternteil (meist der Vater) zu lange Vollzeitarbeitszeiten oder unzuverlässige Arbeitszeiten an einigen Tagen hat. Gerade Kinder, deren Väter aktuell noch etwas länger als die Mütter arbeiten, formulieren den Wunsch nach einer Angleichung der väterlichen Arbeitszeiten „nach unten“, an die kürzeren Arbeitszeiten der Mütter.

4.6 Partnerschaftlich erziehen nach Trennung und Scheidung

Bisher war die empirische Erfassung von Wünschen und Bedürfnissen getrennt lebender Elternteile aufgrund der unzureichenden Datenlage kaum möglich. Vor diesem Hintergrund hat das Bundesfamilienministerium eine umfangreiche repräsentative Befragung beim Institut für Demoskopie Allensbach beauftragt, die erstmals Erkenntnisse über Wünsche und Bedarfe von Eltern im Falle einer Trennung, aber auch die Sichtweise der Bevölkerung auf Trennungseltern erhebt.¹²¹

Hiernach erziehen bereits heute 15 Prozent der Trennungseltern gemeinsam, wobei der Vater wie die Mutter große Teile der Betreuung der Kinder übernehmen. Unter diesen Eltern haben 93 Prozent eher gute bis sehr gute Erfahrungen mit ihrem Betreuungsmodell gemacht. Insgesamt wünschen sich 51 Prozent der Trennungseltern, dass die Kinder die Hälfte der Zeit beziehungsweise annähernd gleichmäßig von beiden Elternteilen betreut werden. Die Bevölkerung ist zu mehr als drei Vierteln der Auffassung, es sei am besten, wenn das Kind auch nach einer Trennung von beiden Eltern betreut wird (77 Prozent).

Dabei geben viele Väter an, einen größeren Anteil an der Kinderbetreuung gegenüber der aktuellen Aufteilung übernehmen zu wollen; zugleich würden viele Mütter mehr Betreuungsaufgaben den Vätern überlassen (**Abbildung 61**). Konkret fänden 48 Prozent der Trennungsväter eine Vergrößerung ihres Anteils an der Betreuung und Versorgung der Kinder ideal; 42 Prozent der Trennungsmütter würden sich hingegen eine Verringerung des eigenen Anteils wünschen.

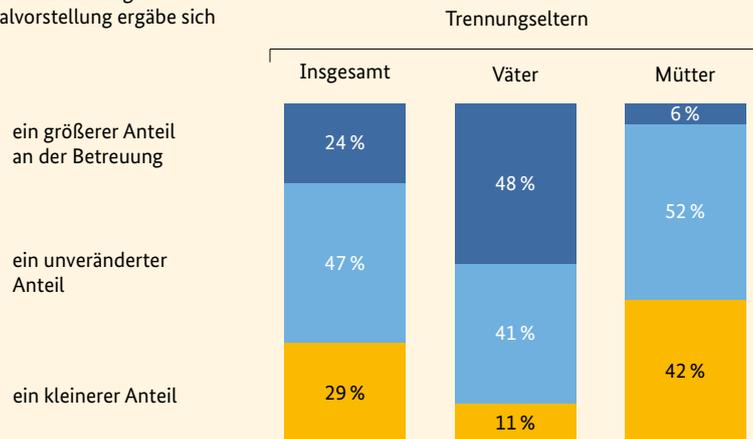
121 BMFSFJ (2017): Getrennt lebende Eltern wollen gemeinsam erziehen. Aktuelle Meldung, Zukunftsgespräch vom 11.07.2017.

Abbildung 61: Wünsche der Trennungseltern zur Betreuung von Kindern

Wünsche zur Betreuung: Viele Väter würden gerne mehr übernehmen, viele Mütter gern mehr den Vätern überlassen

Was die Verwirklichung der Idealvorstellung bei der Betreuung gegenüber der aktuellen Aufteilung bedeuten würde

Bei Verwirklichung der Idealvorstellung ergäbe sich



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Eltern mit minderjährigen Kindern aus früheren Partnerschaften; konkrete Angaben zur realen und idealen Betreuungssituation.

Quelle: Allensbacher Archiv: IfD-Umfrage 7255 (2017).

Wirtschaftliche und rechtliche Rahmenbedingungen spielen für das gemeinsame Erziehen eine wichtige Rolle. Elterngeld(Plus) und Partnerschaftsbonus stehen auch getrennt lebenden Elternteilen zur Verfügung. Dennoch finden 64 Prozent aller Trennungseltern, dass der Staat getrennt lebende Eltern mehr unterstützen sollte; das wünschen sich zu besonders großen Anteilen die Mütter, deutlich mehr noch als die Väter (76 gegenüber 58 Prozent). Nur 17 Prozent finden die staatliche Unterstützung für getrennt lebende Eltern ausreichend, 19 Prozent bleiben unentschieden.

Diejenigen, die sich mehr staatliche Unterstützung wünschen, denken dabei vor allem an mehr finanzielle Unterstützung (68 Prozent) und an eine stärkere steuerliche Berücksichtigung von Kosten, die getrennt Erziehenden entstehen (60 Prozent). Aber auch psychologische Beratung und Unterstützung für Trennungskinder (41 Prozent) und Beratung der Eltern, wie man die Trennungssituation am einfachsten für das Kind macht (40 Prozent), wären für viele attraktiv (**Abbildung 62**). Gerade Väter wünschen sich häufig auch, dass ihr Betreuungsanteil im Unterhaltsrecht Berücksichtigung findet.

Abbildung 62: Gewünschte Unterstützung von Trennungseltern

Welche Unterstützung benötigt würde

Trennungseltern, die sich mehr Unterstützung wünschen

Diese Unterstützung fände ich wichtig:

Finanzielle Unterstützung	68 %
Steuerliche Berücksichtigung von Kosten, die getrennt Erziehenden entstehen	60 %
Psychologische Beratung und Unterstützung speziell für Trennungskinder	41 %
Beratung, wie man die Trennungssituation am einfachsten für das Kind macht	40 %
Bevorzugung bei der Vergabe von Betreuungsplätzen	40 %
Rechtliche Beratung	35 %
Beratung, wie man auch als getrenntes Paar das Kind gemeinsam erziehen kann	27 %
Bessere rechtliche Bedingungen für getrennt erziehende Eltern, z. B. dass das Kind bei beiden Eltern seinen Erstwohnsitz haben	25 %
Unterhaltsminderung für unterhaltspflichtige Elternteile, wenn sie sich zu beträchtlichen Teilen an der Kinderbetreuung beteiligen	20 %

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Eltern mit minderjährigen Kindern aus früheren Partnerschaften; konkrete Angaben zur realen und idealen Betreuungssituation.

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 7255 (2017).

Auffällig ist auch, dass mehr als die Hälfte (56 Prozent) der Trennungseltern der Auffassung ist, der Staat erkenne ihre Lebenssituation und das, was sie leisten, zu wenig an. Für Familienleistungen der Zukunft wird es wichtig bleiben, die Lebenswirklichkeiten dieser Familien im Blick zu behalten und die gesellschaftlichen und gesetzlichen Rahmenbedingungen für gelebte Partnerschaft auch nach der Trennung weiter auszubauen.

4.7 Vom ElterngeldPlus zur Familienarbeitszeit mit Familiengeld

Partnerschaftliche Arbeitszeitkonstellationen mit vollzeitnaher Erwerbstätigkeit beider Partner, wie sie sich viele junge Eltern wünschen, unterstützen eine gleichmäßige Zeitverteilung für Familie. Das befördert eine enge Bindung der Kinder an beide Elternteile und unterstützt zugleich die finanzielle Absicherung beider Elternteile, insbesondere der Mütter. Mit ihren durchschnittlich 25 Wochenstunden Erwerbstätigkeit gelingt es derzeit nur 28 Prozent der Mütter mit Kindern zwischen einem und vier Jahren, ein Einkommen oberhalb des Grundsicherungsniveaus zu erwirtschaften – jedoch 83 Prozent der Väter mit Kindern im selben Alter. Eine Reduzierung der Arbeitszeit durch den Vater kommt für viele Familien nicht infrage, weil dann nicht genug Einkommen verdient wird.¹²²

122 IfD Allensbach (2015): Weichenstellungen.

Hier setzt die Idee einer Familienarbeitszeit mit einem Familiengeld an. Um Eltern jüngerer Kinder darin zu unterstützen, die Zeit untereinander so aufzuteilen, dass beide Eltern gleich viel Zuwendungszeit für das Kind haben, ihre Chancen im Beruf ergreifen und ihre Existenzen auf Dauer sichern können – wie sie es sich wünschen, ist eine Familienarbeitszeit mit einem Familiengeld in Planung – auch für Allein- und getrennt Erziehende. Sie soll Eltern darin bestärken, dass Mütter und Väter Beruf und Familie gleichermaßen leben können – wie sie es sich wünschen, Einkommensperspektiven, Armuts- und Altersvorsorge für Mütter verbessern und Familien die notwendige Zeit geben, die sie füreinander brauchen.

Das vom Bundesfamilienministerium 2016 vorgestellte Konzept einer Familienarbeitszeit mit einem Familiengeld für Kinder ist bereits beliebt: Gerade bei der Zielgruppe – Eltern mit Kindern unter acht Jahren – ist die Zustimmung überdurchschnittlich groß: Hier stufen es 63 Prozent als gute Sache ein, von den Müttern 71 Prozent. Die stärkste Zustimmung kommt von den Eltern von morgen: Unter den Kinderlosen mit Kinderwunsch bewerten 75 Prozent das Familiengeld als gute Sache.¹²³

4.8 Partnerschaftlichkeit im internationalen Vergleich

Die internationale Perspektive zeigt: Die Lage der Familien, ihre Probleme, Herausforderungen und Wünsche sind in vielen Ländern sehr ähnlich. Partnerschaftlichkeit ist in vielen Ländern ein zentraler gesellschaftlicher Trend. In ihrem Bericht „Dare to Share – Deutschlands Weg zur Partnerschaftlichkeit in Familie und Beruf“ stellt die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) die Bedingungen einer guten Vereinbarkeit von Beruf und Familie und die tatsächliche Aufgabenteilung von Eltern in einen internationalen Vergleich.¹²⁴

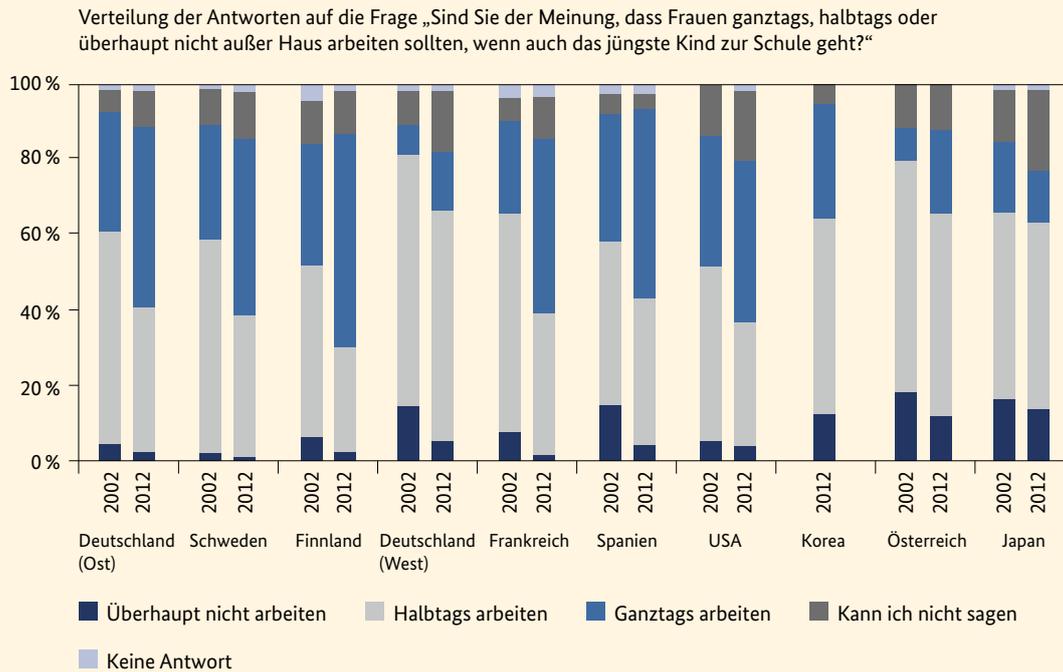
Die Studie zeigt, dass sich ein wachsender Teil der Bevölkerung in vielen Ländern wünscht, dass Mütter und Väter Beruf und Familienleben partnerschaftlicher aufteilen. Das zeigt sich u. a. darin, dass das klassische Alleinverdiener-Modell in der Bevölkerung immer mehr an Zustimmung verloren hat: Wie in Deutschland ist auch in Ländern wie Schweden, Finnland, Frankreich, Spanien oder Österreich der Anteil der Personen deutlich zurückgegangen, die denken, dass Mütter nicht arbeiten sollten (**Abbildung 63**). In Finnland, Frankreich oder Schweden finden heute nur noch maximal 2 Prozent, dass Mütter von Schulkindern nicht erwerbstätig sein sollten. Ähnlich gering ist der Anteil in Ostdeutschland, in Westdeutschland sind es noch knapp 6 Prozent.¹²⁵

123 Allensbach, August 2016.

124 OECD (2017): Dare to Share – Deutschlands Weg zur Partnerschaftlichkeit in Familie und Beruf, OECD Publishing, Paris.

125 OECD (2017): Dare to Share – Deutschlands Weg zur Partnerschaftlichkeit in Familie und Beruf, OECD Publishing, Paris, S. 64.

Abbildung 63: Einstellungen zur Berufstätigkeit von Müttern im internationalen Vergleich



Quelle: OECD (2017).

Gleichzeitig wünschen sich Eltern in vielen europäischen Ländern, dass ihre Partner weniger arbeiten und mehr Zeit mit der Familie verbringen. Dabei zeigt sich, dass sich insbesondere Mütter aus Deutschland eine deutliche Reduzierung der Arbeitszeiten ihrer Partner um fast sechs Stunden pro Woche wünschen. Aber auch Mütter aus den Niederlanden, Frankreich, Schweden oder Finnland wünschen sich, dass ihre Partner die Arbeitszeiten durchschnittlich um vier Stunden oder mehr reduzieren.¹²⁶

Insgesamt bescheinigt die OECD-Studie Deutschland große Fortschritte bei der Unterstützung erwerbstätiger Eltern und eine vorbildliche Rolle bei der Förderung einer partnerschaftlichen Aufgabenteilung zwischen Müttern und Vätern. Mit dem Ausbau der Kinderbetreuungsinfrastruktur und den Partnermonaten sowie der Partnerkomponente im ElterngeldPlus sind wichtige Weichen für mehr Partnerschaftlichkeit gestellt. Die öffentlichen Ausgaben für kleine Kinder haben sich dem schwedischen Niveau angenähert. Insbesondere für Kinder unter drei Jahren stehen deutlich mehr außerfamiliäre Betreuungsangebote zur Verfügung. Bezahlbare frühe Kinderbetreuung und adäquate außerschulische Betreuungsangebote sind wichtig für erwerbstätige Eltern. Es ist effizient, Bildung und Betreuung kontinuierlich durch öffentliche Mittel zu fördern. Insbesondere Investitionen in frühe Bildung weisen hohe Renditen auf. Auf diese Weise lassen sich soziale Folgekosten vermeiden.

¹²⁶ OECD (2017): Dare to Share – Deutschlands Weg zur Partnerschaftlichkeit in Familie und Beruf, OECD Publishing, Paris, S. 63.

Die exklusiv für Väter reservierten Zeiten bei Elterngeld und Elternzeit ermutigen junge Eltern, sich die Aufgaben (weiterhin) partnerschaftlich zu teilen. Die Reformen des Elterngelds 2007 und ElterngeldPlus im Jahr 2014 standen im Einklang mit international bewährten Praktiken („best practice“) und stellten einen bedeutenden Schritt in Richtung einer ausgewogeneren Aufteilung von Erwerbsarbeit und unbezahlter Arbeit zwischen Frauen und Männern dar. Von einer Familienarbeitszeit können positive Effekte für Mütter und Väter ausgehen. Die OECD geht bei der Familienarbeitszeit von einem Nutzerpotenzial von 1,7 Millionen Personen (oder 4,3 Prozent aller Erwerbstätigen) aus. Auswirkungen auf das Arbeitsangebot seien vernachlässigbar.

Wie Eltern sich Familien- und Erwerbsarbeiten aufteilen, hängt auch davon ab, welche Rahmenbedingungen sie bei den Arbeitgebern vorfinden. Der internationale Vergleich zeigt, dass Unternehmen in Deutschland zu großen Teilen familienfreundliche Ansätze etabliert haben. Deutschland zählt neben Dänemark, Finnland, Österreich und Schweden zu den fünf Ländern, in denen die meisten Unternehmen flexible Arbeitszeitregelungen anbieten. Über 90 Prozent bieten den Ergebnissen der OECD zufolge Gleitzeit und/oder Arbeitszeitkonten an.¹²⁷

¹²⁷ OECD (2017): Dare to Share – Deutschlands Weg zur Partnerschaftlichkeit in Familie und Beruf, OECD Publishing, Paris, S. 118.

V.

NEUE Vereinbarkeit – Familienfreundlichkeit in der Unternehmenskultur

5.1 Hintergrund

Beim Thema Vereinbarkeit geht es heute um mehr, als dass Mütter ihren Beruf mit der Betreuung eines Kindes unter einen Hut bringen. Vor dem Hintergrund zunehmend heterogener Lebensentwürfe, dem Wertewandel bei der jüngeren Generation und dem gleichzeitigen Fachkräftebedarf in der Wirtschaft sind innovative Modelle für alle notwendig, die zur vielfältigen Lebensrealität von Familien gehören: Frauen und Männer als Eltern, Alleinerziehende, getrennt Lebende oder Pflegendе. Eine lebensphasenorientierte Arbeitszeitgestaltung ist der Schlüssel für eine zukunftsgerichtete Familien- und Arbeitsmarktpolitik, die zur Fachkräftesicherung beiträgt. Diese NEUE Vereinbarkeit zielt auf die Modernisierung der Arbeitskultur hin zu einer familienbewussten Arbeitszeitgestaltung für Frauen und Männer in verschiedenen Lebensphasen, die Beschäftigten mehr Optionen bei der Arbeits- und Lebensgestaltung gibt und eine partnerschaftliche Aufgabenteilung ermöglicht. Dabei kommt es darauf an, die Wünsche der Beschäftigten mit den betrieblichen Erfordernissen in Einklang zu bringen.

Auf die neuen Herausforderungen haben Politik, Wirtschaft und Gesellschaft reagiert und erste wichtige Weichen gestellt. Mit der gemeinsamen Erarbeitung des Memorandums „Familie und Arbeitswelt – die NEUE Vereinbarkeit“ gelang im Herbst 2015 ein Qualitätssprung in der Vereinbarkeitsdebatte. Betont wird das gleichwertige Nebeneinander von beruflichen und familiären Aufgaben. Das Bundesfamilienministerium verständigte sich mit BDA, DIHK und ZDH und dem DGB auf zehn Leitsätze für eine NEUE Vereinbarkeit: Dabei steht die Modernisierung der Arbeitskultur hin zu einer familienbewussten Arbeitszeitgestaltung im Fokus. In vielfältigen Projekten haben seither alle Partner dazu beigetragen, eine familienfreundliche Unternehmens- und Führungskultur zum vielerorts festen Bestandteil der Personalpolitik zu machen.

5.2 Unternehmensprogramm/ Wettbewerb

Bereits seit 2006 setzt sich das Bundesfamilienministerium gemeinsam mit den Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft (BDA, DIHK, ZDH) und dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) im Rahmen des Unternehmensprogramms „Erfolgsfaktor Familie“ für eine familienfreundliche Arbeitswelt ein. In einem nachhaltigen und systematischen Prozess machen die Partner seither die positiven Effekte einer familienfreundlichen Personalpolitik für Unternehmen und Beschäftigte in vielfältigen Projekten und Aktivitäten erfolgreich zum Thema.

Im Rahmen des Programms werden Unternehmen Best-Practice-Beispiele, Kosten-Nutzen-Aufstellungen sowie praxisorientierte Leitfäden zu personalpolitischen Themen wie Wiedereinstieg nach der Elternzeit, Umsetzung flexibler Arbeitszeitmodelle oder Vereinbarkeit von Beruf und Pflege zur Verfügung gestellt. Mit zahlreichen Fachveranstaltungen und Publikationen in Kooperation mit den Partnern wurden die ökonomischen und gesellschaftlichen Vorteile einer familienbewussten Unternehmenskultur im öffentlichen Bewusstsein verankert. Das Programm hat nachweislich einen Beitrag dazu geleistet, dass Familienfreundlichkeit heute in der deutschen Wirtschaft als strategisch wichtiges personalpolitisches Thema bewertet wird.

Mit dem ersten „Wirtschaftstag Familie“ wurde am 28.06.2016 ein weiterer Meilenstein der Zusammenarbeit erreicht. Mit rund 400 Gästen aus Unternehmen, Politik, Gewerkschaften und Verbänden wurde ein gemeinsamer Blick auf Fortschritte und Handlungsfelder der Zukunft geworfen und innovative Lösungen diskutiert: eine väterfreundliche Personalpolitik, Vereinbarkeitschancen in der digitalen Arbeitswelt und Kooperationsmodelle von Unternehmen mit Partnerinnen und Partnern vor Ort.

Als herausragende Praxisbeispiele NEUER Vereinbarkeit von Familie und Beruf wurden die Gewinner des Unternehmenswettbewerbs „Erfolgsfaktor Familie 2016“ prämiert. Vorbildliche Vereinbarkeitsunternehmen sind groß, mittel oder klein und in allen denkbaren Branchen aktiv. Die Praxis der teilnehmenden Unternehmen zeigt, wie mithilfe einer modernen Personalpolitik Vereinbarkeit in Unternehmen aller Größen und Branchen gelingen kann. Beispiele sind:

- Das Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf (UKE) setzt mit einer auf den Schichtdienst abgestimmten Betriebskita, rund 250 Arbeitszeitmodellen und einem stationsübergreifenden Vertretungspool für Pflegekräfte Maßstäbe für die familienbewusste Arbeitsorganisation in Krankenhäusern.
- Der Stuttgarter Kabelhersteller U.I. Lapp GmbH unterstützt als mittelständischer Familienbetrieb seine Beschäftigten mit einer innovativen Schichttauschbörse, einer Beratungswerkstatt für pflegende Angehörige und Jobsharing-Modellen für Führungskräfte.
- Beim Fertighausbauer FingerHaus GmbH können Väter auf Montage eine Vier-Tage-Woche nutzen und werden heimatnah eingesetzt.

Den Wettbewerb 2016 zeichnet nach Ansicht aller involvierten Expertinnen und Experten aus, dass die Qualität bei der Umsetzung der Vereinbarkeitsmaßnahmen gegenüber den Vorjahren nochmals deutlich gestiegen ist. Die sechs Siegerunternehmen mit ihren Konzepten und Ansätzen sind Vorbilder und Ideengeber für andere, die Vereinbarkeit konkret umsetzen und im Unternehmen erlebbar machen möchten.

5.3 Unternehmensnetzwerk „Erfolgsfaktor Familie“

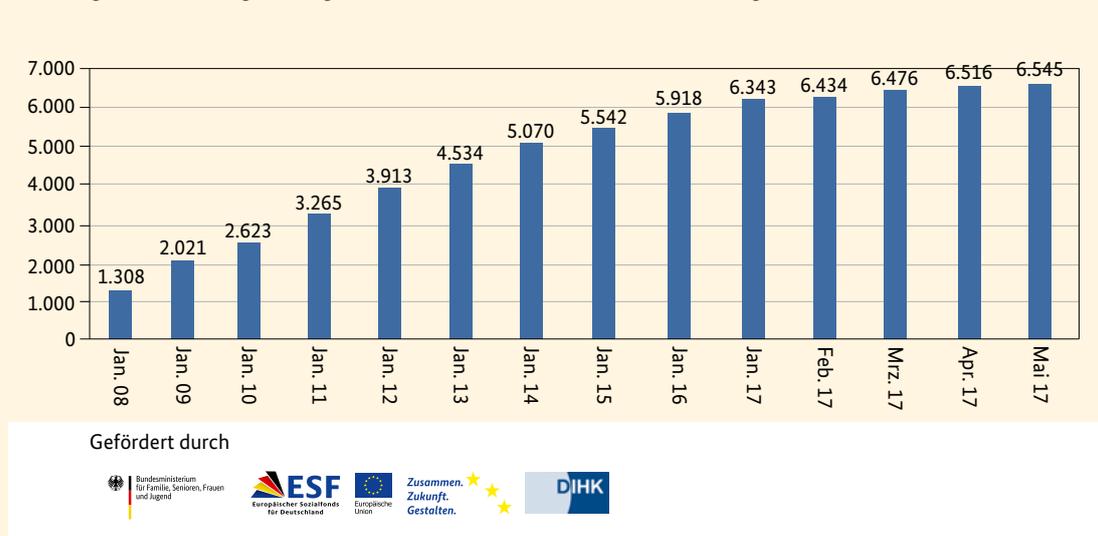
Das zugehörige Unternehmensnetzwerk „Erfolgsfaktor Familie“ – das 2006 durch das Bundesfamilienministerium und den Deutschen Industrie- und Handelskammertag ins Leben gerufen wurde – ist mittlerweile bundesweit die größte Kontakt- und Wissensplattform für Arbeit-

geber rund um das Thema Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Es bietet seinen derzeit rund 6.550 Mitgliedern (**Abbildung 64**) und allen Interessenten kostenfrei aktuelle Informationen zu Themen familienbewusster Personalpolitik an. Diese sind zum Beispiel die NEUE, also partnerschaftliche Vereinbarkeit, familienfreundliche Arbeitszeitmodelle, betrieblich unterstützte Kinderbetreuung, Vereinbarkeit von Beruf und Pflege von Angehörigen sowie interne und externe Kommunikation der entsprechenden Unternehmenskultur.

Das Netzwerkbüro veröffentlicht regelmäßig Best-Practice-Beispiele und vermittelt pro Jahr auf über 70 Workshops, Seminaren oder Vorträgen bei Veranstaltungen Strategien, wie familienfreundliche Maßnahmen praktisch umgesetzt werden können. Mit diesen Angeboten hat das Unternehmensnetzwerk in den Jahren 2015 und 2016 fast 12.000 Akteure aus der Wirtschaft erreicht. Spezifische Publikationen in Kooperation mit Branchenverbänden, z. B. für Gastronomie, Pflegeeinrichtungen, das Kreditgewerbe oder das Handwerk, stellen die Besonderheiten der Branche und die Umsetzung familienbewusster Maßnahmen an konkreten Beispielen vor.

Auf den jährlich stattfindenden zentralen Großveranstaltungen „Unternehmenstag“ und „Multiplikatorenveranstaltung“ sind alle Netzwerkmitglieder dazu eingeladen, sich persönlich mit Vertreterinnen und Vertretern aus Wirtschaft und Politik über aktuelle Entwicklungen und Trends bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Deutschland auszutauschen.

Abbildung 64: Entwicklung der Mitgliederzahlen im Unternehmensnetzwerk „Erfolgsfaktor Familie“ seit 2007



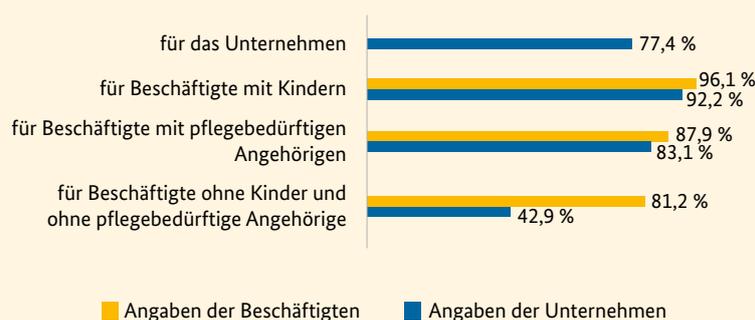
Quelle: Netzwerkbüro „Erfolgsfaktor Familie“.

5.4 Bestandsaufnahme I: Wo stehen die Unternehmen?

Betrachtet man die Angebote, sind die Unternehmen in Deutschland in den vergangenen Jahren deutlich familienfreundlicher geworden.¹²⁸ Rund acht von zehn Unternehmen betonen die Wichtigkeit einer vereinbarkeitsbewussten Personalpolitik (**Abbildung 65**). Sie sehen darin ein zentrales strategisches Instrument, um Beschäftigte für sich zu gewinnen oder im Unternehmen zu halten sowie die Motivation und Zufriedenheit am Arbeitsplatz zu steigern. Längst ist eine Win-win-Situation entstanden, denn die Belegschaften wünschen sich Veränderungen genau in diese Richtung. Dass die Zustimmungsquoten der Beschäftigten noch höher liegen als die des Managements, sollte als Aufforderung verstanden werden: Die Möglichkeiten sind noch nicht ausgeschöpft, das Notwendige noch nicht überall erreicht. Vor allem unterschätzen die Personalverantwortlichen die Bedeutung familienfreundlicher Angebote für Beschäftigte (noch) ohne Kinder oder (noch) ohne pflegebedürftige Angehörige – nur 43 Prozent sehen eine Notwendigkeit, als Unternehmen aktiv zu werden, während 81 Prozent der Beschäftigten auch hier ein betriebliches Engagement als wichtig erachten.

Abbildung 65: Der Stellenwert von Familienfreundlichkeit

Aussage: „Familienfreundliche Maßnahmen in Unternehmen sind wichtig/eher wichtig“; Zustimmung in Prozent



Quelle: Unternehmensmonitor Familienfreundlichkeit 2016, IW Köln, i. A. BMFSFJ.

Die Befragung von Unternehmensverantwortlichen und Beschäftigten dokumentiert auch, dass noch Handlungsbedarf beim Thema Unternehmenskultur besteht. Erst wenn Motive und Leitlinien von Geschäftsführungen nicht nur verkündet, sondern auch im Betriebsalltag gelebt werden, stellen sich die positiven Effekte einer gelungenen Vereinbarkeit voll ein. Im Moment klafft offenbar noch oft eine Lücke zwischen dem Selbstbild der Unternehmensleitung und der Wahrnehmung durch die Belegschaft. Während rund 89 Prozent des Managements sagen, dass gleiche Entwicklungs- und Aufstiegschancen für Beschäftigte mit und ohne Familienpflichten bestehen, stimmen dem auf Beschäftigtenseite nur 68 Prozent zu. Die Differenz von gut 20 Prozentpunkten ist ein Beleg dafür, dass der Kulturwandel noch nicht überall vollzogen ist.

Eine Schlüsselrolle kommt den Führungskräften zu, um die gewünschte und die erlebte Vereinbarkeitskultur im Unternehmen in Einklang zu bringen. Die Befragungsdaten zeigen: Das Verhalten der Vorgesetzten entfaltet Signalkraft. Wer als Führungskraft die Beschäftigten

128 BMFSFJ (2016): Unternehmensmonitor Familienfreundlichkeit.

bestärkt, Vereinbarkeitsangebote anzunehmen, erzeugt eine positive Grundstimmung. Die Beschäftigten nehmen ein Unternehmen in verschiedenen Dimensionen von Vereinbarkeit um bis zu 60 Prozentpunkte familienfreundlicher wahr, wenn das Management als Förderer und Unterstützer der Sache agiert. Ein weiterer Befund: Wo männliche Führungskräfte selbst Vereinbarkeitsangebote in Anspruch nehmen, also zum Beispiel selbst in Elternzeit gehen, ist der Anteil der männlichen Beschäftigten, die dem Vorgesetzten folgen, fünfmal so hoch wie in Unternehmen, in denen das Führungspersonal nicht als Vorbild fungiert.

Hieraus ergibt sich eine klare Handlungsempfehlung für Unternehmen, die ihre Vereinbarkeitskultur weiterentwickeln wollen: Sie müssen ihre Führungskräfte für das Thema Vereinbarkeit sensibilisieren und dazu befähigen, familienbewusst zu führen. Der Aufwand lohnt sich: Wenn Vereinbarkeit als Führungsaufgabe verstanden wird, liegt der Anteil zufriedener Beschäftigter bei eindrucksvollen 95 Prozent.

5.5 Bestandsaufnahme II: Die NEUE Vereinbarkeit rechnet sich

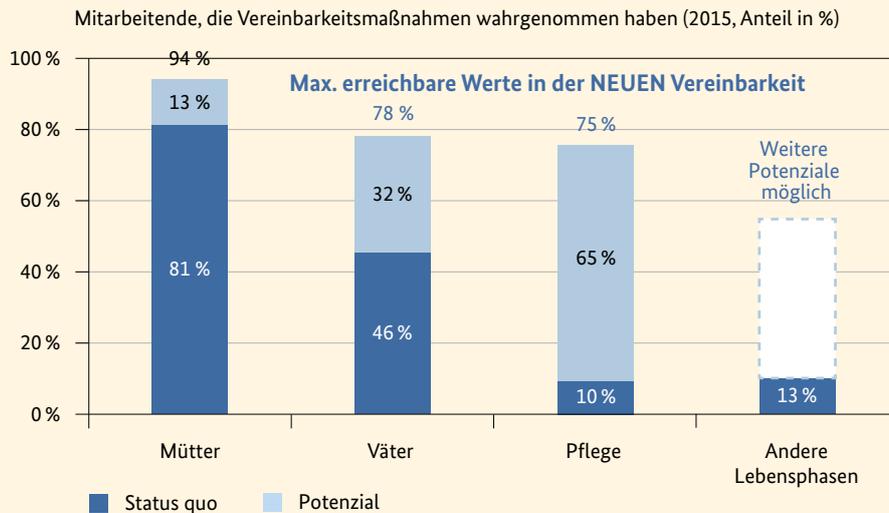
Wenn Unternehmen in die NEUE Vereinbarkeit investieren, rechnet sich das für sie betriebswirtschaftlich. Das belegt die Studie „Renditepotenziale der NEUEN Vereinbarkeit“.¹²⁹ Sie stellt die Vorteile einer modernen familienbewussten Personalpolitik für die Unternehmen dar und liefert Daten zur Abschätzung einer „Vereinbarkeitsrendite“: der Rendite auf Investitionen in familienfreundliche Maßnahmen.

Bereits heute lassen sich mit etablierten Angeboten der „klassischen“ Vereinbarkeit wie festen Teilzeitmodellen, Homeoffice oder Kinderbetreuungsangeboten positive Renditen bis zu 25 Prozent erzielen. Effekte ergeben sich zum Beispiel durch die Reduktion von Fehlzeiten sowie durch schnellere Rückkehr in den Beruf nach einer familienbedingten Auszeit.

Durch die Umsetzung der NEUEN Vereinbarkeit in den Unternehmen lassen sich die Renditen von familienfreundlichen Investitionen auf bis zu 40 Prozent erhöhen, in dem neben der klassischen Zielgruppe der Mütter das Potenzial weiterer Zielgruppen wie Väter und Beschäftigte mit pflegebedürftigen Angehörigen ausgeschöpft wird. Durch gezielte Kommunikation und bedarfsorientierte Angebote wird ein breiterer Nutzerkreis dazu animiert, Vereinbarkeitsmaßnahmen wahrzunehmen, und so das betriebswirtschaftliche Potenzial der Angebote erhöht.

129 BMFSFJ (2016): Renditepotenziale der NEUEN Vereinbarkeit.

Abbildung 66: Ungenutzte Potenziale der Vereinbarkeit, 2015, in Prozent



- **Mütter** sind die traditionelle Zielgruppe und werden bereits angesprochen.
- Die NEUE Vereinbarkeit adressiert **Väter** wie auch Mütter – jedoch nutzt bisher nur jeder zweite Vater Vereinbarkeitsmaßnahmen.
- Bewusstsein für die Bedürfnisse von **Pflegenden und weiteren Zielgruppen** besteht bereits – das **ungenutzte Potenzial** zeigt jedoch Adjustierungsbedarf.

Quelle: Studie „Renditepotenziale der NEUEN Vereinbarkeit“, Roland Berger GmbH, i. A. BMFSFJ (2016).

Die NEUE Vereinbarkeit äußert sich weniger in einer Bandbreite neuer Maßnahmen als vielmehr in einer neuen Qualität der Maßnahmen: Sie müssen bedarfsgerecht auf die Wünsche der Beschäftigten zugeschnitten und individuell gestaltbar sein. Neue Flexibilität und Mobilität in der Arbeitsgestaltung ermöglicht es, die Chancen der Digitalisierung zu nutzen. Vereinbarkeit muss auch in der Unternehmenskultur fest verankert sein und Führungskräfte sollten als aktive Vorbilder für Vereinbarkeit handeln.

5.6 Bestandsaufnahme III: Arbeitszeitwünsche und Arbeitszeitrealitäten

Immer mehr Eltern wünschen sich eine partnerschaftliche Vereinbarkeit. Ob die Aufgabenteilung zwischen Familie und Beruf gelingt, hängt aber auch in hohem Maße vom jeweiligen Arbeitgeber ab: Die Betriebe haben einen wesentlichen Einfluss darauf, ob sich Mütter und Väter mit kleinen Kindern die Aufgaben in Familie und Beruf partnerschaftlich aufteilen können – oder nicht. Für die Arbeitsteilung in Familien spielen angebotene Arbeitszeitmodellen, ihre Nutzungsmöglichkeiten und die beruflichen Entwicklungsperspektiven beider Elternteile eine wichtige Rolle.¹³⁰

¹³⁰ Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (2016): Warum nicht fifty-fifty? Betriebliche Rahmenbedingungen der Aufteilung von Erwerbs- und Fürsorgearbeit in Paarfamilien.

Eine solche partnerschaftliche Vereinbarkeit ist dann eher möglich, wenn Eltern in Betrieben arbeiten, die Familienfreundlichkeit mit Gleichstellungszielen verbinden und in denen Frauen wie Männer Voll- und Teilzeitmodelle ohne Karrierenachteile flexibel nutzen können. Derzeit arbeiten rund 20 Prozent der Eltern kleiner Kinder in Deutschland in solchen Betrieben. Dieser Betriebstypus findet sich bei Beschäftigten aller Qualifikationsniveaus und in allen Wirtschaftszweigen wieder: Auch wenn es in den Branchen unterschiedliche Herausforderungen gibt, kommt es vor allem auf den betrieblichen Gestaltungswillen an.

Abbildung 67: Unternehmenstypen

EINE UMFASSENDE VEREINBARKEITSKULTUR LEBEN NOCH ZU WENIGE UNTERNEHMEN

Unternehmenstyp	Familienorientierung	Modernes Männerbild	Vorbild Führungskraft	Chancengleichheit beruflicher Aufstieg	Hier arbeiten ...
Progressiv	■	■	■	■	23 % Mütter 16 % Väter
Modern	■	■	■	■	26 % Mütter 21 % Väter
Beruf vor Privat	■	■	■	■	18 % Mütter 17 % Väter
Egalitär-vollzeitorientiert	■	■	■	■	15 % Mütter 21 % Väter
Traditionell	■	■	■	■	19 % Mütter 26 % Väter

■ sehr hoch
■ hoch
■ teilweise
■ gering
■ sehr gering

Addition auf über 100 % durch Rundungen.

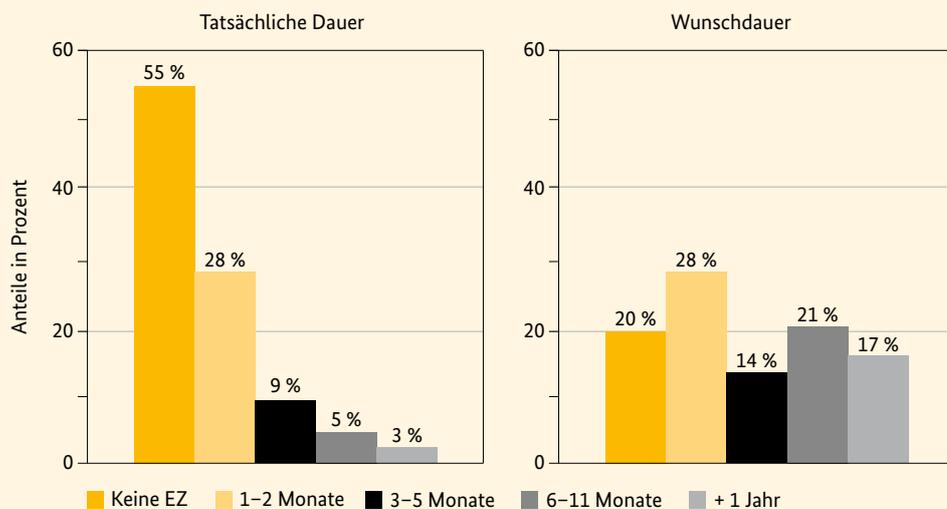
Quelle: WZB (2016).

Entscheidend für gute Vereinbarkeitsbedingungen in den Betrieben sind eine familienfreundliche und an Chancengleichheit orientierte Unternehmenskultur, innovative Lösungen und die Führungskräfte. Wichtig sind dabei eine angepasste Personalausstattung und Vertretungsregelungen. Idealerweise haben diese Bedingungen allgemeingültigen Charakter für alle Beschäftigten.

5.7 Bestandsaufnahme IV: Väter als Treiber der Veränderungen in der Arbeitswelt

Insbesondere Väter sind unzufrieden mit ihren derzeitigen Arbeitszeiten und wünschen sich im Durchschnitt eine Wochenarbeitszeit von 35 Stunden – gäbe es ein Rückkehrrecht auf Vollzeit, liegt diese Wunscharbeitszeit noch etwas niedriger. Auch beim Thema Elternzeit klaffen gerade bei Vätern Wunsch und Wirklichkeit weit auseinander: Während 83 Prozent keine oder höchstens zwei Monate Elternzeit genommen haben, hätte sich mehr als die Hälfte (52 Prozent) mindestens drei Monate Elternzeit gewünscht (**Abbildung 68**).

Abbildung 68: Tatsächliche und gewünschte Elternzeitdauer von Vätern mit Kindern, die 2007 oder später geboren sind



Anmerkung: Das Analysesample umfasst Eltern, deren jüngstes Kind im Jahr 2007 oder später geboren ist und von denen zumindest ein Partner einer abhängigen Beschäftigung nachgeht. Eingeschlossen sind sowohl Eltern, die für ihr jüngstes Kind Elternzeit genommen haben, die zum Zeitpunkt der Befragung in Elternzeit oder Mutterschutz sind, die keine Elternzeit genommen haben oder nehmen möchten, als auch Eltern, die planen, für ihr jüngstes Kind Elternzeit zu beanspruchen. Diese Samplezusammensetzung erklärt Unterschiede zu anderen Statistiken.

Quelle: Telefonische Paarbefragung; N (tatsächliche Dauer) = 613; N (Wunschkategorie) = 603, gewichtete Daten, WZB (2016).

Auch in den Betrieben hat das Thema Väter in den vergangenen Jahren deutlich Aufwind bekommen.¹³¹ Über 80 Prozent der Personalverantwortlichen haben die Erfahrung gemacht, dass Väter heute verstärkt flexible Arbeitswünsche umtreiben. Die Personalverantwortlichen erwarten, dass zukünftig noch mehr Väter Angebote zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Anspruch nehmen möchten. Mit einer „väterfreundlichen Personalpolitik“ verbinden die befragten Personalverantwortlichen dabei ganz überwiegend betriebswirtschaftliche Vorteile: Sie erwarten eine höhere Produktivität und eine höhere Attraktivität ihrer Unternehmen für männliche Fachkräfte. Die meisten Unternehmen (69 Prozent) haben zwar bereits familienfreundliche Maßnahmen im Angebot, sehen aber häufig selbst noch Bedarf. Rund zwei Drittel der Unternehmen haben sich auf den Weg gemacht, ihren Vätern zukünftig vermehrt „individuelle, flexible und mobile Arbeitsmodelle“ anbieten zu können.¹³²

131 Dies zeigen auch die Väterstudien der Commerzbank 2007 und 2015, die sich mit Bedarfen der Väter sowie Herausforderungen und Lösungsansätzen in der betrieblichen Väterpolitik befassen. Commerzbank (2015): Väter bei der Commerzbank. Ein Kulturwandel entsteht, Frankfurt.

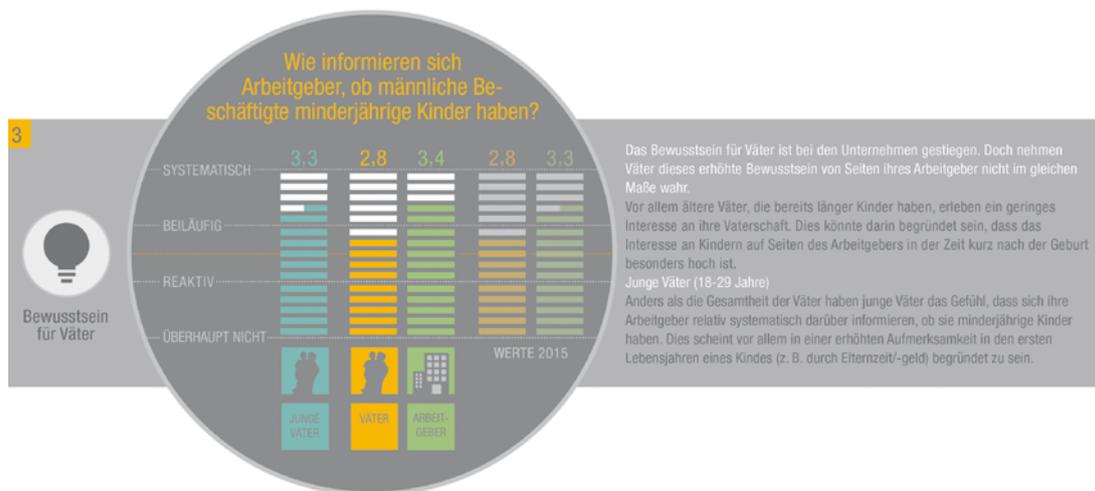
132 Erfolgsfaktor Familie (2014): Einschätzung von Personalverantwortlichen zur Väterorientierung in deutschen Unternehmen. Zentrale Ergebnisse einer Befragung zur strategischen Bedeutung und Entwicklungstrends der Väterförderung, Berlin. Basis: gemeinsame Onlinebefragung des Bundesverbands der Personalmanager (BPM) und des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend von 1.737 Personalverantwortlichen aus Unternehmen verschiedener Branchen und aller Größen.

Dass beim Thema Väter im Betrieb viel in Bewegung ist, belegen die Ergebnisse des Väter-Barometers. Im Rahmen des 1. Väter-Barometers¹³³ wurden im Jahr 2015 Personalverantwortliche dazu befragt, wie akzeptiert ein vermehrtes familiäres Engagement von Vätern in ihren Unternehmen ist, auch wenn dies ein zeitlich reduziertes berufliches Engagement bedeutet. Dabei zeigt sich, dass Personalverantwortliche die Unternehmenskultur väterfreundlicher einschätzen als die Väter selbst. Viele Väter finden, dass Arbeitgeber vermehrtes familiäres Engagement nur teilweise akzeptieren.

Das 2. Väter-Barometer¹³⁴ 2016 belegt die bemerkenswerte Entwicklung: Gerade bei jungen Vätern zwischen 18 und 29 Jahren ist der Wunsch nach einer möglichen Arbeitszeitreduzierung zugunsten der Familie stark gestiegen: Sieben von zehn Befragten interessieren sich dafür. Insbesondere der Wunsch nach vollzeitnaher Teilzeit ist in dieser Altersgruppe ausgeprägt. Der Anteil der jungen Väter, die ihre Arbeitszeit um bis zu 20 Prozent reduzieren wollen, hat sich gegenüber 2015 auf 46 Prozent verdoppelt.

Zudem empfinden junge Väter die Kultur in ihren Unternehmen als väterfreundlicher als die Gesamtheit der Väter (**Abbildung 69**). Sie nehmen sowohl ein stärkeres systematisches Interesse der Arbeitgeber an ihnen und ihrer Rolle als Väter wahr und fühlen sich auch durch die Kommunikation der Unternehmen besser angesprochen als die Gesamtheit der Väter. Dies ist ein Hinweis darauf, dass Unternehmen in jüngster Zeit sensibilisierter sind für die besonderen Belange von Vätern und dies insbesondere Männern zugutekommt, die gerade Väter geworden sind.

Abbildung 69: Junge Väter fühlen sich besser informiert als ältere



Quelle: Väter-Barometer (2016). Auf einer Skala von 1 (überhaupt nicht) bis 4 (voll und ganz).

133 Für das 1. Väter-Barometer wurde im Juni und Juli 2015 im Auftrag des Unternehmensprogramms „Erfolgsfaktor Familie“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend durch die GfK eine repräsentative Befragung von 1.000 abhängig beschäftigten Vätern minderjähriger Kinder und 300 Arbeitgebern aller Branchen und Größenklassen durchgeführt.

134 Für das 2. Väter-Barometer wurde die o. g. repräsentative Befragung im August 2016 wiederholt.

Das 2. Väter-Barometer zeigt: Deutschlands Arbeitgeber schätzen ihre Vereinbarkeitsangebote realistischer ein als noch 2015. Die befragten Unternehmen haben erkannt, dass „klassische“ Vereinbarkeitsangebote wie Halbtagsstellen Väter nicht angemessen ansprechen, und bieten deshalb vermehrt individuell gestaltbare Maßnahmen wie flexible Arbeitszeit, flexible Führungsmodelle oder mobiles Arbeiten an. So plant beispielsweise mittlerweile jedes vierte Unternehmen Maßnahmen zur flexiblen Arbeitszeitgestaltung.

Allerdings sind sie von einem niedrigen Niveau gestartet – gerade für Väter älterer Kinder bleiben Defizite bestehen, was Kommunikation und Angebote betrifft. Wichtig sind dabei gute Beispiele und Vorbilder auf allen Ebenen. Zwar sind viele Unternehmen mittlerweile sensibilisiert, aber Angebote, die auch von Vätern genutzt werden können, sollten besser kommuniziert und ausgebaut werden. Insbesondere fehlt es noch an einer Kultur, die das väterliche Engagement akzeptiert und in der Väter familienfreundliche Maßnahmen ohne Sorge vor langfristigen Nachteilen nutzen können.

Wenn Arbeitgeber auf die Wünsche der Väter eingehen, lohnt sich das auch aus unternehmerischer Sicht. Denn solche Angebote gehen seltener mit Zeitkonflikten für die Eltern, höherer betrieblicher Verbundenheit und weniger Kündigungsabsichten einher. So erfahren in familienunfreundlichen Unternehmen rund 70 Prozent der Väter Zeitkonflikte zwischen Arbeit und Familie. Und: In solchen Betrieben planen über 80 Prozent der Väter, den Arbeitgeber zu wechseln.¹³⁵

5.8 Was wurde erreicht? – Der Fortschrittsindex 2017

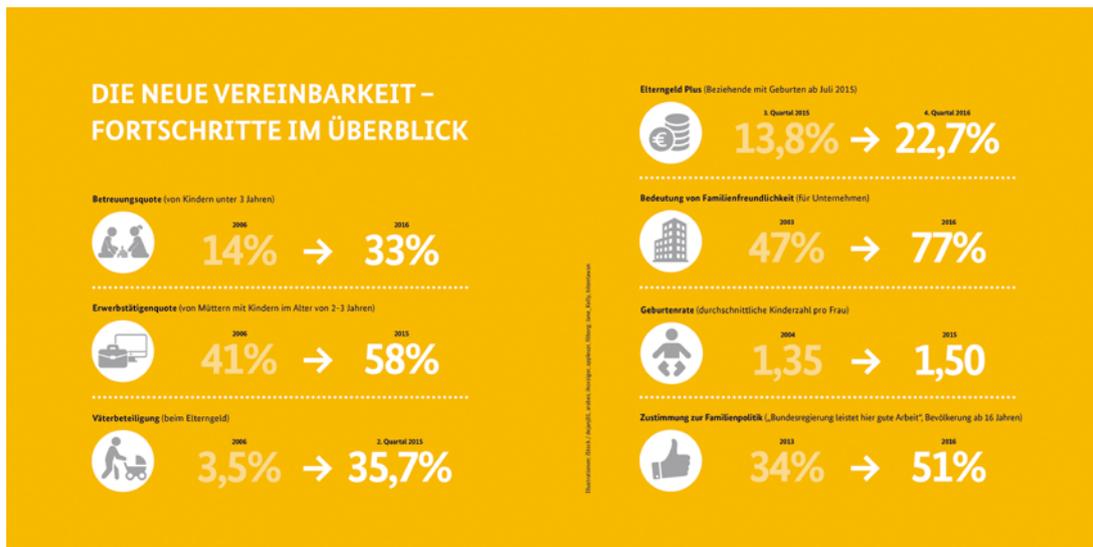
Beim Thema Familienfreundlichkeit ist in den vergangenen Jahren viel passiert; die Vereinbarkeit von Familie und Beruf hat sich verbessert, Deutschlands Arbeitswelt ist familienfreundlicher geworden – auch aufgrund der gemeinsamen Aktivitäten von Politik, Wirtschaft und Gewerkschaften.

Mittlerweile nimmt jeder dritte Vater Elterngeldmonate in Anspruch, in manchen Regionen schon jeder zweite. Für die Wirtschaft ist das ein Gewinn, denn diese Väter unterstützen ihre Partnerinnen dabei, nach der Geburt des Kindes wieder früh in den Job zurückzukehren. Tatsächlich ist die Erwerbstätigkeit von Frauen mit Kindern im Alter zwischen zwei und drei Jahren von 2006 bis 2015 um 17 Prozent gestiegen. Deutlich gestiegen ist auch der Anteil der Unternehmen, die Familienfreundlichkeit für wichtig halten: von 47 Prozent im Jahr 2003 auf 77 Prozent im Jahr 2016. Dabei haben viele Betriebe ihre standardisierten familienfreundlichen Maßnahmen zu individuellen, innovativen Konzepten weiterentwickelt.¹³⁶

135 WZB (2016).

136 BMFSFJ: Fortschrittsindex 2017.

Abbildung 70: Die neue Vereinbarkeit – Fortschritte im Überblick



Doch es besteht weiterer Handlungsbedarf: Trotz des erfolgreichen Ausbaus der Kinderbetreuung übersteigt der Bedarf der berufstätigen Eltern das Angebot, insbesondere im Bereich der Nachmittagsbetreuung von Grundschulkindern. Und der Blick in die Unternehmen zeigt: Vereinbarkeit von Familie und Beruf gelingt nur dann, wenn familienfreundliche Leitlinien auch im betrieblichen Alltag gelebt werden. Nach wie vor besteht oft noch ein Unterschied zwischen der Selbstwahrnehmung von Unternehmen in puncto Familienfreundlichkeit und der Wahrnehmung der Beschäftigten. Diese Lücke gilt es zu schließen.

VI.

Familien in der digitalen Gesellschaft – ein Entwicklungsthema

6.1 Die Digitalisierung schreitet voran

Kaum ein Prozess verändert unsere Gesellschaft so tiefgreifend wie die Digitalisierung. Noch vor zehn Jahren waren Smartphones eine technologische Neuerung, heute haben zwei Drittel der Deutschen eins – in der Altersgruppe der unter 50-Jährigen sogar fast 80 Prozent.

Gerade in der Arbeitswelt hat die Digitalisierung enorme Veränderungen gebracht, die noch lange nicht abgeschlossen sind. Das „Internet der Dinge“, also mit dem Internet verbundene Maschinen und Geräte aller Art, ist auf dem Vormarsch. Der vernetzte Kühlschrank, der selbstständig ausgegangene Nahrungsmittel bestellen kann, die intelligente Heizung, die je nach Verkehrslage die Temperatur für die Ankunft zu Hause regeln kann, der Staubsaugerroboter, der autonom die Wohnung säubert, der Wecker, der uns sanft in der optimalen Schlafphase weckt: Für viele Menschen gehört dies bereits zum Alltag dazu. Sie nutzen digitale Technologien, um ihr Leben zu organisieren – und um mit den Herausforderungen der digitalisierten Welt umzugehen. Gerade für Familien kann die Digitalisierung neue Freiräume bedeuten. Sie kann Zeit sparen bei Arbeitswegen und im Haushalt, in der Koordination von Freizeit, ehrenamtlichem Engagement, Beruf und Schule.

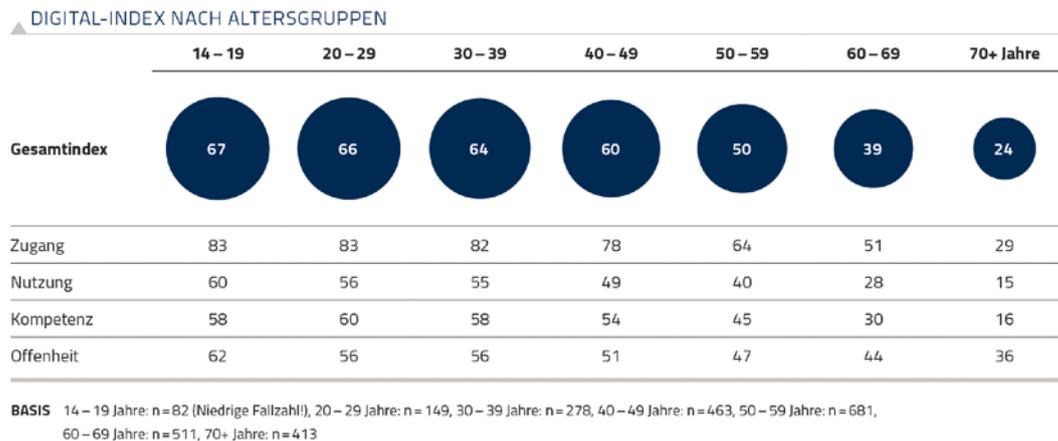
6.2 Neue Herausforderungen

Digitalisierung bringt aber auch eigene Risiken und Aufgaben mit sich. Noch bestehen Unterschiede beim Zugang zum Internet und digitalisierter Technologie. Breitbandiges, schnelles Internet ist noch zumeist auf Städte begrenzt und teilweise kostenintensiv. Je älter die Menschen, desto mehr ist ihre Ausstattung mit Endgeräten und ihre Kompetenz im Umgang abhängig davon, ob sie berufstätig sind oder nicht. Ältere Menschen sind immer noch weniger online als jüngere. Wichtiger aber als der reine Zugang zu digitaler Technik ist, wie Menschen damit umgehen – und umgehen können. Menschen mit unterschiedlichen sozialen Herkunft, Bildungserfahrungen, Ressourcen oder unterschiedlichen Geschlechts nutzen das Internet und digitale Medien verschieden. Gesellschaftliche Ungleichheiten und Benachteiligungen können sich durch Digitalisierung auch aufbauschen und potenzieren.

Dazu kommt, dass Digitalisierung auch Druck ausübt. Viele stört das Gefühl ständig erwarteter Erreichbarkeit, die schnelle Entwicklung neuer Anwendungen bedarf kontinuierlicher Beschäftigung mit neuen Technologien und kann zu einem Gefühl der Überforderung führen. Dazu noch kaum überschaubare Chancen und Risiken beispielsweise bei der Sammlung und

Auswertung riesiger Datenmengen (Big Data). Im Zuge dieser rasanten Entwicklungen den Überblick zu bewahren, Chancen zu ergreifen und sich gleichzeitig auch abzusichern – und nicht sich zurückzuziehen oder auszuliefern –, ist eine der definierenden Herausforderungen unserer Zeit – für Familien, Unternehmen und den Staat.

Abbildung 71: Digital-Index nach Altersgruppen



D21-Digital-Index 2016, eine Studie der Initiative D21, durchgeführt von Kantar TNS, ist lizenziert unter einer Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz.

Quelle: Die Initiative D21

6.3 Familien im Zentrum der Digitalisierung

Gerade in Familien treffen die unterschiedlichen Auswirkungen der Digitalisierung aufeinander. Eltern mit Kindern stehen vor der schwierigen Aufgabe, ihren Nachwuchs kompetent in ihrem Medienhandeln zu begleiten. Kinder gehen immer früher mit Medien um, Jugendliche bringen ihren unbefangenen Umgang, die neuesten Apps und auch die Möglichkeit, neue, dem Zugriff Erwachsener weitgehend entzogener digitaler Räume zu nutzen, mit in die Familie. Die Flexibilisierung der Arbeit erlaubt mehr Freiheiten und bessere Vereinbarkeit, was wiederum mehr Planung und bessere Koordination voraussetzt. Dadurch begegnen auch ältere Mitglieder der Familie digitalen Technologien. Großeltern werden in die Kinderbetreuung und das Familienleben integriert, so wie sie in die Nachrichtengruppe eingebunden werden.

Die entscheidende Frage ist deshalb heute nicht mehr, ob jemand online ist, sondern wie. Gerade für und in Familien birgt die Digitalisierung große Chancen. Politik und Verwaltung setzen dafür Rahmenbedingungen. Die Digitalisierung im Sinne einer lebenswerten, familienfreundlichen und demokratischen Gesellschaft zu gestalten, bedarf aber der aktiven und reflektierten Arbeit aller Bürgerinnen und Bürger und gesellschaftlichen Gruppen: Politik, Wirtschaft, Verbände und Zivilgesellschaft. Das BMFSFJ sieht seine Rolle darin, die Digitalisierung aktiv gesellschaftspolitisch mitzugestalten, die Interessengruppen dabei einzubeziehen und Bürgerinnen und Bürger der digitalen Gesellschaft dabei zu unterstützen, sich einzubringen.

Welche Schritte dafür konkret nötig sind, hat das BMFSFJ Ende Juni 2017 in einer Fachkonferenz unter dem Titel „Digitale Agenda für eine lebenswerte Gesellschaft“ mit Vertreterinnen und Vertretern der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen diskutiert. Grundlage der Diskussionen war ein Impulspapier inklusive eines zehn-Punkte-Plans, der Handlungsbedarfe in den Bereichen digitale Verwaltung, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, digitale Teilhabe insbesondere auch älterer Menschen, Digitalkompetenzen, Unterstützung bei der Entwicklung familienfreundlicher Anwendungen, Vielfalt und Gleichstellung in der Digitalwirtschaft und einer Stärkung der Forschung benennt.

6.4 Gelingendes Familienleben in der digitalen Gesellschaft

Die Bilanz der Auswirkungen der Digitalisierung der Arbeit auf die Familie ist durchaus gemischt. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer berichten häufig von zunehmender Arbeitsbelastung und mehr Stress durch Digitalisierung am Arbeitsplatz, die sich auch negativ auf die Familie auswirken kann. Allerdings: Es kommt auch hier darauf an, wie mit Digitalisierung umgegangen wird. Arbeit wird in vielen Berufen flexibler und unabhängiger von Zeit und Ort. Wenn die dadurch erst mögliche Zeitersparnis und Zeitsouveränität entsprechend genutzt werden, liegt darin der vielleicht direkteste Nutzen der Digitalisierung für ein gelingendes Familienleben.

Inzwischen gibt es viele Untersuchungen zu den Vor- und Nachteilen, den Chancen und Herausforderungen digital gestützten, ort- und zeitflexiblen Arbeitens. Aber kaum welche, die sich speziell mit Familien befassen. Die vom BMFSFJ geförderte Studie „Digitalisierung – Chancen und Herausforderungen für die partnerschaftliche Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ beginnt diese Lücke zu schließen.¹³⁷

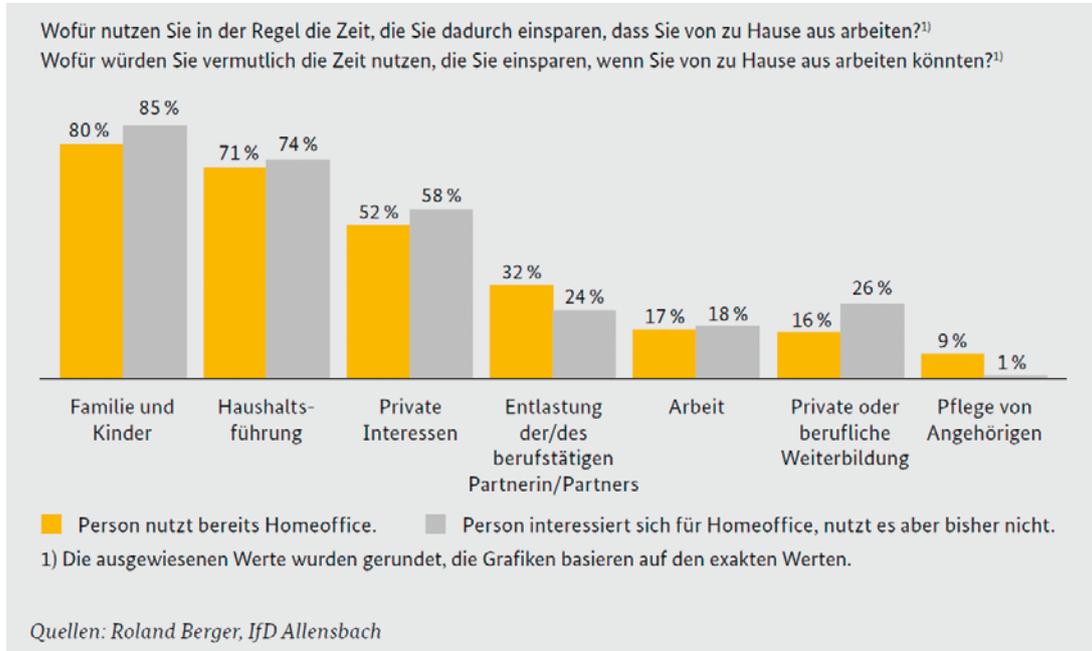
Etwa ein Drittel der berufstätigen Eltern minderjähriger Kinder gibt heute an, mithilfe digitaler Endgeräte und des Internets zumindest teilweise von zu Hause aus arbeiten zu wollen – doch nur etwa 6 Prozent tun dies auch. Dabei kann Homeoffice einen entscheidenden Beitrag zur Verbesserung partnerschaftlicher Vereinbarkeit von Beruf und Familie leisten. Die Studie des BMFSFJ zeigt die Vorteile orts- und zeitflexiblen Arbeitens für Familien. Nur knapp ein Drittel der Eltern, die nicht mobil arbeiten können, gaben an, dass ihnen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gut gelingt – aber ganze 85 Prozent der Eltern, die bereits mithilfe von Computer und Internet (auch) von zu Hause arbeiten. Denn: Eltern können so flexibler die verschiedenen Anforderungen und Verpflichtungen der Familie meistern und mehr Zeit mit ihren Kindern verbringen.

Homeoffice spart Eltern Zeit, vor allem beim Weg zur Arbeit: im Durchschnitt ganze 4,4 Stunden. Diese Zeit kommt zum größten Teil der Familie und den Kindern zugute. 80 Prozent der Eltern nutzen sie als Familienzeit, 75 Prozent zur Haushaltsführung und ein Drittel, um die Partnerin oder den Partner im Beruf zu entlasten (**Abbildung 72**). Neben der gesparten Zeit spielt der Gewinn an zeitlicher Flexibilität eine bedeutende Rolle. Mehr als drei Viertel der Eltern minderjähriger Kinder empfinden das als Vorteil. Sie können so intensiver auf die

¹³⁷ Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (Hrsg.): Digitalisierung – Chancen und Herausforderungen für die partnerschaftliche Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Berlin 2016.

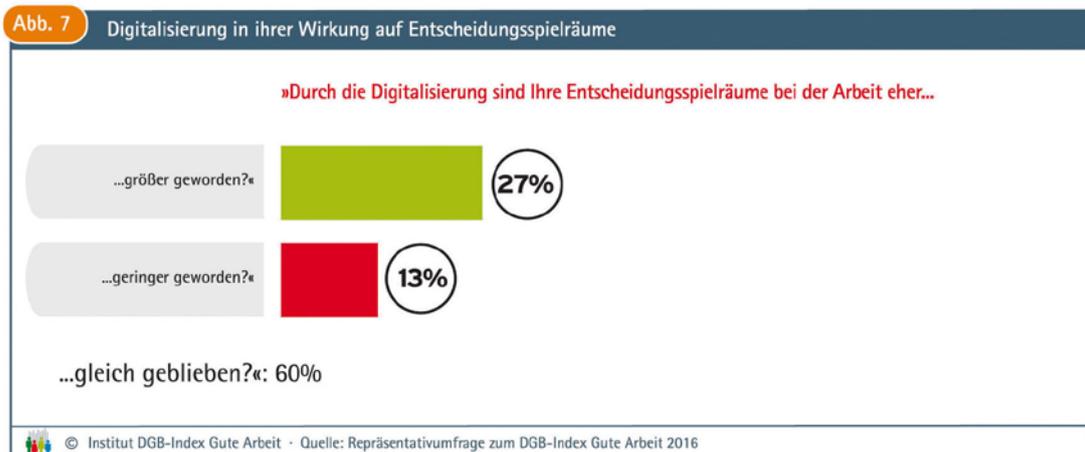
Bedürfnisse ihrer Kinder eingehen, unvorhergesehene Situationen meistern oder auch private Erledigungen zwischendurch erledigen.

Abbildung 72: Nutzung frei gewordener Zeit durch Beschäftigte



Die Digitalisierung der Arbeitswelt kann auch Schattenseiten haben. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer insgesamt berichten einerseits z. B. von verdichteter oder einfach mehr Arbeit, aber auf der anderen Seite eben auch von deutlich zunehmenden Entscheidungsspielräumen. Für berufstätige Eltern, die Erfahrungen mit Homeoffice gemacht haben, ist die Bilanz klar: Über 90 Prozent von ihnen erleichtert das Homeoffice die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Die gemachten Erfahrungen übertreffen deutlich die Erwartungen derer, die sich nur wünschten, sie könnten auch von zu Hause arbeiten.

Abbildung 73: Digitalisierung in ihrer Wirkung auf Entscheidungsspielräume



Quelle: Institut DGB-Index Gute Arbeit (2016): DGB-Index Gute Arbeit. Der Report 2016. Wie die Beschäftigten die Arbeitsbedingungen in Deutschland beurteilen.

Dabei sehen Eltern das Homeoffice nicht als die ausschließliche Lösung: Vielmehr ist gut geregeltes, aber zeitweises Homeoffice eine Variante, um Vereinbarkeit zu leisten. Es ist kein Ersatz für geregelte Arbeitszeiten oder den Kontakt zu Kolleginnen und Kollegen am Arbeitsplatz. Flexible Arbeit ist vielmehr auch ein Instrument, früher und intensiver wieder in das Berufsleben einzusteigen.

6.5 Chancen der Digitalisierung für Vereinbarkeit nutzbar machen

Das größte Hindernis für die umfassendere Nutzung technisch unterstützten, orts- und zeitflexiblen Arbeitens liegt in der Umsetzung in Unternehmen: Studien zeigen, dass die Nachfrage von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern höher ist als das Angebot. Insbesondere kleine und mittelgroße Unternehmen sehen zwar den Wandel, haben aber derzeit keine weiteren Ausbaupläne. Mehr als die Hälfte der berufstätigen Eltern sehen von der Arbeit im Homeoffice ab, weil dies in ihren Unternehmen einfach nicht üblich sei (54 Prozent). Auch technische Hindernisse beim Zugriff auf das Netzwerk, Sicherheitsbedenken und Bedenken des Arbeitgebers zur Einhaltung der Arbeitszeit werden von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern angegeben. Unternehmen führen auch Befürchtungen bezüglich der Auswirkungen auf Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an.

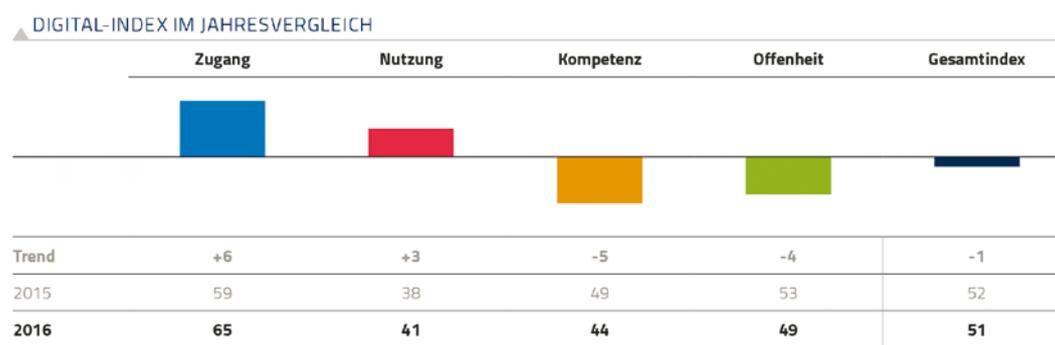
Während Unternehmen beispielsweise die Entgrenzung der Arbeit befürchten, fällt das für Eltern so nicht ins Gewicht: Nur 16 Prozent geben das als einen Grund an, der sie von der Erhöhung der Arbeitszeit abhält. Entscheidend ist deshalb, Befürchtungen aller Beteiligten abzubauen, gute Beispiele zu kommunizieren und sie als Grundlage für gute Absprachen und Regeln zur Umsetzung zu nutzen. Flexibilisierung der Arbeit kann zu Verdichtung und Überforderung führen. Sie kann aber – und das zeigen die Erfahrungen aktuell auch von zu Hause arbeitender Eltern minderjähriger Kinder deutlich – auch zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf genutzt werden. Davon haben alle etwas: Eltern müssen sich nicht mehr zwischen partnerschaftlicher Gestaltung von Familie, Beruf und Freizeit entscheiden und entwickeln neue Karrierepfade. Unternehmen gewinnen zufriedener Beschäftigte, die auch früher nach einer Geburt wieder in das Berufsleben einsteigen wollen und Alternativen zu geringfügiger Teilzeit suchen. Kinder und Jugendliche haben mehr von ihren Eltern – gerade in den wichtigen Stunden nach der Schule und vor dem Abend.

Gerade bei der Gestaltung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf zeigen sich die Potenziale der Digitalisierung, es wird aber auch deutlich, dass diese nur dann realisiert werden können, wenn es klare Absprachen und gute Zusammenarbeit aller Beteiligten gibt. Das BMFSFJ hat sich dazu entschieden, mit gutem Beispiel voranzugehen und in einer Dienstvereinbarung mobiles und zeitflexibles Arbeiten beinahe allen Beschäftigten möglich zu machen. Entscheidend ist für das Gelingen, dass Mitarbeitende in ihren Teams klare Vereinbarungen treffen, dass sie in Resilienz geschult werden und dass ihnen auch ein Recht auf Nichterreichbarkeit garantiert wird.

6.6 Gelingende Digitalisierung durch Kompetenzbildung in Familien

Die Digitalisierung hat von allen Lebensbereichen Besitz ergriffen. Entscheidend ist deshalb – und in noch zunehmendem Maße –, wie wir mit den damit einhergehenden Veränderungen umgehen. Digitale Kompetenzen sind Schlüsselkompetenzen unserer Zeit. Sie sind entscheidend für gelingende Bildungs- und Erwerbsbiografien, unerlässlich für die Sicherung der eigenen Privatsphäre und Autonomie und Voraussetzung dafür, neue Technologien und Anwendungen zur Verbesserung des eigenen Lebens einzusetzen – statt sich ihnen ausgesetzt zu fühlen. Sie zu erwerben ist nicht einfach. Studien zeigen, dass sich Menschen in allen Lebensbereichen mehr und bessere Kompetenzvermittlung wünschen. So wünschen sich Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mehr Unterstützung selbst für die Technologien, die sie für die Arbeit benötigen.¹³⁸ Wenn Kompetenzen fehlen können Risiken nicht gesehen und Chancen nicht genutzt werden. Deshalb ist es beunruhigend, dass der jüngste D21-Digital-Index zwar im Vorjahresvergleich eine Verbesserung bei Zugang und Nutzung digitaler Technologien verzeichnete, aber eine Verschlechterung in den Bereichen Kompetenz und Offenheit.¹³⁹

Abbildung 74: Digital-Index im Jahresvergleich



D21-Digital-Index 2016, eine Studie der Initiative D21, durchgeführt von Kantar TNS, ist lizenziert unter einer Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz.

Quelle: Die Initiative D21.

In der Familie treffen zudem unterschiedliche Medienwelten aufeinander. Eltern müssen nicht nur Schritt halten mit ihrer eigenen Mediennutzung, sondern gleichzeitig Wege finden, ihre Kinder im Umgang mit digitalen Technologien zu unterstützen. Dafür müssen sie ihr eigenes Medienhandeln verstehen und kritisch reflektieren können. Sie müssen Verantwortung übernehmen und Vorbilder sein, ohne dass jedoch von ihnen verlangt werden kann, alles zu wissen und zu können. Aber wie können Eltern ihre Verantwortung für Förderung, Teilhabe und Schutz ihrer Kinder mit dem Streben nach einer vertrauensvollen Beziehung ausbalancieren? Wo verläuft jeweils die Grenze zwischen digitaler Selbstbestimmung und Verselbstständigung

¹³⁸ Initiative D21 e. V. (2016): D21-Digital-Index 2016: Jährliches Lagebild zur digitalen Gesellschaft. Eine Studie der Initiative D21, durchgeführt von TNS Infratest.

¹³⁹ Ebd.

von Kindern und Jugendlichen – und ihrem Schutz, gerade im Prozess des Aufwachsens? Wie können Eltern diese Fragen beantworten, wenn das Medienhandeln von Kindern und Jugendlichen sich bisweilen so deutlich von dem der älteren Generationen unterscheidet, sich so viel schneller wandelt und häufig Kinder und Jugendliche früher an Entwicklungen teilhaben, als ihre Eltern?

An diesem Gefüge gegenseitiger Verantwortung und Kompetenzvermittlung in der Familie wird deutlich, wie radikal die Digitalisierung verändernd in die Gesellschaft eingreift. Es zeigt aber auch, warum die Familie ein Schlüsselschauplatz für einen umfassenden Ansatz zur Stärkung digitaler Kompetenzen ist. Alle Familienmitglieder brauchen Unterstützung beim Erwerb der für sie wichtigen Digitalkompetenzen. In Familien greifen aber die unterschiedlichen Erfahrungen ineinander, werden Stärken und Defizite deutlich. Wenn es gelingt, die Kompetenz von Familien im Umgang mit unterschiedlichen Digitalkompetenzen zu stärken, kann das nicht nur das Familienleben selbst, sondern im Wechsel auch die Teilhabe und Souveränität der Familienmitglieder in anderen Lebensbereichen verbessern. Es kommt also darauf an, einzelnen Familienmitgliedern und Familien insgesamt dabei zu helfen, erworbene Kompetenzen zu teilen, zu bündeln und weiterzuentwickeln.

Deshalb hat das BMFSFJ das Projekt „FamilienLabore“ entwickelt. Mit Unterstützung von erfahrenen Mentorinnen und Mentoren entwickeln Kinder, Eltern und Großeltern in eintägigen Workshops gemeinsam digitale Hilfsmittel und kreative Ansätze, neue Ideen und technische Lösungen zur konkreten Verbesserung des Familienalltags oder der Vereinbarkeit von Familie und Beruf oder Schule. Der positive Umgang mit digitalen Technologien und die Erfahrung von Selbstwirksamkeit stehen im Mittelpunkt. Nebenbei lernen Familien, ihre unterschiedlichen Kompetenzen und Sichtweisen zu schätzen. Das dabei erworbene Wissen über Funktionsweise und Einsatzmöglichkeiten baut Berührungsängste und Vorbehalte ab, fördert den Dialog und ermutigt Eltern, mit ihren Kindern mitzuhalten.

6.7 In Vielfalt Digitalisierung gestalten

Der Euphorie in den frühen Stunden des Internets folgte in weiten Teilen Skepsis und Ernüchterung. Zur Hoffnung, durch die Entfernung von Zugangshürden und die „Befreiung“ von Information könne das Internet wesentliche Beiträge zu Gleichheit und Gerechtigkeit leisten und Meinungsfreiheit und Demokratie stärken, kam die Beobachtung, dass auch gegenläufige Tendenzen möglich wurden: stärkere Ausgrenzung, Filter Bubbles, Hassrede, Desinformation, Überwachung. Digitalisierung, das zeigt sich mit Blick auf ihre gesellschaftspolitische Dimension, ist kein Selbstläufer in Richtung einer gerechteren, freieren und friedlicheren Welt. Sie stellt lediglich Werkzeuge zur Verfügung und verändert Rahmenbedingungen – wie wir als Gesellschaft entscheiden, diese zu nutzen, bleibt uns überlassen.

Die Stärkung zivilgesellschaftlichen Zusammenhalts ist deshalb von großer Bedeutung. Ehrenamtliches und bürgerschaftliches Engagement spielt eine wichtige Rolle für den Zusammenhalt der Gesellschaft, auch der Familien. Unzählige Initiativen, Vereine und Verbände prägen gesellschaftliches Leben in seinen vielen Facetten. Manchmal, um explizit Probleme zu lösen – wie der selbst organisierte Kinderladen oder bei der Hilfe und Integration von Geflüchteten. Manchmal,

um Freizeit selbst organisiert zu gestalten, wie in Jugendverbänden oder beim Sport. Manchmal, um einfach etwas Gutes zu tun – wie die vielen Ehrenamtlichen in sozialen Projekten. Digitale Hilfsmittel spielen dabei eine immer stärkere Rolle. Einerseits werden sie zur Organisation und Weiterentwicklung „klassischer“ Strukturen benutzt. Ähnlich wie digitale Technologien bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und Familie und Schule unterstützen können, lässt sich so auch Engagement mit Familie und anderen Lebensbereichen besser verbinden.

Digitalisierung kann:

- die Wirksamkeit und Reichweite von Engagement stärken,
- Hürden für Engagement senken und so früher, inklusiver und länger Teilhabe von Menschen aller Altersgruppen und Befähigungen am gesellschaftlichen Leben ermöglichen,
- die demokratische Selbstorganisation in der Zivilgesellschaft und ihre Beteiligung am politischen Diskurs stärken,
- neue Räume, Anlässe und Bedarfe für Engagement schaffen.

Als niederschwellige und interaktive Strukturen begünstigen soziale Netzwerke auch die Verbreitung von Unwahrheiten, Hassrede und Hetze. Allein durch Regulierung und Kontrolle lässt sich das Problem nicht lösen, deshalb engagieren sich Menschen auch online. In Initiativen wie #Ichbinhier vernetzen sich Menschen untereinander und widersprechen Hassrede und Unwahrheiten in sozialen Netzwerken mit Respekt und Sachlichkeit. Damit leisten sie einen unverzichtbaren, zivilgesellschaftlichen Beitrag zum demokratischen Gemeinwesen.

6.8 Teilhabe aller an der Gestaltung der digitalen Welt stärken

Die Vielfalt der Gesellschaft auch in der Digitalisierung zu repräsentieren ist eine große Herausforderung. Häufig wird unterschätzt, welche Rolle die Ausgestaltung der Digitalisierung auf der Ebene der Soft- und Hardware für die Beseitigung oder Reproduktion von Ungleichheit und Benachteiligungen hat. So sind Frauen heute zum Beispiel immer noch als Gründerinnen in der Digitalwirtschaft oder als Programmiererinnen unterrepräsentiert. Das liegt unter anderem an weiterhin verbreiteten Geschlechterstereotypen, aber auch einer schlechteren Ausstattung mit Gründungskrediten und der unterdurchschnittlichen Vereinbarkeit von Familie und Beruf in dieser Branche.

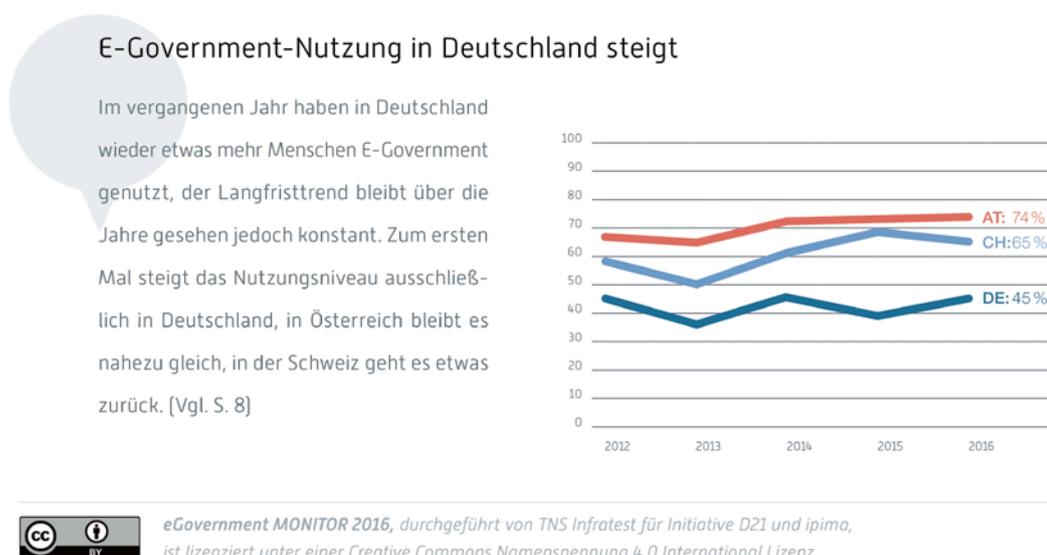
Die weibliche Perspektive fehlt so bei der Entwicklung von Anwendungen. Wenn diese an den Bedürfnissen und Herausforderungen bestimmter Gruppen vorbeientwickelt werden oder diese gar nicht aufgreifen, werden sie benachteiligt. Auch Algorithmen, die alle auf Datenverarbeitung und -auswertung beruhenden Anwendungen inzwischen beeinflussen, sind nie vollkommen neutral und können Stereotype und Benachteiligungen reproduzieren. Es ist deshalb wichtig, viele Perspektiven am Tisch zu haben, wenn digitale Werkzeuge gebaut werden, um zu verhindern, dass sie unintendiert Hürden und Hindernisse enthalten. Wenn zum Beispiel die Unternehmenssoftware für die Personalabteilung nicht vorsieht, dass auch Väter in Elternzeit gehen, wird diese gesamtgesellschaftliche Entwicklung in dem betreffenden Unternehmen behindert.

Auch die unterschiedlichen Perspektiven älterer und jüngerer Menschen müssen einen Beitrag bei der Gestaltung und dem Einsatz digitaler Technologien leisten können. Als Ko-Entwickler neuer Technik helfen sie, Lösungen von Anfang an inklusiver zu gestalten und einen Sozialraum zu schaffen, der für alle Generationen befähigend ist und so auch das Leben in der Familie bereichert. So spielen für Ältere und Junge öffentlicher Nahverkehr und Mobilität eine besondere Rolle. Grundschulkinder, Jugendliche, Eltern und Seniorinnen und Senioren haben jedoch sehr unterschiedliche Erwartungen an und Nutzungsmuster von zum Beispiel öffentlichem Nahverkehr im ländlichen Raum. Der Einsatz technischer Hilfsmittel kann bei der Lösung vieler Mobilitätsprobleme helfen. So können Kleinbusse mit Assistenzsystemen flexibel per App bei Bedarf fahren. Um aber Lösungen zu finden, die für alle Generationen angemessen sind, müssen diese auch an der Entwicklung dieser Lösungen mitwirken können. Deshalb ist es dem BMFSFJ wichtig, die digitalen Kompetenzen aller Generationen und gesellschaftlichen Gruppen zu stärken, ihre Sprachfähigkeit und Selbstwirksamkeit zu fördern, den Austausch über Bedürfnisse und Lösungsansätze anzuregen und so die Digitalisierung in Vielfalt und gesellschaftlicher Vielfalt angemessen zu gestalten.

6.9 Familienministerium der Zukunft: digitale Services

Die Chance, Digitalisierung zum Wohle der Menschen zu nutzen, bietet sich nicht nur in der Familie oder im Berufsleben. Sie ist auch eine Herausforderung für die öffentliche Verwaltung. So steht der Familienpolitik in Deutschland zwar ein breites Spektrum unterschiedlicher Leistungen zur Verfügung, die zielgerichtet auf verschiedene Bedürfnisse von Familien zugeschnitten sind und kontinuierlich im Lichte wissenschaftlicher Erkenntnisse und sich wandelnder Wünsche und Bedarfe weiterentwickelt werden. Erst kürzlich ermunterte die OECD Deutschland dazu, den eingeschlagenen, erfolgreichen Weg fortzusetzen.

Abbildung 75: E-Government-Nutzung in Deutschland



Quelle: Die Initiative D21.

Doch sind nicht alle Familienleistungen den Eltern grundsätzlich oder in ihrer spezifischen Funktionsweise bekannt. Gerade wenn mehrere Leistungen infrage kommen, kann schnell der Überblick verloren gehen. Lange Formulare mit umfangreichen Erklärungen sind oft voraussetzungsvoll. Und der Umgang mit Behörden ist mitunter umständlich, zeitraubend und oft nicht mit normalen Arbeitszeiten vereinbar. Bürgerinnen und Bürger nutzen zudem immer mehr Angebote von E-Government.¹⁴⁰ Es ist deshalb konsequent zu fragen, welche Potenziale für die Verbesserung der Familienpolitik in der Digitalisierung der Verwaltung liegen. Die Bundesregierung sieht die große Chance, mithilfe digitaler Technologien familienbezogene Leistungen einfacher und zielgerichteter bereitzustellen und damit ihre intendierte Wirkung zu stärken. Eltern und Familien sollen einfacher herausfinden, welche Leistungen für sie infrage kommen. Sie sollen auch Anträge einfacher und flexibler stellen können. Dabei können intelligente Antragssysteme helfen, die Komplexität zu reduzieren und bei der Antragstellung zu assistieren. Es ist auch eine Gelegenheit zu zeigen, wie Digitalisierung im Einklang und im Dienste unserer Werte umgesetzt werden kann. Deshalb arbeitet das BMFSFJ an verschiedenen Werkzeugen. Das Infotool Familienleistungen soll Eltern und Familien durch die Angabe einiger Informationen dabei beraten, welche Leistungen für sie überhaupt infrage kommen. Durch ständigen Ausbau und Anpassung an die Gesetzeslage kann das Tool aktuelle Hilfestellung bieten und auf häufig vergessene Leistungen hinweisen.

Die aktuell beliebteste Familienleistung, das Elterngeld, wird die erste Leistung sein, die auch online beantragt werden kann. Ab Herbst 2017 erhalten Eltern die Möglichkeit, mithilfe eines Assistenten schrittweise durch den Antragsprozess geleitet zu werden. Nach und nach werden Pilotländer über eine Schnittstelle an den Antragsassistenten angeschlossen, sodass Antragstellerinnen und Antragsteller ihre Dokumente direkt elektronisch an die zuständige Elterngeldstelle übermitteln können.

Perspektivisch könnten auch weitere Leistungen online beantragt werden, mehr Information und Beratung digital geschehen. Es ist technisch möglich, einmal erhobene Daten dazu zu nutzen, automatisch zu prüfen, ob Antragstellerinnen und Antragstellern auch weitere Leistungen zustehen, und diese proaktiv darüber zu informieren. Doch: Digitalisierung zu gestalten, heißt, sie nicht als Selbstzweck zu verstehen, sondern den Sinn des Einsatzes digitaler Mittel kontinuierlich und kritisch zu prüfen. Bürgerinnen und Bürger müssen auch künftig die Wahl haben, welchen Digitalisierungsgrad sie nutzen möchten. Herkömmliche Antragswege dürfen genauso wenig verschwinden wie persönliche Beratung. Nicht alle Leistungen eignen sich in gleicher Weise für Digitalisierung. Und: Eine moderne Verwaltung gibt Nutzerinnen und Nutzern die Hoheit über ihre Daten. Sie sollen jederzeit in der Lage dazu sein, von ihnen bereitgestellte Daten einzusehen, zu bearbeiten, zu löschen und zu erfahren, wer und wann auf ihre Daten zugegriffen hat.

140 D21 E-Government Monitor, abrufbar unter: <http://initiated21.de/publikationen/egovernment-monitor-2016/>.

VII.

Inklusives Wachstum – Investitionen in Familie

7.1 Chancen durch Investitionen in eine wirkungsorientierte Familien- und Gesellschaftspolitik

Familienpolitik ist Wachstumspolitik^{141, 142}

Inklusives Wachstum entspricht den Traditionen der sozialen Marktwirtschaft, die Lebenschancen für alle mit einer fairen Teilhabe an erarbeitetem Wohlstand als wichtigen Erfolgsgaranten vorsieht. Zur Erreichung dieses Ziels sind gezielte Investitionen in eine nachhaltige Familienpolitik wesentlich. Dabei weisen die Ziele der Familienpolitik enge Bezüge zur Wirtschaftspolitik auf. So weist das Ziel der Vereinbarkeit von Familie und Beruf einen starken Wirkungsbezug zum Arbeitsmarkt auf, das Ziel einer guten Entwicklung von Kindern hat seinen Bezug zur Bildung, das Ziel der wirtschaftlichen Stabilität von Familien hat einen Bezug zu vorbeugender Sozialpolitik und das Ziel, Kinderwünsche erfüllbar zu machen, verweist auf Bezüge zur demografischen Entwicklung. Dieser Zielkanon wurde in der 18. Legislaturperiode familienpolitisch durch die partnerschaftliche Vereinbarkeit von Arbeits- und Familienleben für Mütter und Väter erweitert.

Die familienpolitischen Zieldimensionen werden seit dem 7. Familienbericht mit einem Instrumentendreiklang aus Geld, Infrastruktur und Zeit verfolgt (s. **Abbildung 76**). Dem wachstumspolitischen Referenzsystem liegen drei Wachstumsfaktoren zugrunde: Das Humanpotenzial, aus dem die Fachkräftebasis für die arbeitsteiligen Wirtschaftsprozesse geschöpft werden kann, ergibt sich aus der Zahl der Erwerbstätigen („Köpfe“), der von ihnen geleisteten Arbeitszeit („Zeit“) sowie ihrer stunden- oder kopfbezogenen Arbeitsproduktivität („Produktivität“). Mit Blick auf dieses Referenzsystem für Wachstumsvorsorge kommt einer wie oben angelegten Familienpolitik hohe Bedeutung zu, denn sie vermag auf alle drei Sicherungspfade positiv einzuwirken (vgl. **Abbildung 76**):

- Familienbezogene Leistungen und Maßnahmen können die Zahl der „Köpfe“ erhöhen, indem sie Rahmenbedingungen schaffen, die jungen Paaren die Entscheidung für das erste Kind und weitere Kinder erleichtern.

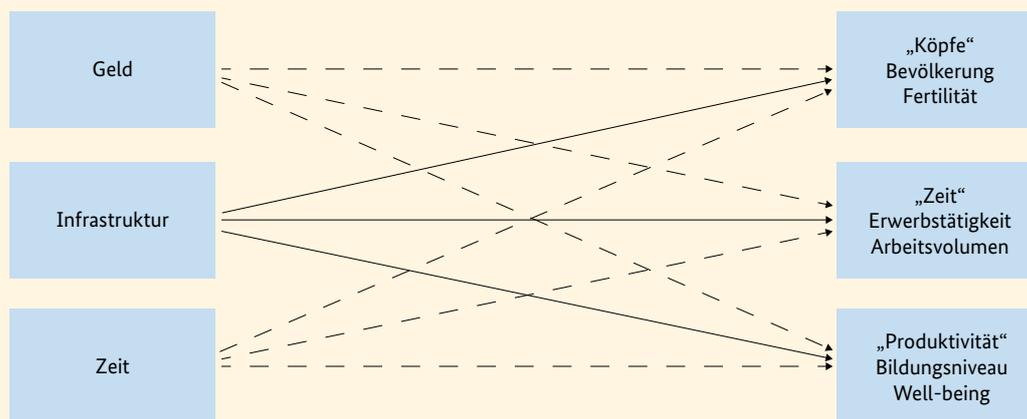
141 Dieses Kapitel basiert auf BMFSFJ (Hrsg.) (2017): Monitor Familienforschung Nr. 36; Investitionen in Infrastruktur für Familien – ein Motor für inklusives Wachstum.

142 Dieser Abschnitt beruht auf Ausführungen von Dr. Hans-Peter Klös (IW Köln), aufbereitet in: Prognos AG (2016): Zukunftsreport Familie 2030 (Langfassung unter: https://www.prognos.com/uploads/tx_atwpubdb/160928_Langfassung_Zukunftsreport_Familie_2030_final.pdf, letzter Abruf am 15.03.2017).

- Familienbezogene Leistungen und Maßnahmen können sich positiv auf den Faktor „Zeit“ auswirken, indem sie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern und es so Personen mit Familienverantwortung und hier insbesondere Müttern ermöglichen, im gewünschten Umfang erwerbstätig zu sein.
- Schließlich kann Familienpolitik auch die „Produktivität“ steigern, indem sie im Rahmen der frühkindlichen Bildung ein solides Fundament für die Kompetenzentwicklung junger Menschen legt.

Auch zwischen dem familienpolitischen Instrumentendreiklang aus Zeit, Geld und Infrastruktur und dem wachstumspolitischen Zieldreieck Köpfe, Zeit und Produktivität bestehen Ziel-Mittel-Beziehungen. So ist etwa der Ausbau der Kinderbetreuung finanziell äquivalent zu monetären Transfers zum Zukauf von Betreuung durch die Familien. Gleichzeitig schafft der Ausbau der Infrastruktur auch mehr Gestaltungsmöglichkeiten für die Zeitverwendungen. In der **Abbildung 76** sind die Pfeile von Geld und Zeit auf die Wachstumsfaktoren gestrichelt dargestellt, weil die Infrastruktur in diesem Blickpunkt den zentralen Betrachtungsgegenstand darstellt.

Abbildung 76: Familienpolitik und Wachstum (stilisierte Zusammenhänge)



Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln.

Chancen für 2030¹⁴³

Mütter und Väter wünschen sich eine flexiblere Aufteilung von Berufs- und Familienarbeit. Wenn die Politik diese Wünsche aufnimmt und mit geeigneten familienbezogenen Leistungen unterstützt, kann dies positive Effekte mit sich bringen. Vor diesem Hintergrund hat die Prognos AG verschiedene Szenarien berechnet. Demnach kann für das Jahr 2030 ein „Szenario der genutzten Chancen“ (Chancen-Szenario) erwartet werden, in dem Mütter ihre Erwerbstätigkeit weiter ausbauen und Väter etwas weniger arbeiten und mehr Zeit für die Familie verwenden können.

143 Vgl. Prognos AG (2016): Zukunftsreport Familie 2030 (<https://www.bmfsfj.de/blob/111074/6b3a8f95d3ee2f671c80ab910ca58aaa/zukunftsreport-familie-2030-prognos-data.pdf>, letzter Abruf am 15.03.2017).

Konkrete Berechnungen zeigen: Gelingt es, den Wünschen der Mütter und Väter zu entsprechen, wird sich die sozioökonomische Situation von Familien im Jahr 2030 deutlich verbessert haben. Im Chancen-Szenario ergibt sich, dass:

- 1) das durchschnittliche Haushaltseinkommen der Familien zusätzlich zur allgemeinen Preissteigerung um rund 1.400 Euro steigen kann,
- 2) die Zahl der Eltern und Kinder, die armutsgefährdet sind, um rund 470.000 Personen zurückgehen kann,
- 3) die Zahl der Personen in Haushalten mit SGB-II-Bezug um rund 670.000 Personen sinken kann und
- 4) rund 790.000 mehr Mütter sozialversicherungspflichtig beschäftigt sein können.

Eine Weiterentwicklung der Familienpolitik hat dann auch positive Auswirkungen auf die Gesamtwirtschaft. Der Anstieg der Erwerbstätigenquote sowie der Erwerbsumfänge führt zu einem Anstieg des Arbeitsvolumens um mehr als 3 Prozentpunkte. Das Bruttoinlandsprodukt kann damit um rund 70 Milliarden Euro höher liegen.

Diese Zahlen ergänzen die Aussagen des Bundesministeriums der Finanzen zur Tragfähigkeit der öffentlichen Haushalte, wonach eine zielgenaue Gestaltung familienbezogener Leistungen Wachstum und Beschäftigung in Deutschland weiter verbessern und durch Refinanzierungseffekte positive Wirkungen auf die öffentlichen Finanzen entfalten kann.¹⁴⁴

7.2 Wirkungen einer guten Infrastruktur für Familien

Zeitpolitik gehört zum Instrumentarium der familienbezogenen Leistungen. In diese Kategorie fallen zum einen die Elternzeit und das Elterngeld, die jungen Eltern in der frühen Familienphase Optionen und Sicherheit verschaffen. Eine zusammenfassende Auswertung primär ökonomischer Studien zeigt, dass das Elterngeld als Lohnersatzleistung die wirtschaftliche Stabilität junger Familien im ersten Jahr nach der Geburt eines Kindes im Durchschnitt erhöht. Die Erwerbstätigkeit von Müttern hat durch das Elterngeld im ersten Lebensjahr nach der Geburt ab- und im zweiten Lebensjahr zugenommen.¹⁴⁵

Zum anderen gibt es vor Ort zeitpolitische Gestaltungsspielräume für Familien.

¹⁴⁴ Vgl. BMF (2016): Vierter Tragfähigkeitsbericht des Bundesfinanzministeriums.

¹⁴⁵ Vgl. Mathias Huebener/Kai-Uwe Müller/C. Katharina Spieß und Katharina Wrohlich (2016): Zehn Jahre Elterngeld: Eine wichtige familienpolitische Maßnahme, in: DIW Wochenbericht Nr. 49/2016.

Aspekte einer lokalen Zeitpolitik für Familien¹⁴⁶

Eine Systematisierung zeitpolitischer Ansatzpunkte einer lokalen Familienzeitpolitik wurde vom IW Köln für eine empirische Studie über ihre Kosten und Nutzen entwickelt. Insgesamt wurden sechs Ansatzpunkte untersucht:¹⁴⁷

- 1) **Ausweitung von Betreuungszeiten in Kita, Kindergarten und Grundschule in den Nachmittag:** Eine durchgängige Betreuung der Kinder bis in den Nachmittag (z. B. bis 15:00 Uhr) ermöglicht den Eltern pro Woche rund zwei Stunden mehr Zeit für die Familie und vier Stunden mehr Erwerbszeit.
- 2) **Koordinierung von Betreuungsangeboten zu Randzeiten:** Hier lägen die Zeitgewinne bei rund 1,5 Stunden für die Familie und rund zwei Stunden für die Erwerbsarbeit pro Woche.
- 3) **Sicherung von Schulwegen:** Durch die größere Mobilität und Selbstständigkeit der Kinder bei an gefährlichen Stellen gesicherten Verkehrswegen würden Eltern jeweils rund 45 Minuten pro Woche für Familien- und Erwerbsarbeit gewinnen.
- 4) **Ausbau des ÖPNV-Angebots zu typischen Arbeitszeiten:** Hier lägen die Effekte bei rund 2,5 Stunden für die Familie und 1,5 Stunden für die Erwerbsarbeit, wenn eine Mindesttaktung von 30 Minuten erreicht würde.
- 5) **Flexibilisierung der Arbeitszeit:** Wenn Arbeitszeiten im Umfang von nur ein bis zwei Stunden selbst gestaltet werden können, liegen die Zeitgewinne für beide Partner im Durchschnitt bei je einer halben Stunde für Familie und Erwerbsarbeit pro Woche. Betrachtet man nur die Eltern, bei denen flexible Arbeitszeit möglich ist, liegen die Zeitgewinne deutlich über einer Stunde.
- 6) **Flexibilisierung des Arbeitsorts:** Die Möglichkeit, fallweise von zu Hause arbeiten zu können, würde durchschnittliche Zeitgewinne von je 20 Minuten für die Familien- und Erwerbsarbeit pro Woche bringen. Betrachtet man auch hier nur die Eltern, bei denen Heimarbeit grundsätzlich möglich ist, liegen die Zeitgewinne jeweils deutlich über einer Stunde.

Dabei sind die Zeitgewinne, die mit der Flexibilisierung des Arbeitsortes einhergehen können, äußerst konservativ geschätzt. Eine andere repräsentative Studie weist deutlich höhere Zeitgewinne für Familien aus. Demnach sparen berufstätige Eltern, die im Homeoffice und/oder mobil arbeiten, im Wochendurchschnitt 4,4 Stunden pro Woche. Dieser Zeitgewinn, der überwiegend aus wegfallenden Wegezeiten resultiert, wird von den meisten Familien als gemeinsame Familienzeit genutzt.¹⁴⁸

Fokus auf Betreuung und Müttererwerbstätigkeit

Grundlegende Untersuchungen im Rahmen der Gesamtevaluation ehe- und familienbezogener Leistungen belegten und aktuelle methodisch verfeinerte Ansätze bestätigen die positiven

146 Vgl. IW Köln & Finanzwissenschaftliches Forschungsinstitut an der Universität zu Köln (2017): Kosten und Nutzen lokaler Familienzeitpolitik – Kurzfassung (im Erscheinen).

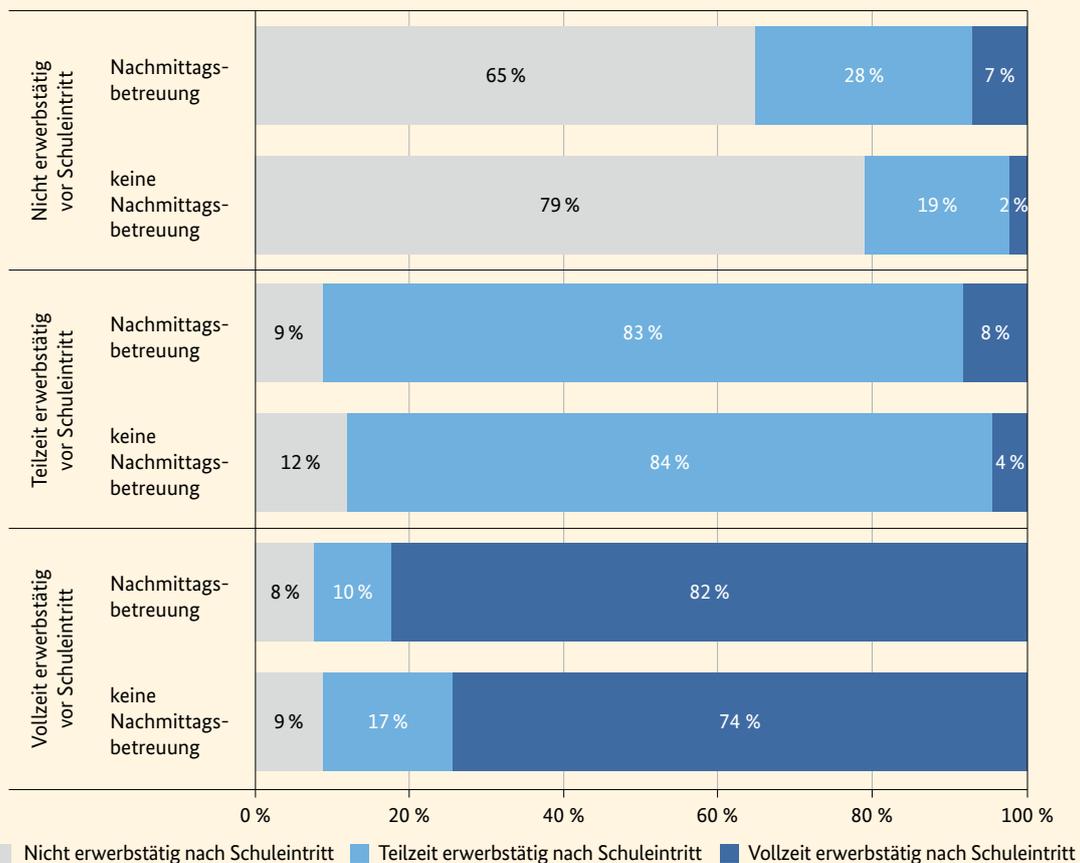
147 Ebd.

148 BMFSFJ (2016): Digitalisierung – Chancen und Herausforderungen für die partnerschaftliche Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Expertise der Roland Berger GmbH im Rahmen des Unternehmensprogramms Erfolgsfaktor Familie.

Effekte der öffentlich geförderten Kinderbetreuung auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf: Mütter, die für die Betreuung ihres unter dreijährigen Kindes u. a. externe Angebote nutzen, haben eine um 35 Prozentpunkte höhere Wahrscheinlichkeit als andere Mütter, erwerbstätig zu sein. Sie arbeiten im Schnitt zwölf Stunden pro Woche mehr als Mütter, die entsprechende Angebote nicht nutzen. Diese Effekte kommen vor allem dadurch zustande, dass Mütter aus der Nichterwerbstätigkeit herausgehen und eine Beschäftigung aufnehmen. Ähnliche Ergebnisse finden sich für Mütter, die eine externe Kinderbetreuung für ihr drei- bis unter sechsjähriges Kind, und auch für Mütter, die Ganztagsbetreuungsangebote für ihr Schulkind nutzen.^{149, 150}

Der Betreuungsbedarf von Kindern endet nicht mit der Einschulung. Das DIW hat daher die Grundschulzeit in den Fokus einer Untersuchung gestellt und untersucht, wie nachmittägliche Betreuungsmöglichkeiten für Grundschul Kinder mit der Erwerbstätigkeit von Müttern zusammenhängen. **Abbildung 77** zeigt, dass Mütter, die vor dem Schuleintritt des Kindes nicht erwerbstätig waren, häufiger in die Erwerbstätigkeit einsteigen, wenn das Kind auch nachmittags eine Schule besucht. Auch für Mütter, die vor dem Schuleintritt ihres Kindes vollzeiterwerbstätig waren, zeigt sich, dass sie häufiger als andere Mütter in der Vollzeittätigkeit verbleiben, wenn ihr Kind nachmittags betreut wird.

Abbildung 77: Veränderung der Erwerbsbeteiligung von Müttern mit dem Schuleintritt des Kindes



Quelle: SOEP v31 (Wellen 1999–2014), Berechnungen des DIW Berlin (DIW Wochenbericht Nr. 47/2016, S. 1129).

149 Vgl. Helmut Rainer et al. (2011): Kinderbetreuung, ifo Forschungsbericht 59.

150 Vgl. Stefan Bauernschuster et al. (2016): Children of a (Policy) Revolution: The Introduction of Universal Child Care and Its Effect on Fertility, in: Journal of the European Economic Association (2016) 14 (4), 975–1005.

Ein weiteres zentrales Ergebnis ist, dass die institutionalisierte Nachmittagsbetreuung von Erstklässlerinnen und Erstklässlern in Ganztagschulen oder Horten dafür sorgt, dass mehr als 11 Prozent der Mütter, die vor der Einschulung ihres Kindes nicht berufstätig waren, eine Erwerbstätigkeit aufnehmen. Mütter, die bereits zuvor einem Job nachgingen, weiten ihre Arbeitszeit um durchschnittlich zweieinhalb Stunden pro Woche aus.¹⁵¹

Ähnliche Effekte werden auch für Mütter mit älteren Schulkindern ermittelt: Beim Vorhandensein eines Ganztagschulangebots in der Gemeinde ist die mütterliche Wochenarbeitszeit im Kindesalter von 15 Jahren um 2,8 Stunden höher, als wenn kein solches Angebot vorliegt.¹⁵²

7.3 Renditen von Investitionen für Familien

Der Ausbau der Ganztagsbetreuung erleichtert es Müttern, ihre Erwerbstätigkeit auszuweiten. Das belegt die amtliche Statistik: Die Betreuungsquote von Kindern unter drei Jahren ist von 14 Prozent im Jahr 2006 auf 33 Prozent im Jahr 2015 angestiegen. Im selben Zeitraum stieg die Erwerbstätigenquote von Müttern mit Kindern im Alter von zwei bis drei Jahren von 42 Prozent auf 58 Prozent.

Durch die gestiegene Müttererwerbstätigkeit werden zusätzliche Einkommen erwirtschaftet. In der Folge steigen auch die Steuer- und Sozialversicherungseinnahmen und die Notwendigkeit, Sozialtransfers zu zahlen, geht zurück. So ermitteln die Studien der Gesamtevaluation Selbstfinanzierungsquoten, also den Anteil an zusätzlichen Einnahmen sowie Ausgabensenkungen an den gesamten (laufenden) Ausgaben, die zwischen 41 und 48 Prozent im Krippen- und Kindergartenbereich und zwischen 66 und 99 Prozent im Bereich der Betreuung in Ganztagschulen liegen.¹⁵³

Gesamtwirtschaftliche Auswirkungen eines umfänglichen Betreuungsausbaus

Neuere Studien bestätigen und vertiefen diese Erkenntnisse im Hinblick auf Amortisationszeiten und Verteilungs- und Generationengerechtigkeit entsprechender Ausbauprogramme für die Ganztagsbetreuung. Als direkte Wirkfaktoren sind 1) der bessere Bildungserfolg der Kinder, der zeitverzögert die Anzahl der Erwerbspersonen mit abgeschlossener Berufs- oder Hochschulausbildung steigert, sowie 2) die positiven Arbeitsangebotseffekte der Mütter zu nennen.

Im Ergebnis einer Berechnung¹⁵⁴ von gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen der öffentlichen Investitionen in Ganztageseinrichtungen zeigt sich ein Beschäftigungszuwachs von +520.000 Vollzeitäquivalenten (VZÄ). Dieser Zuwachs ist auf eine Reduktion der Arbeitslosigkeit (-220.000 Personen) – insbesondere bei Alleinerziehenden –, auf eine Abnahme von atypischer Beschäftigung (-218.000 VZÄ) sowie langfristig auf den Bildungserfolg der betroffenen Kinder

151 Vgl. Ludovica Gambaro/Jan Marcus/Frauke Peter (2016): Ganztagschule und Hort erhöhen die Erwerbsbeteiligung von Müttern mit Grundschulkindern, in: DIW Wochenbericht 47/2016, S. 1123–1131.

152 Vgl. Christina Boll/Malte Hoffmann (2017): Elterliches Erwerbsverhalten und kindlicher Schulerfolg - Analysen für Deutschland mit einem separaten Fokus auf Interaktionseffekten des Ganztagschulsystems und einem Ländervergleich Deutschland – Schweden.

153 Vgl. Helmut Rainer et al. (2011): Kinderbetreuung, ifo Forschungsbericht 59.

154 Vgl. Tom Krebs et al. (2016): Quantifizierung der gesamtwirtschaftlichen und fiskalischen Effekte ausgewählter Infrastruktur- und Bildungsinvestitionen in Deutschland.

bzw. die sinkende Zahl der Erwerbspersonen ohne Schulabschluss oder Berufsausbildung zurückzuführen. Selbst wenn der Bildungseffekt ausbliebe, wären positive Beschäftigungseffekte von rund +470.000 Tsd. VZÄ zu erwarten. Die Investition in Ganztagsbetreuung trägt also zu inklusivem Wachstum bei, weil sie nicht nur das Wirtschaftswachstum fördert, sondern Alleinerziehende und atypisch Beschäftigte von diesem Wachstum besonders profitieren und ihre sozialen Teilhabemöglichkeiten erhöhen.

Öffentliche Investitionen in Ganztageseinrichtungen belasten einerseits den öffentlichen Haushalt durch einmalige Investitionen und laufende Betriebskosten; andererseits werden durch resultierende Beschäftigungs- und Lohneffekte Steuern und Sozialabgaben gesteigert und die Ausgaben für Sozialleistungen reduziert. In der Summe lohnen sich die Investitionen: Bereits nach sechs Jahren entstehen dadurch Budgetüberschüsse; die fiskalische Amortisationszeit des Investitionsprogramms beträgt elf Jahre.

Wohlstandsgewinne würden sich durch eine Steigerung des BIP um 1,1 Prozent gegenüber heute zeigen. Die fiskalischen Nettoeinnahmen liegen nach 20 Jahren bei 10.634 Milliarden Euro.

Steuerliche Effekte durch Investitionen in Ganztagsangebote für Grundschul Kinder

Eine aktuelle Untersuchung hat verdeutlicht, dass es für durchgängige Berufsbiografien von Müttern unerlässlich ist, dass die Ganztagsbetreuung auch dann gewährleistet ist, wenn die Kinder in die Grundschule gehen. Hier besteht in Deutschland Ausbaubedarf: Rund 560.000 zusätzliche Plätze und ergänzende Angebote werden benötigt, um den Betreuungsbedarf für Kinder im Grundschulalter zu decken.¹⁵⁵

Allein die Schaffung von rund 280.000 fehlenden Ganztagsplätzen für Schulkinder kann mit positiven steuerlichen Effekten einhergehen. Grund ist, dass rund 135.000 Mütter mit jüngstem Kind im Alter zwischen sechs und unter zehn Jahren keine Ganztagsbetreuung nutzen. Diese Mütter haben den Wunsch, sofort eine Erwerbstätigkeit aufzunehmen oder ihre Arbeitszeit auszudehnen. Sie würden bei entsprechender Erwerbstätigkeit zusätzliche Steuereinnahmen von rund 230 Millionen Euro pro Jahr erwirtschaften. Damit würden rund 58 Prozent der zusätzlichen laufenden Staatsausgaben für die Ganztagsplätze (rund 400 Millionen Euro) refinanziert.¹⁵⁶

Zusätzlich zu diesen steuerlichen Effekten könnten Staat und Gesellschaft weiter profitieren: Durch die zusätzlich geleistete Erwerbsarbeit würden Beiträge generiert, die den Sozialversicherungen zugutekämen. Darüber hinaus würden langfristig Bildungsrenditen entstehen, weil bei guter Qualität der Ganztagsangebote Grundschul Kinder individuell gefördert werden.

155 Prognos AG (2017): Gute und verlässliche Ganztagsangebote für Grundschul Kinder.

156 Unveröffentlichte Schätzungen der Prognos AG für das BMSFSJ (2017).

VIII.

Die Sicht der Bevölkerung

8.1 Familien erwarten Unterstützung durch die Familienpolitik

Mütter und Väter in Deutschland erwarten mehrheitlich eine Unterstützung ihrer Familien durch die Familienpolitik des Staates. Diese Einstellung ist nicht neu. Schon vor mehr als zwei Jahrzehnten befürwortete eine große Mehrheit von 92 Prozent der Eltern mit minderjährigen Kindern und 83 Prozent der Gesamtbevölkerung staatliche Hilfen für Familien. Nur eine Minderheit von 3 Prozent der Eltern und 9 Prozent der Gesamtbevölkerung vertrat dagegen die Auffassung, dass Elternschaft und Kinder „reine Privatsache“ seien.¹⁵⁷ Solche Haltungen herrschen bis heute kaum verändert vor. Derzeit finden 92 Prozent der Eltern und 87 Prozent der Gesamtbevölkerung die staatliche Familienförderung angemessen oder wünschen sich sogar noch eine Ausweitung. Nur 2 Prozent der Eltern wie auch der Gesamtbevölkerung sehen ein Übermaß der staatlichen Unterstützung.¹⁵⁸

Begründungen für die fast durchgängigen Erwartungen an den Staat werden in aktuellen qualitativen Ermittlungen erkennbar.¹⁵⁹ Oft gründet der Anspruch auf dem Selbstverständnis der Familien als „sozialer Mitte“ der Gesellschaft. Durch die Geburt und Erziehung von Kindern übernahmen Mütter und Väter eine unverzichtbare Aufgabe für die gesamte Gesellschaft. Hierbei erführen sie auch Nachteile gegenüber anderen. Deshalb müsse die Gesellschaft im Gegenzug die Familien unterstützen und mögliche Benachteiligungen ausgleichen. Solche Unterstützung der Familien wird von den Eltern wie vom Rest der Bevölkerung als zentrale Aufgabe der Familienpolitik betrachtet.

Dabei soll die staatliche Unterstützung den Lebenslagen unterschiedlicher Familien gerecht werden. Zusammen mit einer finanziellen und steuerlichen Förderung für alle soll es auch spezifische, dem Einzelfall gerecht werdende Hilfen geben. Besonderen Unterstützungsbedarf nehmen Eltern derzeit für eine ganze Reihe von Familien wahr. Am häufigsten genannt werden Alleinerziehende, Familien mit geringem Einkommen, Familien mit drei oder mehr Kindern und nicht zuletzt auch Familien, in denen beide Elternteile berufstätig sind.¹⁶⁰

Viele wünschen sich durch die Familienpolitik vorrangig Hilfe zur Selbsthilfe. Sie erwarten Unterstützung bei der Verwirklichung eigener Pläne und Entwürfe, etwa im Hinblick auf die

157 Allensbacher Archiv: IfD-Umfrage 6002, 1994.

158 Allensbacher Archiv: IfD-Umfrage 11056, 2016.

159 Institut für Demoskopie Allensbach, (2017): Familien erreichen. Wie Familien leben und was sie von der Familienpolitik erreichen, Allensbach.

160 Allensbacher Archiv: IfD-Umfrage 11072, 2017.

Familiengründung, auf eine Berufstätigkeit der Eltern oder die Möglichkeiten zur Förderung der Kinder.

8.2 Der Stellenwert der Familienpolitik zur Sicherung einer guten Zukunft

Eine aktive Familienpolitik, die Familien in allen Lebenslagen unterstützt, gilt auch als Voraussetzung für eine gute Zukunft der Gesellschaft. Wenn nach den „wichtigsten Aufgaben, um Deutschland eine gute Zukunft zu sichern“, gefragt wird, nennt deshalb etwa die Hälfte der Bevölkerung familienpolitische Ziele wie die Förderung junger Familien mit Kindern (51 Prozent) und den Ausbau und die Instandhaltung von Betreuungs- und Bildungsreinrichtungen. 43 Prozent denken an die Verbesserung der Vereinbarkeit von Pflege und Beruf.¹⁶¹

Damit rangiert der Beitrag der Familienpolitik zur Sicherung einer guten Zukunft in den Augen der Bürgerinnen und Bürger gleichauf mit einer Reihe anderer viel diskutierter politischer Ziele wie etwa der Verbesserung der inneren Sicherheit (55 Prozent), der Verbesserung des Bildungssystems (53 Prozent), der Stabilisierung der Preise (51 Prozent), dem Klimaschutz (48 Prozent), der Stabilisierung des Euro (46 Prozent) und der Reform des Gesundheitswesens (45 Prozent). Etwas häufiger als die Familienpolitik werden die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit (58 Prozent) und die Beförderung des Wirtschaftswachstums (58 Prozent) genannt.

Den höchsten Stellenwert misst die Gesamtbevölkerung seit Langem der Sicherung der Renten bei (79 Prozent).¹⁶² Für Eltern mit minderjährigen Kindern ist die Realisierung familienpolitischer Ziele etwa in gleichem Maße prioritär: 69 Prozent der Mütter und Väter rechnen die Familienförderung zu den wichtigsten Aufgaben zur Sicherung einer guten Zukunft in Deutschland.¹⁶³

8.3 Vereinbarkeitspolitik als prioritäres Handlungsfeld

Ganz oben auf der familienpolitischen Aufgabenliste der Bevölkerung steht die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. 71 Prozent der Bevölkerung und 74 Prozent der Eltern wünschen sich hier einen besonderen Schwerpunkt der Familienpolitik. Auch in den vergangenen Jahren hatte diese Aufgabe für die Bevölkerung stets Priorität.

Zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf gehören u. a. die Verbesserung der Betreuungsangebote auch für Schulkinder (55 Prozent der Gesamtbevölkerung bzw. 59 Prozent der Eltern mit minderjährigen Kindern), Hilfen für jene Familien, in denen beide Elternteile gleichermaßen berufstätig sein wollen (53 bzw. 61 Prozent), und bessere Voraussetzungen für den Wiedereinstieg in den Beruf im Anschluss an eine Familienphase (48 Prozent bzw. 55 Prozent). In einem weiteren Sinne zählt auch die Verbesserung der Vereinbarkeit von Pflege und Beruf

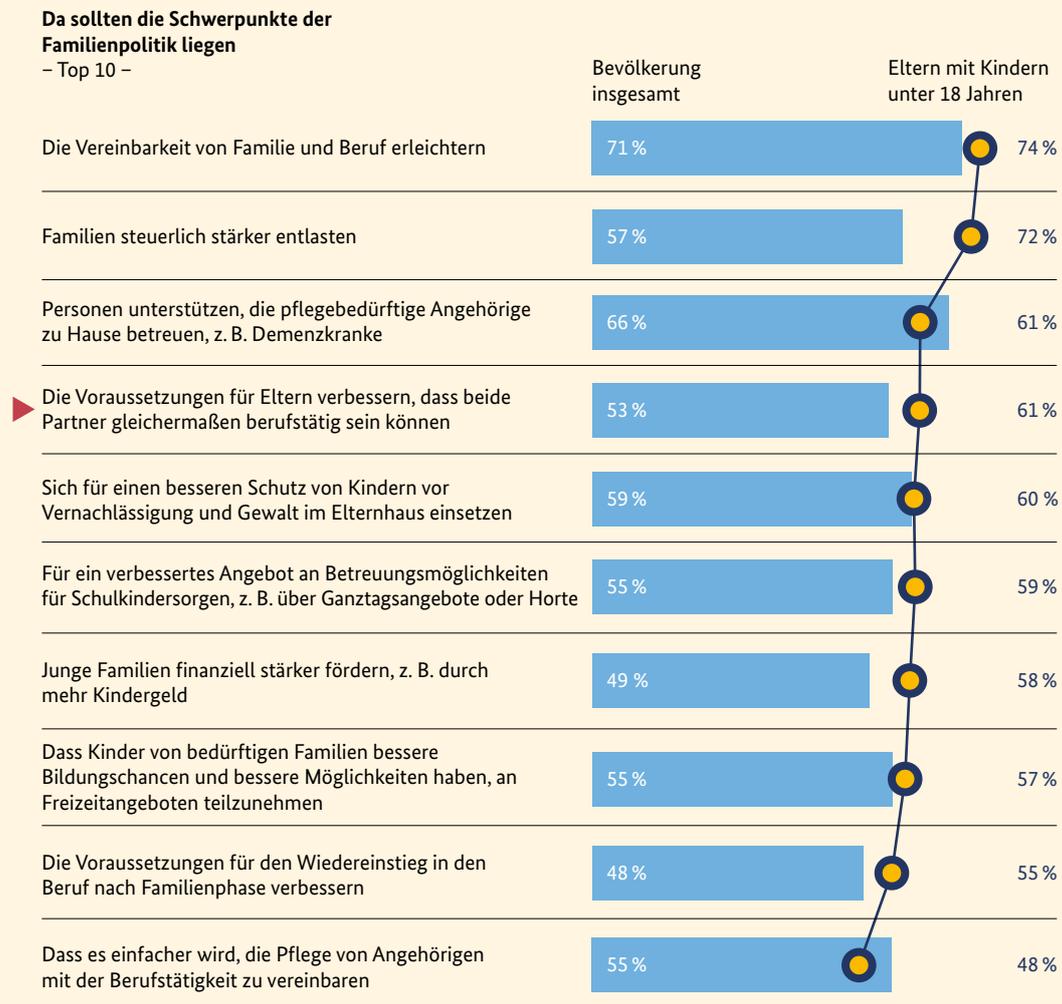
161 Allensbacher Archiv: IfD-Umfrage 11056, 2016.

162 Ebd.

163 Ebd.

noch dazu (55 bzw. 48 Prozent), da ja meist Angehörige gepflegt werden. 66 Prozent halten mehr Unterstützung für die pflegenden Angehörigen von Demenzkranken für notwendig.¹⁶⁴

Abbildung 78: Familienpolitische Agenda der Bevölkerung



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre.

Quelle: Allensbacher Archiv: IfD-Umfrage 11056, Mai 2016.

8.4 Unterstützung für berufstätige Elternpaare

Flexible Arbeits- und Betreuungszeiten gelten vielen als wichtige Voraussetzungen für eine Berufstätigkeit beider Elternteile in der Familie. 78 Prozent der Gesamtbevölkerung betrachten flexible Arbeitszeiten als wesentliche Erleichterung für berufstätige Elternpaare, 59 Prozent flexible Betreuungszeiten (**Abbildung 79**).

Hilfen, um beiden Elternteilen eine Berufstätigkeit zu ermöglichen, werden zum einen von familienpolitischen Maßnahmen erwartet. Dazu gehören bessere Betreuungsmöglichkeiten

164 Allensbacher Archiv: IfD-Umfrage 11056, 2016.

(63 Prozent), Erleichterung der Berufsrückkehr nach der Familienphase (54 Prozent), finanzielle Unterstützung für Eltern, die ihre Arbeitszeit eine Zeit lang wegen der Familie reduzieren möchten (43 Prozent). Aber auch spezifisch erwerbsbezogene Maßnahmen hat die Bevölkerung dazu im Blick: Angebote der Betriebe zur Kinderbetreuung (59 Prozent), differenzierte Teilzeitangebote, die sich nicht auf Halbtagsangebote beschränken (56 Prozent), und auch die Erleichterung der Rückkehr aus der Teilzeit in die Vollzeit (50 Prozent).

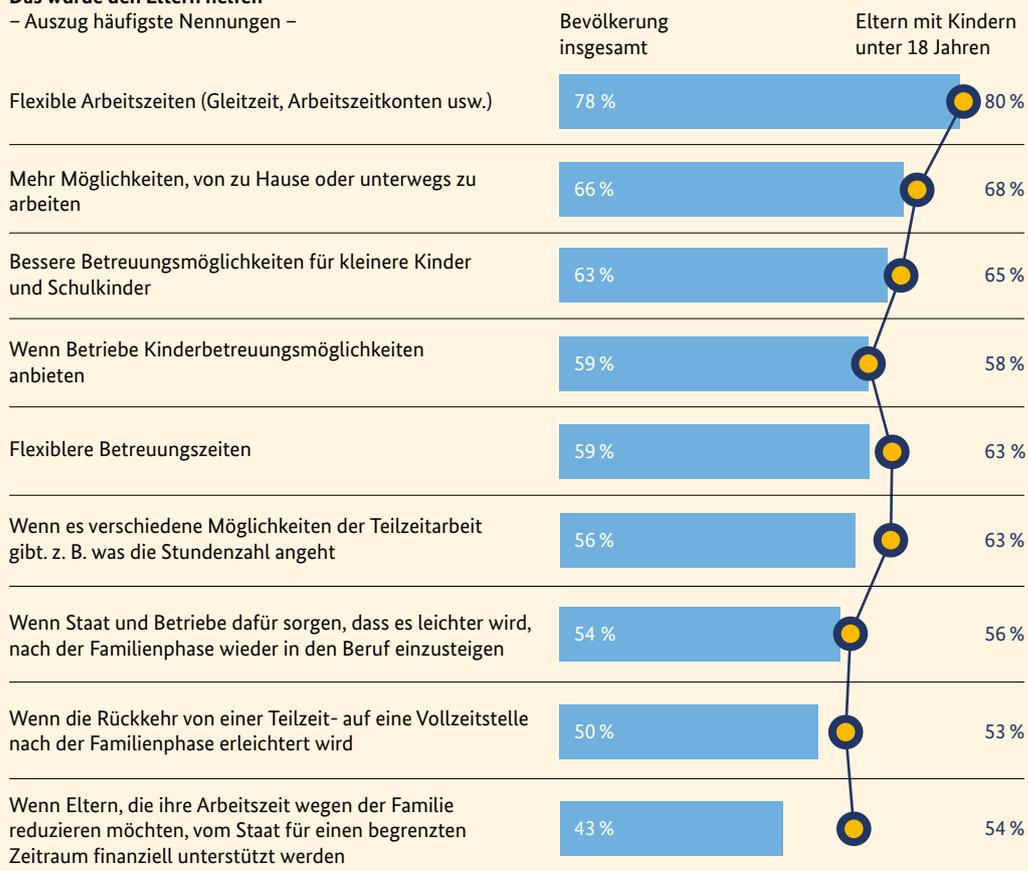
Besondere Erwartungen knüpfen sich an die Möglichkeit, die Arbeit aus dem Betrieb in das heimische Homeoffice zu verlegen. 66 Prozent der Gesamtbevölkerung und 68 Prozent der Mütter und Väter minderjähriger Kinder würden sich davon eine Erleichterung für Familien mit zwei berufstätigen Elternteilen erwarten. Zwar hat sich das breite Interesse, das sich noch vor einigen Jahren auf die Heimarbeit richtete, inzwischen etwas verringert. Doch nach wie vor gilt die moderne Heimarbeit als attraktives Angebot für berufstätige Eltern kleinerer Kinder. Tatsächlich zeigt eine Umfrage unter jenen Eltern, die mithilfe von Computer und Internet zu Hause arbeiten, eine deutlich erleichterte Vereinbarkeit von Familie und Beruf.¹⁶⁵

Abbildung 79: Hilfen für berufstätige Elternpaare

Frage: „Wenn in einer Familie mit Kindern beide Elternteile berufstätig sein möchten und beide Zeit für die Familie haben wollen: Was glauben Sie, was würde den Eltern dabei besonders helfen, was von dieser Liste hier würden Sie nennen?“

Das würde den Eltern helfen

– Auszug häufigste Nennungen –



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre.

Quelle: Allensbacher Archiv: IfD-Umfrage 11056, Mai 2016.

165 Institut für Demoskopie Allensbach (2015): Zu Hause arbeiten. Chancen der Digitalisierung für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Allensbach.

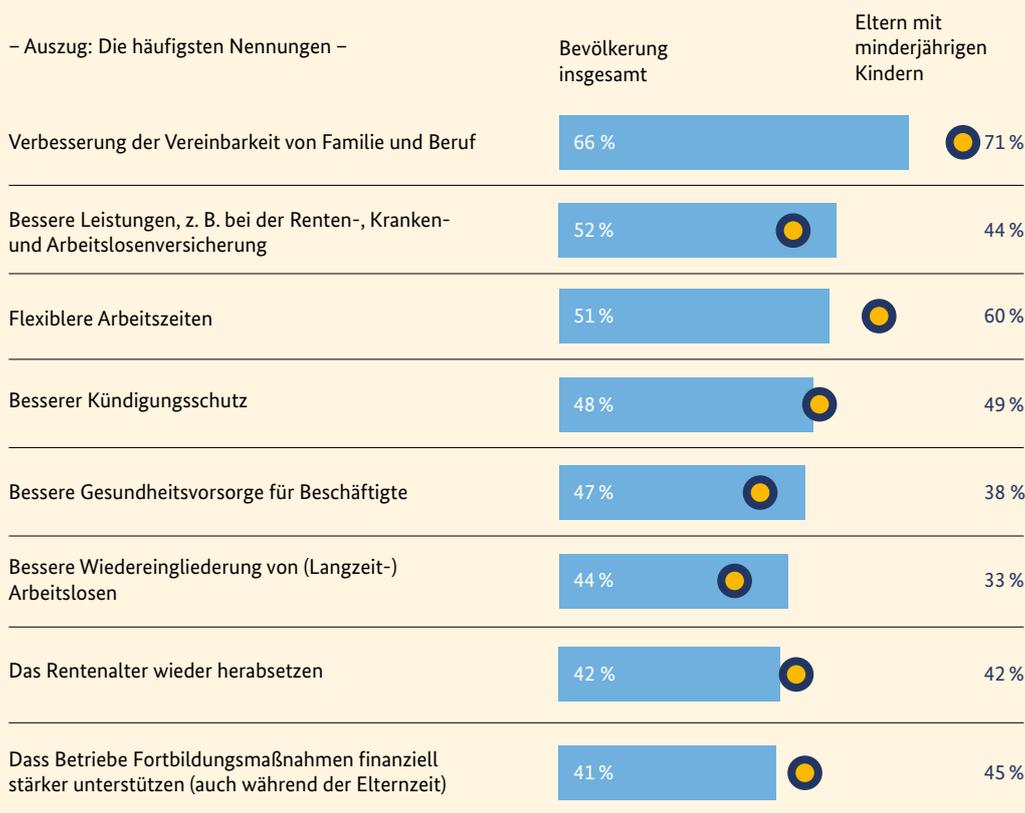
8.5 Vereinbarkeitspolitik als gemeinsame Aufgabe von Unternehmen, Staat und Gewerkschaften

Die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird von der Bevölkerung als gemeinsame Aufgabe von Unternehmen, Staat und Gewerkschaften betrachtet. Zwei Drittel der Bevölkerung richten ihre Erwartungen dazu sowohl auf den Staat wie auch auf die Unternehmen (67 Prozent). 17 Prozent sehen allein den Staat in der Verantwortung, 10 Prozent die Unternehmen.¹⁶⁶

Auch die Gewerkschaften sieht die Bevölkerung dabei mit in der Pflicht. Zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf erwarten 71 Prozent der Eltern mit minderjährigen Kindern und 66 Prozent der Gesamtbevölkerung zudem einen Einsatz der Gewerkschaften. Ebenso werden flexiblere Arbeitszeiten als wichtiges Ziel für die Gewerkschaften betrachtet: 60 Prozent der befragten Eltern mit minderjährigen Kindern und 51 Prozent der Gesamtbevölkerung erwarten dazu Beiträge der Gewerkschaften (**Abbildung 80**).¹⁶⁷

Abbildung 80: Aufgaben, um die sich Gewerkschaften auch kümmern sollten

Frage: „Einmal abgesehen von höheren Löhnen und kürzeren Arbeitszeiten: Welches sind Ihrer Meinung nach die wichtigsten Ziele, für die sich die Gewerkschaften in Deutschland zurzeit auch noch einsetzen sollten?“



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre.

Quelle: Allensbacher Archiv: IfD-Umfrage 11049 (November/Dezember 2015).

¹⁶⁶ Allensbacher Archiv: IfD-Umfrage 11042.7227, 2015.

¹⁶⁷ Institut für Demoskopie Allensbach (2015): Bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Aufgabe für Gewerkschaften und Betriebsräte, Allensbach.

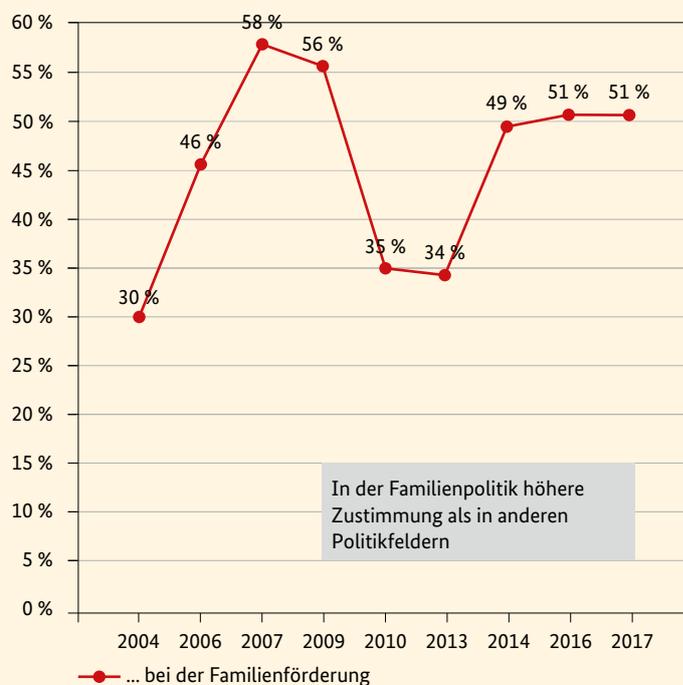
Viele wünschen sich, dass die Gewerkschaften auch auf Maßnahmen hinwirken, die Elternpaaren eine partnerschaftlich-gleichgewichtige Aufteilung der Berufsarbeit ermöglichen: 59 Prozent erwarten einen Einsatz der Gewerkschaften gegen berufliche Nachteile für Väter, die zur Kinderbetreuung eine Weile aus dem Beruf ausscheiden. 52 Prozent wünschen sich den besonderen Einsatz der Gewerkschaften dafür, dass auch die Väter kleinerer Kinder Teilzeit arbeiten können. Nicht zuletzt ist in diesem Zusammenhang die vollzeitnahe Teilzeit bedeutsam. 55 Prozent fänden einen Einsatz der Gewerkschaften für mehr vollzeitnahe Teilzeitarbeit von Eltern wichtig.

Die Hälfte der Bevölkerung erwartet darüber hinaus einen Beitrag der Gewerkschaften dazu, dass Eltern von kleineren Kindern verstärkt von zu Hause aus arbeiten können. Dahinter steht bei manchen die Erfahrung, dass mit der Arbeit im Homeoffice eine Erleichterung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf einhergeht, insbesondere durch eine erhöhte zeitliche Flexibilität und den Wegfall von Wegezeiten.

8.6 Bewertungen der Familienpolitik

Die Bevölkerung nimmt die familienbezogenen Leistungen und Initiativen wahr und schätzt sie wert. Im Jahr 2016 sagten 51 Prozent der Bevölkerung, dass die Bundesregierung bei der Familienförderung gute Arbeit leiste, im Jahr 2013 waren es noch 34 Prozent (**Abbildung 81**). Insbesondere im Vergleich zu anderen Politikfeldern erfährt die Ausrichtung der Familienpolitik mit der aktuellen Bewertung ein hohes Maß an Zustimmung.¹⁶⁸

Abbildung 81: Da leistet die Bundesregierung gute Arbeit, 2004–2017, in Prozent



Quelle: Allensbacher Archiv: IfD-Umfragen.

Die aktuellen Schwerpunkte der Familienpolitik werden von einer Mehrheit der Bevölkerung befürwortet. Besonders begrüßt werden Maßnahmen, die Eltern bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf unterstützen. Nach den Befunden der aktuellen qualitativen Untersuchung verstehen Eltern dabei Ansätze wie das Elterngeld und den Ausbau der Betreuungsangebote als „Leuchtturmprojekte“ für das Ziel, den Wünschen und der veränderten Lebenswirklichkeit von Familien gerecht zu werden.¹⁶⁹ Dementsprechend bewertete 2016 eine große Bevölkerungsmehrheit von 75 Prozent das Elterngeld als „gute Sache“, und schon 2013 befürworteten 73 Prozent den Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Kinder unter drei Jahren.¹⁷⁰

Solche Maßnahmen dienen nach Ansicht der Bevölkerung der Verringerung und Beseitigung von Hindernissen, vor denen viele Eltern durch Veränderungen der Erwerbskonstellationen und der Familienverhältnisse heute stehen. In qualitativen Interviews sprechen sich deshalb häufig auch Eltern, deren Kinder die erweiterten Betreuungsmöglichkeiten nicht nutzen, für den Betreuungsausbau aus. Es sei gerecht, wenn Mütter bessere Möglichkeiten für eine Berufstätigkeit erhielten und Väter bessere Bedingungen für ihre Präsenz in ihren Familien.

Dabei beschreiben viele Eltern aber auch weiter bestehende Defizite, die ihrer Ansicht nach schon in näherer Zukunft mehr Aufmerksamkeit der Familienpolitik verdient hätten. Solche Wahrnehmungen sorgten 2013 bei 46 Prozent und derzeit noch bei 36 Prozent der Bevölkerung für den Eindruck, dass sich die Familienpolitik den veränderten Verhältnissen nicht genügend anpasse.¹⁷¹ Besondere Aufmerksamkeit hätten danach in den kommenden Jahren die Nachmittagsbetreuung und Förderung von Schulkindern verdient, zudem die Bekämpfung der Kinderarmut, die steuerliche Besserstellung von Familien und zugleich auch bessere Möglichkeiten für mehr gemeinsame Zeit in der Familie. Quantitative Ermittlungen zeigen eine breite Zustimmung der Bevölkerung zu möglichen Leistungen bzw. Weiterentwicklungen von Leistungen, die diesen Zielen dienen.¹⁷²

8.7 Lebenslagen von Familien bis zum Jahr 2030: erwünschte Entwicklungen

Für die fernere Zukunft erwartet ein Großteil der Bevölkerung das Weiterwirken von Entwicklungen, die bereits die zurückliegenden Jahrzehnte prägten. Insbesondere werden eine stärkere Erwerbsbeteiligung von Müttern in Vollzeit oder längerer Teilzeit (66 Prozent) und mehr Ganztagsbetreuung von Kindern vorausgesehen (78 Prozent). Mit Blick auf diese Entwicklungen wünschen sich 62 Prozent der Gesamtbevölkerung und 71 Prozent der Eltern mit minderjährigen Kindern für die Zukunft bis 2030 einen noch stärkeren Einsatz von Staat und Unternehmen für eine gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Die konkreten Maßnahmen, die der Bevölkerung dabei langfristig als notwendig vor Augen stehen, dienen fast alle diesem Ziel: mehr Angebote für die Ganztagsbetreuung der Kinder

169 Institut für Demoskopie Allensbach (2017): Familien erreichen. Wie Familien leben und was sie von der Familienpolitik erreichen, Allensbach.

170 Allensbacher Archiv: IfD-Umfragen 11056, 2016, und 11007.6265, 2013.

171 Allensbacher Archiv: IfD-Umfragen 11007, 2013, und 11066, 2017.

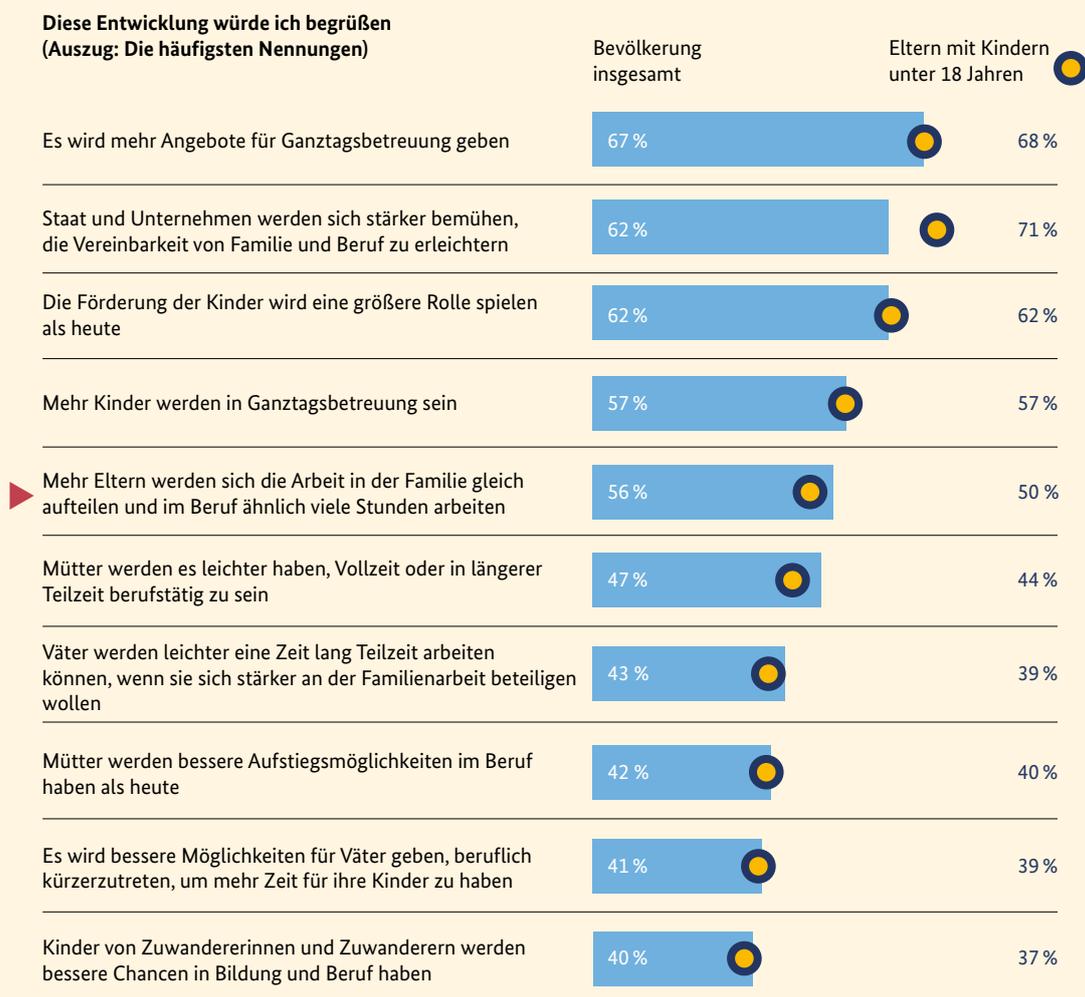
172 Allensbacher Archiv: IfD-Umfragen 11071 und 11072, 2017.

(67 Prozent) und mehr Nutzung dieser Angebote (57 Prozent), Erleichterungen der Vollzeitberufstätigkeit von Müttern (47 Prozent) und bessere berufliche Aufstiegsmöglichkeiten für Mütter (42 Prozent).

Zugleich würde es eine Mehrheit der Bevölkerung begrüßen, wenn sich dann mehr Eltern die Aufgaben in Familie und Beruf partnerschaftlich gleich teilen würden (56 Prozent). In diesem Kontext werden für die Zukunft auch Hilfen für Väter von vielen befürwortet, insbesondere bessere Möglichkeiten, für eine Phase Teilzeit zu arbeiten (43 Prozent) oder generell beruflich kürzerzutreten, um mehr Zeit für die Familie zu haben (41 Prozent).

Abbildung 82: Erwünschte Entwicklungen bis zum Jahr 2030

Frage: „Hier auf der Liste stehen einige Möglichkeiten, wie die Situation von Familien in ungefähr 15 Jahren, also ca. im Jahr 2030, aussehen könnte. Welche dieser Entwicklungen würden Sie begrüßen?“ (Listenvorlage)



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre.

Quelle: Allensbacher Archiv: IfD-Umfrage 11058, Juli 2016.

Dieses PDF ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung;
es wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt.

Herausgeber:

Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend
Referat Öffentlichkeitsarbeit
11018 Berlin
www.bmfsfj.de



Für weitere Fragen nutzen Sie unser
Servicetelefon: 030 20179130
Montag–Donnerstag 9–18 Uhr
Fax: 030 18555-4400
E-Mail: info@bmfsfj-service.bund.de

Einheitliche Behördennummer: 115*
Zugang zum 115-Gebärdentelefon: 115@gebaerdentelefon.d115.de

Stand: August 2017

Gestaltung: www.avitamin.de

Bildnachweis Frau Dr. Barley: Bundesregierung/Steffen Kugler

- * Für allgemeine Fragen an alle Ämter und Behörden steht Ihnen auch die einheitliche Behördenrufnummer 115 von Montag bis Freitag zwischen 8.00 und 18.00 Uhr zur Verfügung. Diese erreichen Sie zurzeit in ausgesuchten Modellregionen wie Berlin, Hamburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen u.a. Weitere Informationen dazu finden Sie unter www.115.de.